

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

#### Unser Tag.

I.

Hannover, 9. Oktober.

Seid einig, einig, einig! Dies Motto auf dem Programm der geistigen Begrüßungsfeier ist der Grundgedanke aller unserer Parteitage, insbesondere des Hannoverischen. Wir kommen zusammen, um die Verschiedenheiten unserer Meinungen in der Einheit unserer Gesinnung zu erörtern. Wie weit auch unsere Gedanken auseinander zu streben scheinen — es ist nur das bewegte Wipfelspiel der weit sich breitenenden Feste, die aus dem einen gewaltig emporstrebenden Baum erwachsen.

Schon am Sonntagabend kamen bereinigte Vorkämpfer an. Am Sonntagvormittag brachte dann jeder Jung aus allen Gegenden des Reiches die Delegierten — wie Angehörige einer großen Familie, die sich freuen, am gemeinsamen Orte sich wiederzufinden. Es ist der Familienrat unserer Kulturabends, des kämpfenden Proletariats, auf dem die Fragen des täglichen Parteilebens, wie die bedeutendsten Probleme der menschlichen Gesellschaft zur Diskussion gelangen.

Nicht nur unser socialistsches Organ in Hannover sondern auch die hiesige bürgerliche Presse widmet dem Parteitags Begrüßungsartikel. Von einer hervorragenden Liebendwürdigkeit ist der national-liberale „Hannoversche Courier“. Er schreibt nämlich: „Das Verdienst des modernen Socialismus, das ihm nicht abgesprochen werden kann, liegt auf der negativen Seite seiner Wirkweise, in der Kritik unserer socialen Verhältnisse und in den Anregungen, die er dadurch indirekt für Wissenschaft und Leben gegeben hat. Diese seine Aufgabe ist ihm im wesentlichen vollbracht.“ — Wie giltig und darüber zu belehren, daß wir unsere geschichtliche Aufgabe bereits gelöst und gehen können. Schade nur, daß wir der verstockten Meinung sind, wir befänden uns erst im Anfang unserer volkshistorischen Thätigkeit, daß wir durchaus nicht — den Liberalen zu Gefallen — in Hannover einen Räumungsauverlauf wegen Aufgabe des Geschäfts zu etablieren gedenken.

Der Sonntagnachmittag gehörte den festlichen Veranstaltungen, die das hannoversche Proletariat den Delegierten zu Ehren vorbereitet hatte. Palmengarten und Konzerthaus, die beiden Festäle, vermochten die Massen der Arbeiter kaum zu fassen. Im „Palmengarten“, der wie eine riesige Bahnhofshalle aussteht, drängen sich unsere hannoveraner Parteigenossen Kopf an Kopf und umringen lebend, wie eine lebendige Schäumauer, die in der Mitte angeordneten Delegierten. Die alten Vorkämpfer unserer Partei werden herzlich schlicht begrüßt. Musikalische Spenden, Konzertstücke und Männergesangsvorträge, lebende Bilder und turnerische Aufführungen wechseln in gedehelter Folge. Inzwischen richtet an die Versammlung der parlamentarische Vertreter von Hannover, Meißner, markige Worte, getragen vom Geiste der Freiheit und Einheit. Frohme erwidert und auch durch seine Ansprache klingt der freie Meinungsaustrausch, ohne erstarrte Dogmen und orthodoxye Regierertreue in idealistischem Schwünge als die Lösung des Parteitages.

Am Abend sahen dann die Delegierten, nach Landschaft und Freundschaft gesondert, in den verschiedenen Gastwirtschaften bis tief in die Nacht beisammen, und vielfach bildeten weitgespannte Erörterungen über Prinzip und Taktik keine private Generalproben für die bevorstehenden großen Diskussionen.

Der Ort der Verhandlungen des Parteitags ist der Saalhof, ein altentimliches Lokal, das zwischen engen Gassen wie in einem Vestibel verborgen liegt. In diesem Saal, der auch am Tage durch elektrisches Licht erleuchtet werden muß, hat sich die ganze Parteigelehrte Hannover abspielt. In feischem Grün und leuchtendem Rot stellt sich der Saal dar. Wappenschilder erinnern an die bisherigen Parteitage. Die stolzen Devisen aus dem Gedankenschatz des Proletariats schimmern in weicher Schrift auf roten Bannern. In einer in Purpurlicht getauchten Nische gruppieren sich um die Göttin der Freiheit Büsten von Laskalle, Marx und Engels.

Die Verhandlungen beginnen, wie üblich, am Montag 9 Uhr. Die Delegierten erscheinen schon reichlich früh vor dem Glockenzeichen der Eröffnung. Es gilt, sich das für die Parteitagswoche geltende historische Recht auf einen möglichst guten Platz zu sichern. Bald sind alle Sitze an den langen Tafeln dicht besetzt. Der Zufall, als Platzarrangent, widerlegte sofort das feindliche Gerücht von unversöhnlichen Gegensätzen in unserer Partei und allen diesen Meinungsmachern zum Trotz steht er friedlich Rosa Luxemburg dem Max Schippel unmittelbar gegenüber — ein symbolisches Gruppenbild, das sofort einen verjöhlichen Schein über die Verhandlungen breitet.

Singer eröffnet namens des Vorstandes den Parteitag, dessen Erörterungen auch gegen 30 Vertreter der Presse, darunter einzelne ausländische, folgen. Singer und Blume-Hamburg werden zu Vorsitzenden gewählt; die Tagesordnung wird so festgesetzt, daß die Erörterung über die prinzipiellen und taktischen Grundfragen sofort hinter die Geschäftsberichte gerückt wird. Singer begrüßt alsdann die ausländischen Gäste und diese entwerfen in ihren Antworten knappe Skizzen von dem Stand der socialdemokratischen Bewegung ihrer Länder. Adler-Wien hat besonders hervor, wie auch die slavischen Socialdemokraten in der habsburgischen Monarchie eins seien mit den Deutschen. Der Holländer Bliegen wachte aus seiner Heimat Erntendank zu berichten; Der Anarchismus ist überwunden und die holländische Socialdemokratie geht nun erfolgreich daran, die liberale Regierung und die demokratisch gefärbte, aber ihrem Wesen nach zur reaktionären Internationale schwindende Bourgeoisie zu überwinden, die in endlosen Studien und Vorarbeiten alle socialen Reformen erschüttert. Für die politisch entrechteten schwedischen Arbeiter sprach Lindblat-Stockholm. Auch in Schweden macht die proletarische Bewegung große Fortschritte, wenn sie auch

nur im wirtschaftlichen Rahmen möglich ist. Mit gutem, von der Versammlung dankbar gewürdigtem Humor, glitt der junge Diezgen-Chicago über das notwendige Geständnis der nicht sonderlich ebdaischen Parteiverhältnisse in den Vereinigten Staaten hinweg. Er war in der beneidenswerten Lage, namens seiner zwei socialdemokratischen Parteien Grüße zu entwerfen, weil der einer, er selber, der anderen aber seine Frau angehört. Eine solche dualistische Ehe ist möglich, weil es sich eben nicht um prinzipielle, sondern nur um faktische Meinungsverschiedenheiten handelt, und beide Differenzen gehörten zu jedem irdischen Leben. Diezgens Ehe wird programmatisch für die folgenden Verhandlungen sein. Endlich überbrachte noch Kämpferli-Jülich die Grüße der in der Schweiz lebenden deutschen und österreichischen Genossen.

Der heutige erste Tag der Parteitagswoche unterschied sich von allen früheren Jahrgängen durch eine erstaunlich umfassende Aufnahmungsarbeit. Nicht nur die Verichte des Parteivorstandes, der Controlleure, der Reichstagsfraktion wurden in dieser einen Sitzung erledigt, sondern man brachte auch gleich die Proge der Waiseier und eine Resolution Weibrecht zur Verabschiedung, welche letztere die Beschickung des internationalen Partier Kongresses 1900 befristet, und abschließend konnte man bereits um 6 Uhr schlafen. Das ist niemals zuvor vorgefallen. Erstere Debatten gab es nur über die Nichtannahme der Verteilung der Löhner Bauarbeiter in der Rubrik „Materiam neuesten Kurs“.

Die Aufführung des Parteeivortandes hatte mit der ihm eigenen Behemung Genosse Ledebour übernommen, der fleißigste und eifrigste Redner des heutigen Tages, dessen Fleiß nur an der wehrenden und hemmenden Glode des Präsidenten ein unüberwindliches Hindernis für das beabsichtigte volle Ansehen fand. Die Mehrzahl der Redner sprach sich dafür aus, daß die Aufnahme hätte erfolgen sollen. Aber man hielt die Angelegenheit mit dieser Aussprache für erledigt und häusliche Anträge, die teils dem Vorstand eine Mißbilligung ansprechen wollten, teils Normen für die Grundlage bei der Zusammenstellung der neuen Kurs-Rubrik aufzustellen suchten, wurden glatt abgelehnt.

Noch niemals ist ein Parteitag so wenig mit kleineren Beschwerten und Streiterien belastet gewesen, wie der heutige. Man hatte nur das Bestreben, für die bedeutendsten großen grundsätzlichen Auseinandersetzungen Raum und Zeit zu schaffen. So wird dem Dienstag bereits der Kampf um die von Verstein aufgeworfenen Probleme beginnen. —

#### Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Oktober.

##### Friedensschluss in Creuzot.

Der französische Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, der, wie mitgeteilt wurde, von Seiten der Streikenden sowohl als auch vom Unternehmern Schneider als Schiedsrichter angerufen und anerkannt worden war, hat noch am Sonnabendabend beiden Parteien folgenden Urteilspruch überreicht:

1. Die Gesellschaft wird in ihren Verhältnissen die den Arbeitern im Juni 1890 versprochene Lohnhöhung gewähren, sofern die von der Gesellschaft mit ihren Kunden abgeschlossenen Lieferungsverträge in Bezug auf die vereinbarten Preise nicht abgeändert zu werden brauchen.
2. Wie stellen hierdurch fest, daß die Gesellschaft keinen Unterschied zwischen gewerkschaftlich organisierten und nichtorganisierten Arbeitern zu machen beabsichtigt. Die Verwaltung wird ihren Aufsichtern empfehlen, in ihren Beziehungen zu allen Arbeitern volle Neutralität zu beobachten.
3. Die Vermittlung eines Syndikats, welchem eine der streitenden Parteien angehört, kann auf nützliche Weise angewandt werden, wenn beide Teile darin einwilligen; sie kann aber nicht aufgezungen werden.
4. In der Delegation, welche beauftragt wird, die Forderungen ihrer Kameraden geltend zu machen, wird je ein Delegierter für jede Körperschaft ernannt werden. Diese Delegation wird alle zwei Monate, ausgenommen in Notfällen mit dem Vertreter und, wenn notwendig, mit dem Direktor der Gesellschaft verhandeln.
5. Wir bestimmen ferner, daß die Gesellschaft nicht beabsichtigt, Maßregeln gegen die Arbeiter zu ergreifen, die sich an Ausstände beteiligen, und wie bezogen hierdurch, daß kein Arbeiter wegen des Ausstandes oder wegen während desselben begangener Vergehen verabschiedet werden soll.
6. In dem Falle, wo eine Arbeiterentlassung eintritt, wird dieselbe gleichmäßig auf organisierte und nicht organisierte Arbeiter verteilt und dabei der Lage und den Familienverhältnissen der Arbeiter Rechnung getragen.
7. Da die Meinungsverschiedenheiten durch diesen Beschluß geschlichtet sind, wird die Arbeit in Creuzot unter oben erwähnten Bedingungen so schnell wie möglich wieder aufgenommen.

Seitens der Organe der Arbeiterschaft wird der Schiedspruch mit großer Befriedigung aufgenommen. Jaurès feiert in der „Petite République“ den Spruch als einen Sieg der Arbeiter, da damit von Seiten der Regierung das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkannt sei. In allen wesentlichen Punkten sei den Beschwerden der Arbeiter gemäß entsprochen worden.

In Creuzot wurden die zurückkehrenden Delegierten der Arbeiter mit großer Begeisterung empfangen. Wie der „Gaulois“, das Organ des Herrn Schneider, mitteilt, soll auch dieser mit dem Entscheid zufrieden sein.

Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten am Sonntagabend in Paris stattfanden, förderten manche interessante Einzelheit zu Tage. Der Unternehmer Schneider ist nicht besser zu charakterisieren, als durch die Bezeichnung: „Der französische Sturm“. Jeder selbst-

ständigen Arbeiterorganisation ist er abhold und hat stets getoreshaftlich oder politisch organisierte Arbeiter, soviel er konnte, gemahregelt und verfolgt. Die Vertreter der Arbeiter waren in der Lage, dem Minister eine „Schwarze Liste“ zu unterbreiten; in dieser waren einzelne Arbeiter gekennzeichnet als: „Agitator, gefährlicher Gewerkschafter“, oder „hat am 14. Juli (dem Fest der Republik) eine rote Fahne getragen“ u. Die Vertreter des Unternehmers suchten diese Schnüffel mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß er, der „Sturm“, auch über die Moral und das gute Betragen der Arbeiter auch außerhalb des Betriebes zu wachen hätte. Der Socialist Viviani, der außer den Delegierten der Arbeiter zu den Verhandlungen zugezogen war, bedeutete den Vertretern des Herrn Schneider, daß dieser sich um die berufliche Thätigkeit der Arbeiter, sonst aber um nichts zu kümmern habe.

Von größter Wichtigkeit ist eine Erklärung des Ministerpräsidenten, aus der wir erfahren, daß die französische Regierung beabsichtigt, der Kammer bei ihrem Zusammentritt einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der eine vollständige und forrekte Durchführung der Koalitionsgeetze von 1884 gewährleisten soll.

Im Jahre 1884 wurde den französischen Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben; wie die deutschen, so suchen auch die französischen Unternehmer das Gesetz illusorisch zu machen, indem sie diejenigen Arbeiter, die von ihrem guten Rechte Gebrauch machen, ächten und dem Hunger und Elend überantworten. Dem unerhörten Zustand, daß ein Staatsbürger wegen der Ausübung der ihm vom Staate gewährtesten Rechte verfolgt und bedrückt werden kann, soll durch den Entwurf der Regierung endlich ein Ende gemacht werden.

Hier in Deutschland die Regierung Seite an Seite mit dem Unternehmertum, bemüht, die Arbeiterklasse noch mehr zu knebeln und ihren Ansprüchen ganz zu überantworten, — in Frankreich das Bestreben, den Arbeitern ihr gutes Recht zu garantieren.

##### Die Transvaal-Krisis.

Trotz verschiedener waffenstillender Meldungen kam man von einem Ausbruch des Krieges immer noch nicht sprechen. Der „Vloemfontein Express“ veröffentlicht eine Korrespondenz zwischen Milner und dem Präsidenten Steijn, in der Milner die feste Ueberzeugung ausdrückt, daß die englische Regierung jeden Vorschlag, woher er auch kommen möge, günstig aufnehmen würde, wenn derselbe eine Aussicht auf dauernde Beruhigung biete; er versichert, daß jedenfalls während der Unterhandlungen kein feindlicher Akt begangen werden würde. Steijn erwidert, daß bereits die Vernehrung der britischen Streitkräfte während der Verhandlungen einen Akt der Feindseligkeit darstellen würde.

Das hindert natürlich England nicht, seine Rüstungen fortzusetzen. Das englische Kriegsamt hat bekanntgegeben, daß etwa 25000 Reservisten die Aufforderung erhalten werden, sich zum aktiven Dienst zu stellen. Die Boeren geben sich andauernd äußerst kriegslustig. Aber sie vermeiden es eifrigst, doch noch wirklich loszuschlagen. Aus Maseking wird gemeldet, daß 6000 Boeren 8 Meilen von Maseking an die Grenze vorgedrückt sind. Der Special-Berichterstatter der „Times“ berichtet, er habe in der Nähe von Maseking die Grenze überschritten und sei zu den Boeren gekommen, welche ihm mitgeteilt hätten, daß die Hauptmacht der Boeren in der Nähe von Lichtenburg stehe, bereit, vorwärts zu rücken, und zwar diesmal direkt bis Kapstadt. Die Boeren verfügten an der Grenze von Natal über 16000 Mann und könnten leicht noch 6000 Mann mehr ins Feld stellen. Indessen: sie beabsichtigten, nicht zuerst anzugreifen, würden dies aber thun, wenn der Krieg erklärt werden sollte. So viel steht fest, daß sie sich noch im Zustande völliger Ungevotheit befinden.

Was die auswärtigen Mächte anlangt, so liegt eine Aumdeutung der amerikanischen Regierung vor. In Washington wird erklärt, es würde die Regierung in Verlegenheit setzen, wenn sie einen Vertreter von Transvaal empfangt, da sie niemals Transvaal das Recht zuerkannt, selbst seine auswärtigen Angelegenheiten zu leiten, und die britische Suzeränität über Transvaal niemals bezweifelt habe.

In der russischen Presse hat das Gerücht, Deutschlands Teilnahme für Transvaal gehe nicht über eine platonische Sympathie hinaus, weil es mit England wegen eines Vertrages in Bezug auf Kleinasien gebunden sei, weitgehende Erörterungen hervorgerufen. So betont namentlich die „Rossija“, daß Rußland die hierdurch geschaffene Sachlage nicht mit Gleichgültigkeit betrachten könnte: „Wir wissen genau, was eine solche Abmachung, und was die zunächst vielleicht nur kommerziellen Interessen bedeuten können. Auch in Südafrika hatten ja die Engländer nur rein kommerzielle Interessen. Die Deutschen haben Kleinasien kolonisiert und fahren damit fort. Noch unlängst lebten dort nur „friedliche“ Händler, aber alle diese „friedlichen“ Kolonisten können eines schönen Tages einen trefflichen Landsturm abgeben. Rußland wird nun gezwungen sein, an der Südgrenze einige Korps mehr zu unterhalten und im Schwarzen Meer seine Kriegsstotte zu



vermeint. Das führt aber die Pläne unserer Politik. Somit beginnt der Prozess der Entwicklung für uns seinen platonischen Charakter zu verlieren und erlangt erstklassige politische Wichtigkeit. Jetzt ist der beste Augenblick gekommen, mit England in der Sprache zu reden, welche es allein versteht."

**Leopoldo Marques, 9. Oktober.** (Werbung des Portugiesischen Bureaus?) Der englische Dampfer „Guelph“ hat die Mittelmeer-See an Bord hatte und welche er nach Leopoldo Marques bringen sollte, in Durban gelandet. Der Kreuzer „Hermes“ war gestern von Leopoldo Marques abgegangen, um die Mission abzulassen; er kam am 10. Oktober in Durban an. Dieser sollte angeben, wie viel Munition er an Bord hatte; auf die Antwort des „Guelph“, daß seine Munition an Bord sei, ließ die „Hermes“ den „Guelph“ weiterfahren und folgte ihm in den Hafen.

**Cheffield, 9. Oktober.** (S. L. B.) Der Herzog von Devonshire führte in einer Rede, die er heute hier hielt, folgendes aus: Er fürchte, das einzige hoffnungsvolle Zeichen in der gegenwärtigen Lage sei der Umstand, daß die Boeren die aggressiven Maßnahmen, welche die Engländer nach deren früheren Vorbereitungen erwartet hätten, nicht übersehen. Obwohl die englische Regierung es nicht für richtig erachtete, in ihren Vorbereitungen jetzt nachzulassen, so werde doch so lange kein unüberwindlicher Schritt getan, bis nicht Transvaal volle Zeit gehabt habe, die Forderungen Englands in Entschuldigungen zu stellen. Die Regierung hätte es für nötig, den Schutz der britischen Staatsangehörigen und der britischen Interessen in Afrika zu sichern. Die Dinge hätten ein kritischeres Aussehen nicht angenommen, und er glaube, daß in der eingetretenen Pause reichlicher Erziehung zu einem friedlichen Ausgang führen werde.

## Deutsches Reich.

### Chefredacteur v. Jedlitz.

Nicht ungenügend ist die Freude der „Post“, ihren eifrigen Mitarbeiter wieder zu erhalten. Die „Post“ begrüßt ihren zukünftigen Chef nicht mit dem freundlichen Gruß, den man erwarten sollte, da Herr v. Jedlitz ein hohes Amt ausübt, um sich trotz schwerer Augenleiden in ihrem händelhaltenden Dienst zu opfern. Die „Post“ kann nicht mehr kräftig auftrumpfen und ihre Unwahrscheinlichkeiten selbst längere Zeit nicht vertragen.

Die Nachricht, daß der Präsident der Seehandlung Freiherr v. Jedlitz seine Veretzung in den Ruhestand nachgesucht hat, ist richtig. Herr von Jedlitz, der augenleidend ist, hat sich zu diesem Schritte entschlossen, weil ihm ärztlicherseits eine weitere Ausübung der Ämter, wie sie gerade in seinem Ressort das anmerkwürdige Besondere von häufig mit Jüssen überfüllten Schriftstücken mit sich bringt, im Interesse der Erhaltung seiner Sehkraft dringend widerrieten worden ist. Wir glauben, daß ihm der Entschluß durch die Erlösung erleichtert worden ist, daß er mit dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst die volle Freiheit für seine politische Tätigkeit wieder gewinnt.

Als der Augenarzt Herr v. Lucanus und die Krankheitsdiagnose wurde nicht vom „Vorwärts“ gestellt! Herr v. Jedlitz ist wirklich augenleidend, und gewiß, die Jüssen der Seehandlungsanstalt sind schwerer zu bewältigen als die Jüssen der Honorarabrechnungen bei der „Post“. Doch auch von dieser Augenqual soll ja Herr v. Jedlitz befreit werden, denn er wird künftig nicht mehr als 12 1/2 bis 12 1/2 und 25 bis 25 addieren müssen, er bekommt das hübsche Pensionquantum, das wir bereits nannten und das durch das Schweigen der „Post“ bestätigt wird. Wir wünschen nur noch, daß künftig auch die Manichäer des harmlosen Freiherrn-Jöhleins nicht durch grausame Jüssen unheilbarer Rechnungen das arme Auge des für Ordnung und Sittlichkeit streitenden „Post“-Leiters verlegen mögen!

**Ueber die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz,** die, wie bereits mitgeteilt, dem Reichstage noch im November vorgelegt werden soll, hat der „General-Anzeiger für Hamburg und Altona“ Einzelheiten in Erfahrung gebracht, die eine optimistische Auffassung dieser neuen Verrückung unseres belämmlich nie ruhenden sozialpolitischen Kurzes keineswegs zulassen. Vor allem wird die Verlängerung der Karenzzeit sicher nicht zugelassen werden, ja, wenn der Reichstag eine solche verlangen sollte, wird die Regierung eher den ganzen Entwurf scheitern lassen. Ferner soll die Möglichkeit der Verurteilung an das Reichs-Versicherungsamte eingeführt werden. Dann würden also die Arbeiter noch weniger als bisher in der Lage sein, ihre Ansprüche bei der Rentensetzung durchzusetzen. Man wird abwarten müssen, ob der Reichstag zu einer derartigen Verschlechterung die Hand bieten wird.

**Wie die Agrarier** seiner Zeit dem Grafen Caprivi, dem Mann ohne Ar und Galm, die Unbütigkeit abpredigen und ihn als Eindringling in ihre Kasse hinstellen, so suchen sie jetzt den Herrn v. Hohenlohe, dem sie nach der sozialen Richtung hin nichts anhaben können, als Eindringling in ihre Kasse zu diskreditieren. Die „Kreuzzeitung“ schreibt in einer Polemik gegen Herrn Arthur Reyhlohn:

Wenn schon das „Berliner Tageblatt“ das Renpreuhenentum des Herrn v. Hohenlohe andringen will, so möge es dies doch bei einer anderen Gelegenheit als gerade bei einem Bergfeld des Finanzministers mit dem Herrn Hohenlohe thun, dessen Preuhenentum doch erst von seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten datiert.

Wir glauben nicht, daß der Herr Hohenlohe Sämernz darüber empfindet, nicht der Vollgenosse eines Blindstroms oder Kanis zu sein.

**Als irrige** stellt sich die Blättermeldung heraus, daß das einzige vollparteiliche Mitglied der bayerischen Kammer, Abg. Köhler-Wilzberg, sich der sozialdemokratischen Fraktion als Dolpitan angeschlossen habe.

## Parteitag

### der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

#### Fischer-Sachen

spricht gleichfalls zu dem zweiten Antrage. Ein großer Teil, wenn nicht der größte Teil der Genossen des 8. sächsischen Wahlkreises, ist mit diesem Antrage nicht einverstanden. (Zustimmung.) Sie sind der Meinung, daß man dem Parteivorstande in dieser Frage das Recht seiner Meinung lassen müsse, sie mißbilligen den Spektakel, den man mit dieser Frage gemacht hat; sie meinen, daß man den Verantwortlichen und der Partei damit einen schlechten Dienst geleistet hat; sie verurteilen es, daß man die Sache jetzt auf die Spitze getrieben hat und erlauben um Ablehnung der Anträge.

#### Knappe-Stellen

spricht ebenfalls gegen die Anträge. Ein Freispruch gegen Bestehende kann als Klassenurteil dieselbe Erregung hervorrufen wie die Verurteilung eines Proletariats. Ein Klassenurteil ist es auch, wenn ein Dienstmädchen verurteilt wird, weil es wegen Mißhandlung den Dienst verlassen hat. Nach dem von Auer dargelegten Zwecke der Liste ist die Nichtaufnahme der Vöbtauer zu Recht erfolgt. Die Arbeiter darüber zu beschließen, wie sie sich in einem Falle wie auf dem Vöbtauer Kampfe zu verhalten haben, ist weit wichtiger. Die Richter in Sachen haben schon vor dem Justizhauskurs ihre Klassen-sucht und stets vor Augen geführt, dazu hätte es des Vöbtauer Falles nicht erst bedurft. Im eigentlichen Zusammenhang mit unserer Klassenbewegung steht dieses nicht.

#### Sindermann-Dresden:

Die Motion, die die Genossen von Dresden-Alstadt veranlaßt haben, ihre Resolution zu stellen, sind jetzt nicht mehr vorhanden. Wäre der Parteivorstand 14 Tage früher erschienen, so wäre sie wohl gar nicht gefaßt worden. Denn die nachträgliche Registrierung im Parteivorstand ist weit wirksamer als im Monatsrat. Ich ziehe also die Resolution zurück. Etwas anderes ist aber die Art und Weise, wie Auer das Verhalten des Vorstandes motiviert hat. Es ist entschieden zurückzuweisen, daß das Vöbtauer Urteil mit unserer Parteibewegung nicht im Zusammenhang stünde. Das Urteil ist ergebnislos im Kampfe ums Brot. In Zukunft müssen solche Urteile jedenfalls registriert werden.

#### Ostlamp-Essen:

Der Fall Lütgenau kann nicht durch Schweigen abgethan werden. Der Parteivorstand muß erklären, weshalb man Lütgenau beiseite geschoben hat. Wenn es auch lange bereits Zeit war, ihn zu entfernen, so muß man doch über die Gründe Auskunft geben. Wir sind nicht eine Herde willenloser Schafe. Der Parteivorstand muß leben, wenn nicht in der nächstliegenden Aufregung unsere Bewegung noch mehr zurückgehen soll. Der Fall Lütgenau giebt unseren Gegnern die besten Waffen; der Parteivorstand hat im Ruhrbecken geradezu an Ansehen verloren. Man schäme und Leute aus Berlin, die wir nicht haben wollen, und hält sie dann so lange, bis es nicht länger geht.

#### Täterow-Berlin:

Die Registrierungsangelegenheit könnte jetzt erledigt sein. Um die praktische Anwendung zu geben, beantrage ich, in Zukunft neben der Rubrik: „Unter dem neuesten Kurs“ noch eine weitere Rubrik zu führen: „Unter dem Justizhauskurs“ und die Registrierung mit dem Vöbtauer Fall zu beginnen, sowie unter diesem Titel alle Verurteilungen zu verzeichnen, die nicht direkt mit der politischen Bewegung im Zusammenhang stehen. Sie werden damit der proletarischen Bewegung einen großen Dienst leisten.

#### Winterburg-Krefeld:

Wenn in dem Bericht des Parteivorstandes bei der Besprechung des Krefelder Weber-Arteils gesagt ist, daß die Krefelder Weber in ihrer großen Mehrheit der katholischen Organisation angehören, so ist das nicht richtig. Etwa 45 Proz. von ihnen gehören zum Textilarbeiterverband und 45 Proz. zum kürzlich neu begründeten paritätischen niederrheinischen Arbeiterverband. Die niederrheinischen Weber, die früher die getrennten Schildeknappen des Centrums waren, kommen immer mehr zu der Erkenntnis, daß die Socialdemokraten ihre Vorkämpfer sind. Die Winterarbeit, die das Sachblatt betreibt, wird bei der nächsten Reichstagswahl herrliche Früchte zeigen.

#### Lebebour-Dresden:

Die Äußerungen der Redner haben nur dazu gedient, die Notwendigkeit unseres Antrags zu betonen. Besonders Genosse Knappe hat versucht, uns moralische Vorlesungen darüber zu halten, daß der Vöbtauer Fall hätte vermieden werden können. Ja, vermeiden läßt sich fast alles, wie ich bereits vorher ausgeführt habe, aber das ist doch kein Grund, derartige Urteile nicht als Klassenkampf-Urteile zu registrieren. Ferner hat Genosse Fischer im Namen irgend welcher anonymen Parteimitglieder des 8. sächsischen Wahlkreises Widerspruch gegen den Antrag erhoben. Daß Fischer damit nicht einverstanden ist, wundert mich nicht, ich bestreite auch gar nicht, daß es in dem großen Wahlkreise eine Anzahl von Leuten giebt, die sich gegen den Antrag ausgesprochen haben. Aber ich bin sehr überzeugt, wenn ich oder andere Vertreter des Antrages nur Gelegenheiten hätten, in allen Orten des Reiches zu den Leuten zu sprechen, so würden auch diese anonymen Parteimitglieder in derselben Weise dafür stimmen, wie die offizielle Parteiversammlung. Genosse Sindermann hat den Antrag zurückgezogen. Es scheint leider eine spezielle Sindermannsche Krankheit zu sein, daß er immer Resolutionen einbringt und nachher wieder zurückzieht. So hat er es auf der sächsischen Landesversammlung auch gemacht. Die Zurückziehung des Antrags ist durchaus ungerechtfertigt, und es sollte mich doch sehr wundern, wenn die Parteigenossen von Dresden-Alstadt ihm nicht gehörig den Kopf dafür waschen würden. Das ist nicht die Art und Weise, wie man eine Sache verfährt.

Der Antrag Täterow will einen ganz unglücklichen Ausgang schaffen. Würden wir zwei Register anlegen, so würde das zu einer heillosen Konfusion führen. Entweder man subsumiert alles, was zu den Opfern des Klassenkampfes gehört, unter diese Rubrik, oder man verzichtet überhaupt darauf. Mein modifizierter Antrag, der sich dem Sinne nach mit dem ursprünglichen deckt, hat folgende Fassung von mir erhalten:

(Neue Fassung des Antrags 30.)

#### 55. Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Monatsliste der „Unter dem neuesten Kurs“ erfolglos Verurteilungen den Charakter einer Liste der Klassenkampf-Opfer des Proletariats zu tragen hat, in weiterer Erwägung, daß die Urteile der Klassenjustiz in der Kera des Justizhauskurses immer schärfere Formen angenommen haben und daher eine um so schärfere Gegen demonstration seitens des Proletariats herausfordern, spricht der Parteitag sein Bedauern darüber aus, daß der Parteivorstand das fürchtbare Urteil gegen die 9 Bauarbeiter im Vöbtauer Kravallprozeß aus jener Liste fortgelassen und die Fortlassung nachträglich mit der Besorgnis vor möglichen Mißhandlungen durch die Scharfmeister begründet hat. Der Parteitag fordert deshalb ferner den Parteivorstand auf:

1. die unterlassene Registrierung in genügender Weise nachzuholen;
2. in Zukunft alle aus Arbeitskonflikten oder der politischen Verrückung des Proletariats erwachsenden Verurteilungen auf die Liste der Klassenkampfopfer zu setzen.

Gestatten Sie mir noch wenige Worte zur Erläuterung. Wir verlangen die Aufnahme aller Urteile, die aus Arbeitskonflikten erwachsen, auch wenn eine Gewerkschaft nicht offiziell in Aktion tritt. Nehmen Sie meinen Antrag an und geben Sie damit dem Parteivorstande eine bestimmte Direktive für die Zukunft. Das liegt im Interesse unserer gesamten Bewegung, denn wir haben nicht nur die organisierten Arbeiter zu unterstützen, sondern wir haben die Pflicht, unsere schützende Hand zu halten über das gesamte Proletariat. Wir müssen die Leute selbstverständlich erziehen, aber wir dürfen sie nicht von unseren Reichshöfen abschütteln, weil sie vielleicht nicht das nötige Urteil haben und gegen die Weisheit verstoßen. Wir müssen uns als die ideale Vertretung des gesamten Proletariats fühlen, damit jeder Proletarier sich sagt: Wenn ich mißhandelt werde von Unternehmern, wenn ich unterdrückt werde von Behörden, wenn ich schwer von den Gerichten verurteilt werde, so weiß ich, daß es eine Organisation giebt, die mich schützt. Dies ideale Moment hat Auer nicht erwähnt und, wie ich fürchte, in dem Vöbtauer Falle nicht nachgehakt. Ich bitte Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Inzwischen ist folgender Antrag Thiele-Halle eingelaufen: 58. Unter Ablehnung der Resolution Nr. 39 beschließt der Parteitag:

Die monatlich zu veröffentlichende Liste der zur Kenntnis kommenden Verurteilungen hat sich auf die Verurteilungen in parteipolitischen und gewerkschaftlichen Prozessen zu erstrecken. Aufzunehmen sind in gewerkschaftlichen Prozessen alle Urteile, zu denen das Delikt durch Verletzung und Befolgung der von den Gewerkschaften anerkannten Forderungen und Vergeben hat. Die Ueberschrift „Unter dem neuesten Kurs“ ist zu ersetzen durch „Opfertafel im proletarischen Klassenkampf“.

#### Auer:

Mit dem Antrag Lebebour wird ein ganz neues Gebiet betreten. (Sehr richtig!) Wir, die sozialdemokratische Partei, haben uns wohl nicht als etwas anderes gefühlt als die politische Vertretung des gesamten Proletariats; insofern wiederholt der Antrag Lebebour etwas Selbstverständliches. Er läßt aber den Fall, um den es sich handelt, außer acht. Wenn wir die Wege, die er uns weisen will, betreten, wird es in Zukunft außerordentlich schwer halten, eine Liste des neuesten Kurzes zu veröffentlichen. Was heißt es denn, wir

sollen unsere schützende Hand über das Proletariat halten? Das ist doch sehr: mehr als 90 Proz. aller Verurteilungen des Proletariats haben ihren Untergrund in der jugendlichen gesellschaftlichen Stellung des Proletariats. (Sehr richtig!) Wir würden mit der Lebebour'schen Weisung in ein Chaos geraten, aus dem ich nicht mehr heraus wüßte. Ich habe Ihnen ja gesagt: Schaffen Sie eine neue Basis, wenn es Ihnen möglich ist, für die Neue-Kurze-Liste; es wird Ihnen aber außerordentlich schwer fallen, und die Momente, die in der Debatte herangezogen sind, halte ich nicht für genügend. Ich habe auch zu dem zukünftigen Parteivorstand das Vertrauen, daß, wenn Sie ihn neue Weisungen geben, er sie nach bestem Wissen und Können zur Ausführung bringen wird, aber verlangen Sie nichts Unmögliches.

Lebebour erklärt nun, in der Erklärung des Parteivorstandes liege eine Verleugnung, ein Abschielteln der Verurteilungen von den Reichshöfen der Partei. Ich würde da auf die interessante Thatsache aufmerksam, daß wir in dieser angefochtenen Äußerung eigentlich gar nichts anderes geihan haben, als den Weisungen Lebebour's selbst zu folgen. (Sehr richtig!) Ich habe in Voraussicht der Dinge, die kommen würden, mit die Mühe genommen, das betreffende Quartal der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ durchzusehen. Da heißt es denn unter dem frischen Eindruck des Vöbtauer Urteils in Nummer 157 vom 10. Juli 1898: „Von einem socialdemokratischen Parteivorstand zu sagen, ist ebenso dumme wie falsch. Die Hinzuziehung unserer Partei hat nur den Zweck, die Bauarbeiter hinzuzulegen und Behörden und Richter gegen sie aufzustacheln.“ In Nummer 159: Die Handlungen der bei dem Ergeß beteiligten Personen, die wir übrigens durchaus nicht billigen wollen, erscheint in einem weniger dunkeln Licht —, je mehr der eigentliche Verursacher, der Bauführer Klemm bekannt wird.“ Und damit wird gesagt: „Der durch die Schieberei des Bauführers hervorgerufene Vorfall wird, um die daran beteiligten Arbeiter möglichst anzuschwärzen, als ein von organisierten Arbeitern eingeleiteter socialdemokratischer Akt hingestellt“ —; weiter: Nur im Interesse der bedauernswerten Arbeiter, die sich durch die brutale Schieberei zu Ausschreitungen verleiten ließen, wollen wir darauf hinweisen, daß die Prügelei mit der Bauarbeiterorganisation und Socialdemokratie nichts zu thun hat.“ Und so ging es weiter und weiter: immer das Weistehen, die Vorgänge von der Socialdemokratie abzuwehren, sie als solche hinzustellen, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu thun haben. Daran hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ festgehalten vom ersten Augenblick an, und genau auf derselben Linie bewegt sich auch die Ausführung, die jetzt den Zorn Lebebour's erregt. Wir haben jene Handlungen uns nicht von den Reichshöfen abschütteln lassen, weil sie sie mit der Gewerkschafts- und der socialdemokratischen Bewegung einen Zusammenhang gehabt haben. Wir haben aber auch den Prozeß und das Urteil wie als etwas anderes darzustellen versucht, als es Lebebour selbst geihan hat: als den Ausschluß einer Voreingenommenheit, Ungerechtigkeit und Willkür gegen die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Daß das Dresdener Urteil den Charakter der Klassenjustiz an der Stirn trägt, daran haben wir nie im geringsten gezweifelt, und alle diese Ausführungen der Enttäuschung über das Urteil haben mit unserer Stellung selber gar nichts zu thun; wir haben sie geistlich, ehe wir erfuhr, daß Lebebour nach dieser Richtung hin vollständig einer Meinung mit uns ist. Aber was wir ausmünderhalten, was auch von unseren Fraktionsrednern im Reichstag haarscharf geäußert ist, das ist das, daß dieser Kravall nicht in irgend einem Zusammenhang mit der Klassenbewußten Arbeiterbewegung steht, sondern eine Erscheinung ist, die wir tief bedauern und die in Zukunft unmöglich zu machen gerade mit zu den Aufgaben unserer Klassenbewußten Arbeiterbewegung gehört. (Lebhafter Zustimmung.)

Das ist der Standpunkt, den wir eingenommen haben, auf Grund des Herkommens, in den Absichten, aus denen die Liste des Kurzes geschaffen worden ist. Ich wiederhole: Reicht die bisherige Umkehrung nicht aus, wollen Sie eine neue Basis schaffen, thun Sie es, aber ein Recht, dem Parteivorstand einen Vorwurf zu machen, bestreite ich unter allen Umständen.

Der Antrag Täterow, auf den ich weiter nicht eingehe, ist wohl nicht besonders glücklich ausgefallen.

Ueber den Fall Lütgenau namens des Parteivorstandes zu sprechen, habe ich eine Autorisation noch nicht erhalten. Daher gebe ich jetzt nur eine kurze Erklärung ab. Lütgenau hat im Laufe der letzten Monate erklärt, daß er den Parteivorstand auf der Weisthätigen Provinzial-Konferenz in Schwelm, die ja inzwischen stattgefunden hat, zur Verantwortung ziehen werde. Und war es nicht möglich, auf der Schwelmer Konferenz uns betreten zu lassen; das wußten wir schon früher und daher haben wir durch den „Vorwärts“ öffentlich die Erklärung ab, daß wir keinen Anlaß hätten, auf der Schwelmer Konferenz uns mit Lütgenau auseinanderzusetzen; daß, wenn Lütgenau durch die Handlungen des Parteivorstandes ihm gegenüber sich beschwert hätte, es sein Recht sei, sich mit seinen Beschwerden an den Parteitag in Hannover zu wenden, dort würden wir ihm Rede und Antwort stehen. Soweit ich bis jetzt unterrichtet bin, ist seitens Lütgenaus eine Beschwerde nicht eingegangen. Wenn aber Ostlamp, wie ich gern zugebe, im Interesse der Bewegung des Ruhrbeckens, nähere Aufklärungen über den Fall Lütgenau wünscht, so find wir — ich glaube hier namens des Parteivorstandes sprechen zu können, gern bereit, diese Aufklärungen zu geben. Ich glaube aber dann gleich beifügen zu dürfen, daß wir auch in diesem Falle es halten werden, wie bisher in allen solchen Fällen, daß es das Beste ist, wenn die Verhandlungen vorher in einer Reuerekommmission geführt werden und es dieser überlassen bleibt, was sie dem Parteitag mitzutellen für notwendig hält. (Zustimmung.) Es geschieht das wirklich nicht im Interesse des Parteivorstandes, der kann mit ganz offenen Karten spielen, davon können Sie überzeugt sein; es ist Lütgenau kein Unrecht geschähen. Es ist auch nicht richtig, wie Ostlamp meint, daß wir, weil wir in Berlin Lütgenau nicht mehr haben wollten, ihn nach der Provinz geschickt hätten. Das wäre ein sehr schiefes Experiment. (Weiterkeit.) Wenn alle Parteigenossen, die dem Parteivorstand in Berlin unbedeuten werden könnten, nach der Provinz geschickt würden, da möchte die Provinz vielleicht unter Umständen einmal Jeter und Morbio schreien. (Weiterkeit.) Lütgenau ist in die Provinz gegangen mit seiner Zustimmung und auf unsere Anregung, weil wir glaubten, daß er dort gut wirken könnte, und er hat auch eine Zeitlang zweifellos sehr gut gewirkt, und wir sind es, die wir allzu sehr bedauern müssen, daß dieses gute Verhältnis nicht immer so geblieben ist. Aber vielleicht im Interesse Lütgenaus selber liegt es, wenn die Angelegenheit erst in der Reuerekommmission erledigt wird. (Weibel: Sehr richtig.)

Wenn dem Verfasser des Berichtes infomeren ein Irrtum untergefallen ist, als er voraussetzte, daß in der niederrheinischen Arbeiterbewegung die Mehrzahl der Beteiligten Anhänger der katholischen Arbeiterichtung sind, und wir im Parteivorstand über diese Verhältnisse nicht so unterrichtet sind, so tragen vielleicht einen kleinen Teil der Schuld daran die niederrheinischen Genossen selber, die zu schweigsam gewesen sind. (Beifall.)

#### Reißner-Dresden:

Nur einige Worte gegen den Genossen Lebebour. Er befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, daß sein Antrag die Stimmung der Genossen des 8. sächsischen Wahlkreises wiedergiebt. Die Genossen halten es vielleicht für einen Fehler, daß das Urteil nicht in die Liste aufgenommen ist, aber sie halten die Sache für durchaus nicht so tragisch. Gätte man die Geschichte nicht so sehr in der Presse und in Verhandlungen aufgebauscht, so bräuden wir uns überhaupt nicht darüber heute zu unterhalten. Wir sind mit dem Vorgehen der Reichstagsfraktion völlig einverstanden und machen dem Parteivorstande keineswegs den Vorwurf des Opportunismus. Irgend einen der gestellten Anträge anzunehmen, ist überflüssig. Ich betone nochmals mit Rücksicht auf die illegale Art, wie der Antrag zu stande gekommen ist, daß er nicht die Zustimmung der Genossen des 8. sächsischen Kreises niederspiegelt.



**Beher - Leipzig:**

Es wäre zweckmäßig, wenn der Reichstagsbericht des Vorstandes früher erkäme, damit in den Parteiverfassungen davon bereits zurückgegriffen werden kann. Was den Vöbtauer Fall betrifft, so ist es für mich klar, daß es sich dabei um die Verlängerung der Arbeitszeit handelte, daß er also mit den Forderungen des Proletariats in Zusammenhang steht. Wenn er nicht registriert ist, so ist das allerdings kein Unglück.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Persönlich bemerkt **Sindermann:** Wenn Ledebour es als eine Sindermannsche Krankheit bezeichnet, Anträge einzubringen und wieder zurückzuziehen, so bemerke ich, daß er eine andere Krankheit hat, nämlich in allen Versammlungen durch Phrasenschwulst Vertrauenstoten sich zu verschaffen. Ich fürchte nur, daß ihn diese Hülle der Vertrauensvoten mal erdrückt. (Heiterkeit.)

**Ledebour** (persönlich): Daß Genosse Sindermann den freundlichen Wunsch hegt, daß ich erdrückt werde, wundert mich nicht. Es sind sehr viele Leute, die das wünschen. (Lächeln des Vorsitzenden.) Bisher sind alle (Lächeln des Vorsitzenden) derartigen Versuche (Lächeln des Vorsitzenden) gescheitert. (Lächeln des Vorsitzenden.)

**Singer:** Vor allem möchte ich den Redner bitten, wenn geläutert wird, das Neben zu unterlassen. Ich möchte Ihnen bemerken: die Auseinandersetzungen, die Sie mit anderen Genossen gehabt haben, gehören nicht in eine persönliche Bemerkung auf Sindermann.

Die weitere Debatte wird auf die Nachmittagsitzung verlagert. **Schadow** (Frankfurt, der zum Schriftführer gewählt war, ist nicht anwesend. (Heiterkeit.) An seine Stelle wird **Trompeter** (Frankfurt a. M.) gewählt.

Auf Vorschlag Singers wird die Mandatsprüfungskommission als Reuenerkommission bestellt und ihr außer dem Fall Lütgenau die Beschwerden aus Koburg, Diefelsfeld und eine solche aus Hamburg von Weindorf eingegangene überwiesen.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingegangen. Schluß 1 Uhr.

**Nachmittagsitzung.**

3/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über den Bericht des Vorstandes wird fortgesetzt.

**Braune - Dresden:**

Im Auftrage der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei des vierten sächsischen Wahlkreises habe ich zu erklären, daß sie mit dem Verhalten des Vorstandes in Bezug auf die Nichtregistrierung des Vöbtauer Urteils nicht einverstanden ist. Indessen halten wir die Angelegenheit für erledigt und befürworten den Antrag 55 zur Annahme.

**Ledebour:**

Auer hat als vorzüglicher Kritiker der Partei als Dienstverpflichteter aus unserer „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ Citate vorgebracht, aus denen er folgern wollte, daß der Parteivorstand nur meine Anweisungen befolgt habe. Zufällig habe ich jene Artikel gerade nicht geschrieben, aber ich unterschreibe sie vollkommen. Aber das hat nichts damit zu thun, daß wir die Vöbtauer hineinbringen wollen in die Liste der Klassenkampfschloffer; es gehört da jedes Urteil hinein, was gegen Proletariat insofern politischer Verhätigung, insofern von Arbeitstaktiken gefaßt ist. Ich habe die mildeste Form des Tadels gewählt, aber ein Tadel muß ausgesprochen werden. Wer einen Fehler macht, dem wird der Kopf gewaschen, dem Parteivorstand ebenso wie jedem anderen von uns. Auf dem Tadel muß ich unbedingt bestehen, es ist das notwendig im Interesse der Klärung der Sache. Nehmen Sie meine Resolution in ihrer jetzigen Fassung an, die ein für allemal die nötige Direktive giebt und deutlich genug ist; Fälle z. B. wie der Fall Jethen werden davon nicht betroffen.

**Knappe - Stettin:**

Ich beantrage: Der Parteitag beschließt, unter der Rubrik „Neuer Kurs“ sind nur Verurteilungen aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu verzeichnen.“ Das erreicht dieselbe Abtät, wie Ledebours Resolution; die Tafel wird dann nicht zu umfangreich und dem Sinn ihrer Einführung, zu zeigen, daß auch nach dem Falle des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterkassen in rigoroser Weise vorgegangen wird, wird entsprochen. Es muß doch einmal ausgesprochen werden: noch weit mehr als solche Leute, die, wenn sie auch durch harte Gerichtsurteile betroffen werden, nicht immer gerade für die Interessen unserer Partei thätig gewesen sind, verdienen die als Märtyrer bezeichnet zu werden, die im Dienste der Partei von Werkstatt zu Werkstatt getrieben werden, wirtschaftlich ruiniert dastehen und trotzdem ihr ganzes Sein der proletarischen Bewegung widmen.

Der Antrag Knappes wird nicht ausreichend unterstützt. Die Diskussion zum Vorstandsbericht im allgemeinen schließt hiermit, zum Rassen- und Presse-Bericht wird das Wort nicht verlangt. Das Schlußwort erhält

**Auer:**

Sie werden es mir wohl nicht übel nehmen, wenn ich auf den Vöbtauer Fall nicht mehr eingee. Wenn ich noch einen Wunsch äußern darf, so geht er dahin, sämtliche vorliegenden Anträge abzulehnen und dem zukünftigen Parteivorstande das Vertrauen entgegenzubringen, daß er aus der Debatte die notwendigen Konsequenzen zieht. Der Wunsch des Genossen Beher, in Zukunft den Bericht der Parteileitung früher zu veröffentlichen, läßt sich nicht erfüllen, denn wir müßten sonst unsere Parteigeschäfte sehr viel früher abschließen als bisher. Ich glaube aber, daß sich da auch beim besten Willen keine Aenderung treffen läßt. Die Praxis hat gelehrt, daß wir das Parteijahr ultimo August abschließen müssen. Zwischen Abschluß und Veröffentlichung des Rassenberichts müssen mindestens 14 Tage liegen. Diesen Zeitraum haben wir auch heuer eingehalten, wir haben den Bericht so rasch als es nur möglich war, veröffentlicht. Ich spreche zum Schluß den Wunsch aus, daß die Parteigenossen selbst die Verwaltung der Partei dadurch unterstützen, daß sie unseren Aufforderungen bezüglich Anmeldung der Delegierten und der Einreichung von Anträgen usw. rechtzeitig nachkommen. Es macht sich doch etwas sehr eigentümlich, wenn im Organ von Halle die bittere Bemerkung erscheint: Na endlich werden die Anträge zum Parteitag veröffentlicht! — und eine Woche nach diesem Stoßseufzer kommt Halle mit seinem eigenen Antrag heraus. (Große Heiterkeit.) Also beschließen Sie sich einer etwas größeren Pünktlichkeit und Schnelligkeit in diesen Dingen, dann wird es mit Gottes Hilfe schon besser werden. (Heiterkeit.)

Das Schlußwort zum Rassen- und Controleurbericht wird nicht gewünscht. Dem Parteivorstand wird die beantragte Entlastung erteilt.

Antrag 37 ist zurückgezogen; Antrag 38 ist abgeändert in den Antrag Ledebour (Nr. 55).

Die Anträge 55 und 57 werden abgelehnt, desgleichen der Antrag Thiele, Nr. 58.

Damit ist Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erledigt.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit erstattet **Soch.**

Hierzu gehören die Anträge 34—37, 54\*) und 59, der von Groth-Nostorf gestellt, folgenden Wortlaut hat: Die sozialdemo-

\*) 34. Parteigenossen des 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, Dresden-Land: „Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, die Reichsregierung zu interpellieren, wie sie die Durchführung und Beachtung der Reichsgesetze im Königreich Sachsen zu bewirken gedenkt, beziehentlich wie sie sich dazu stellt, daß königl. sächsische Gerichte Reichsgesetze durch Polizeiverordnungen — so die Bestimmung der Gewerbe-Ordnung über die ungebundene Verbreitung von Flugblättern, Himmelszetteln usw. auf Plätzen und Straßen während der Wahlzeit, durch eine Verordnung der Polizeidirektion Dresden — für

kratische Reichstagsfraktion hat bei Beratung des neuen Post-Zeitungs-gesetzes dafür einzutreten, daß es ausdrücklich jedem frei gestellt wird, an Wochentagen, sowie an Sonn- und Festtagen gleich den Brief-trägern der kaiserlichen Reichspost zu den für den Gewerbebetrieb freigegebenen Stunden Zeitungen an Abonnenten anzutragen.“

**Soch:**

In dem Ihnen vorliegenden gedruckten Bericht finden Sie ein vollständiges Bild von den parlamentarischen Kämpfen des letzten Jahres, alle Debatten und Anträge sind mitgeteilt, durch die wir den Interessen der Arbeiterkassen am besten zu dienen glaubten. Bis auf die Frage der paritätischen Arbeitsnachweise sind wir nur der bisher uns vorgezeichneten Taktik gefolgt, aber auch in dieser Frage ist unsere Taktik nachträglich von den Parteigenossen gebilligt worden. Betrachten Sie die Thätigkeit der Fraktion im ganzen, so werden Sie finden, daß wir uns zwei Strömungen in den Kreisen unserer Gegner gegenüber befinden. Die sozialen Mißstände zwingen mehr und mehr die herrschende Klasse, von unseren Forderungen ein kleines Stückchen nach dem anderen als berechtigt anzuerkennen und die sozialpolitische Gesetzgebung auszuführen; so kamen die auch von uns wenn auch als schwächliche und unzureichende Verbesserungen anzuerkennenden Vorschläge zur Gewerbe-Ordnung und zur Invalidenversicherung. Dabei auch die verschiedenen sozialpolitischen Anträge der bürgerlichen Parteien. Zugleich jedoch wird die sehr kleine, aber einflußreiche Clique der Junker und Großkapitalisten dazu getrieben, aus Furcht vor der Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung mit Gewalt vernichten zu wollen. Mit diesen beiden Richtungen mußten wir rechnen. Wir traten einmal für einen weiteren Ausbau der Arbeiterkassengesetze ein, um die Arbeiter vor der Verelendung zu bewahren oder sie aus der Verelendung zu retten und sie dadurch um so widerstandsfähiger zu machen. Die Gefahr, daß durch eine solche Taktik die Arbeiter verwirrt werden, die Gefahr, daß die Theoretiker erliegen können und zum Teil, meiner Ansicht nach, auch erliegen sind, wird in der Praxis durch die Schatzmacher hintangehalten, die fort und fort behen und so den Arbeitern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Proletariat immer wieder vor Augen führen. In allen wichtigen Fragen konnte eine Verständigung in der Fraktion glatt hergestellt werden. Ihnen liegt jetzt ob, Ihr Urteil abzugeben, ob Sie mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden sind. Die Diskussion wird eröffnet.

**Witte - München:**

begründet den Antrag 34. Nicht nur die Dresdener Genossen haben unter dem Verhalten der Polizei zu leiden, sondern auch die Münchener. Diese Polizeipraxis ist keine neue. Schon 1890 hatten die Münchener bis zur höchsten Instanz den Kampf gegen die Polizei führen müssen, der Abschluß war eine bedingungsweise Verurteilung. Die Frage der Flugblatt-Verteilung ist wichtig genug, daß die Reichstags-Fraktion darauf dringt, die Verfassungbestimmung, Reichsrecht geht vor Landesrecht oder gar Polizeiverordnungen, zur strengen Durchführung zu bringen.

**Groth-Nostorf:**

befürwortet aus den medlenburgischen Verhältnissen heraus gleichfalls diesen Antrag und spricht hierauf zu dem Antrag 59. So wunderbar wie es klingt, ist in Mecklenburg das Ausdragen von Zeitungen an die Abonnenten am Sonntag nicht möglich. Aus finanziellen Gründen ist in Mecklenburg der Kolporteur der einzige Postabnehmer an seinem Orte und trägt die Blätter dann an seine Abonnenten aus; an die größeren Orte werden die Zeitungen teilweise per Post geschickt. Das vorjährige medlenburgische „Sonntags-Sozialistengesetz“ läßt nun die Ausdrager der Zeitung an die Abonnenten am Sonntag lediglich am Druckort zu. An einzelnen Orten: Bismar, Güstrow, hatten sich darauf hin Privatposten zum Vertrieb der „Medlenburgischen Volkszeitung“ auf Strafbefehle dagegen konnten natürlich nicht aufrecht erhalten bleiben. Da erhält vor wenigen Tagen der Verleger der „Medlenburgischen Volkszeitung“ von der Schweriner Ober-Postdirektion eine Aufforderung zur Zahlung von der Kleinigkeit von 2500 M. Strafe für angebliche „Vortahinterziehung“ auf Grund des Post-Zeitungs-Gesetzes, da die Zeitungsnummern nicht „direkt“ durch expresse Voten an die Bezugsstellen bestellt würden; denn die Bestellung müsse eine „einheitliche“ sein.

Wir können nun der prozessualischen Entscheidung in diesem Falle ruhig entgegengehen, da ein Reichsgerichtsurteil dem Verleger die Auswahl der durch die Post zugelassenen Vertriebsorte von Ort zu Ort ausdrücklich gestattet. Aber das Postzeitungs-Gesetz enthält keine Silbe darüber, in welcher Weise die Zeitungen innerhalb eines Ortes ausgetragen werden können. Für uns ist es aber von großem Wert, die Zeitung unserer Abonnenten durch eigene Kolporteurs zuzustellen, um die Fälligkeit zu ihnen zu erhalten.

Die Redezeit Groths ist abgelaufen. Redner erklärt, sich von neuem zum Wort melden zu wollen. Antrag 34 begründet

**Fleischer - Dresden:**

Daß in Sachsen unsere Partei anders behandelt wird, als die bürgerlichen Parteien, ist ja bekannt. Ich erinnere nur daran, mit welcher Virtuosität man es mit Hilfe des Groben Unfugs-Paragrafen fertig gebracht hat, unsere Flugblattverteilung zu verbieten. Auch das Streikpostenwesen wird als grober Unfug angesehen, selbst mit Hilfe des dolus eventualis, indem man sagt, es ist zwar kein Unfug dadurch belästigt worden, aber es wäre doch möglich, daß sich jemand belästigt fühlt. Während der Wahlbewegung 1898 hat man sogar durch eine Verleumdung den § 43 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben, und das höchste Gericht hat der Behörde recht gegeben. Wohin soll es führen, wenn die Behörden auf solche Weise bestehende Gesetze einfach aufheben? Dem gegenüber ist eine Verprechung solcher Fälle im Reichstago wohl angebracht; natürlich werden sich die Gerichte nicht an die parlamentarischen Debatten kehren, aber es darf nicht der moralische Wert solcher Debatten außer acht gelassen werden. Was jetzt in Dresden geschieht, kann später in ganz Sachsen Brauch werden. Damit

außer Kraft gesetzt erklären entgegen der Bestimmung der Reichs-verfassung: Reichsgesetz geht vor Landesgesetz!

35. Parteigenossen in Heideberg: „Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten werden erucht, mit aller Energie und Nachdruck für Aufhebung des Impfwanges einzutreten.“

36. Parteigenossen in Aachen: „Die Fraktion zu beauftragen, in kommender Reichstagsession wiederum die Anträge auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitsdays, sowie auf Einführung der obligatorischen Gewerbegerichte einzubringen. Ferner soll die Fraktion beauftragt werden, eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens herbeizuführen durch Einführung eines Minimallohnes.“

37. Parteigenossen in Göttingen: „Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, im Reichstag dahin zu wirken:

- a) In dem § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes im 1. Absatz die Worte „innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbörde“ zu streichen.
- b) Im § 187 der Gewerbe-Ordnung den 6. Absatz zu streichen und dafür zu setzen: „Wöchnerinnen dürfen während sechs Wochen nach ihrer Wiederkehr überhaupt nicht beschäftigt werden.“
- c) Der Impfwang für die ganz Deutschland aufzuheben.
- d) Bei § 119 a der Gewerbe-Ordnung ist zu setzen: Zuwiderhandlungen werden bestraft.“

54. Parteigenossen in Pirna: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, eine Klärung darüber herbeizuführen, daß während der Wahlzeit nach dem Reichsgesetz Flugblätter ungehindert verbreitet werden dürfen, da viele Polizeidirektionen ortspolizeiliche Verordnungen erlassen, durch die das Reichsgesetz illusorisch werde. Es heiße: Reichsrecht geht vor Landesrecht, in diesem Falle gingen sogar Polizeiverordnungen vor Reichsrecht. Die Fraktion sollte eine richtige Interpretation des Gesetzes herbeiführen.

wird aber unsere ganze Wahlagitation unter Umständen lahmgelegt. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an.

**Antrag 37 begründet**

**Tauscher - Stuttgart:**

Der Antrag der Göttinger Genossen, den ich zu vertreten habe, enthält Teile des Arbeiterbundes, und ich bitte, ihn der Fraktion zur Verächtlichung zu überweisen. Der Punkt c. „Aufhebung des Impfwanges“, wird ja geteilte Gefühle hervorrufen. Ich weiß ja, daß unter unseren Genossen Gegner einer solchen Aufhebung vorhanden sind. Ich selber verwerfe den Impfwang. Wenn wir die Lage des Arbeiters haben, wenn er besser wohnt und ist und für seine Hautpflege sorgen kann, dann brauchen wir keine Furcht vor den Vöden zu haben und uns nicht Gift in den Leib spritzen. Wir nehmen ja auch durch Aufhebung des Impfwanges den Anhängern des Impfwanges nicht das Recht, sich impfen zu lassen, sondern schaffen nur einen lästigen Zwang ab. Also kann auch Punkt c der Fraktion zur Verächtlichung überwiesen werden.

Die übrigen Anträge werden nicht begründet. In der Diskussion erhält zunächst das Wort

**Sebel:**

Ich will auf das Materielle der Anträge nicht weiter eingehen, namentlich nachdem sie von den Antragstellern schon im wesentlichen begründet sind. Ich möchte nur beantragen, daß wir die hier gestellten Anträge, soweit sie nicht direkt abgelehnt wurden, der Fraktion zur Verächtlichung überweisen, weil die Anträge in der hier beantragten Form nur in den seltensten Fällen im Reichstago eingebracht werden können. Ich bitte Sie aber, speziell den Antrag 36 abzulehnen. Die Antragsteller haben offenbar übersehen, daß die Session des Reichstages nicht geschlossen, sondern nur vertagt ist. Wir haben aber in dieser Session bereits einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte gestellt. Der Antrag ist an die Kommission verwiesen, er ist dort beraten worden und wird demnächst wieder in Verbindung mit anderen ähnlichen Anträgen im Plenum zur Verhandlung kommen. Insofern also ist der Antrag 36 überflüssig. Aber auch in anderer Beziehung, denn ein Antrag auf Einführung des achtstündigen Normal-Arbeitsdays befindet sich ja unter den positiven Anträgen, die gegenwärtig der Beratung unterliegen. Endlich bitte ich, auch den letzten Absatz des Antrags 36 abzulehnen, aus dem einfachen Grunde, weil wir einen solchen Antrag hier unmöglich annehmen können, bevor wir die Frage erörtert haben, ob es möglich ist, einen gesetzlichen Minimallohn einzuführen und wie das zu geschehen hätte. Denn das werden Sie doch einsehen, daß man nicht für Berlin und für Buxtehude einen Minimallohn in gleicher Höhe festsetzen kann. Auf der andern Seite kommt die Frage des Submissionswesens für uns doch erst in zweiter Linie in Betracht. Nehmen Sie also den Antrag 36 zur Ab. Ferner beantrage ich den Absatz c des Antrags 37, den Impfwang betreffend, abzulehnen. Sie bestätigen damit nur Ihren Vorhin in Bezug auf Antrag 35 gefaßten Beschluß.

Sollen wir überhaupt Ihren Wünschen entsprechend im Reichstago vorgehen, so muß uns auch das nötige Material zur Verfügung gestellt werden, denn nur auf Grund eines solchen Thatfachenmaterials können wir die Sachen mit Aussicht auf Erfolg im Reichstago zur Sprache bringen. Allerdings ist diese Aussicht sehr gering. Es ist ja schon darauf aufmerksam gemacht, wie man die reichsgesetzlichen Bestimmungen einfach dadurch umgeht, daß man Landesgesetze und landesgesetzliche Polizeiverordnungen einführt, die die Reichsgesetze außer Wirksamkeit setzen. Nun entsteht eine schwere Kompetenzfrage. Nach den Landesgesetzen hat die Polizei das Recht, überals Verleumdungen zu erlassen; da kann das Reich nicht hineinreden. Auf der anderen Seite gehen diese Verordnungen oft so weit, daß dadurch bestehende Reichsgesetze außer Kraft gesetzt werden. Bedenken Sie, daß man jetzt mit Hilfe der Landesgesetzgebung darauf ausgeht, ein Gebiet der Reichsgesetzgebung nach dem anderen, das den herrschenden Klassen un bequem ist, lahm zu legen. Freiheiten, die die Reichsgesetzgebung gewährt hat, werden dadurch illusorisch gemacht. Wir werden ja selbstverständlich, sobald uns das nötige Material vorliegt, in entsprechender Weise im Reichstago vorgehen. Wie das zu geschehen hat, ob auf dem Wege einer Interpellation oder auf dem einer Gesetzesvorlage, darüber bin ich mir noch nicht klar, aber geschrieben muß etwas. Allerdings haben wir bei dieser streng partikularistischen Strömung, die namentlich vom Centrum kultiviert wird, wenig Aussicht, etwas zu erreichen. Trotzdem werden wir, was wir für notwendig halten, fordern, und so wird auch die Fraktion, wenn Sie meinen Antrag annehmen, ihr möglichstes thun, um zu einem praktischen Resultat zu gelangen. (Beifall.)

**Abler - Harburg:**

unterstützt den Antrag 59. In Hannover besitzen wir aus der schönen guten alten hannoverschen Zeit noch eine Reihe guter Gesetze, zu denen die Sabbatordnung von 1891 gehört; auch hier ist es wegen Flugblattverteilung am Sonntag zu einer Verurteilung bis zur höchsten Instanz gekommen. Bei uns oben in Buxtehude (Heiterkeit), Lüneburg, Bardowick hat das Landgericht freigesprochen, aber nur deshalb, weil die Flugblattverbreitung in diesen Fällen keine äußerlich sichtbare Arbeit war. (Heiterkeit.) Aber jetzt steht uns eine neue Sabbatordnung bevor, die diesen Freiheitsgrund beseitigt. Diese Knäppel, die man uns zwischen die Beine schmeißen will, muß das Reichsgesetz vorher kaputt schlagen. Der Punkt d des Antrags 37 erlirbt sich, da das neue bürgerliche Gesetzgebungskaufrechnungen gegen den Lohn von Arbeitern mit unter 1500 M. Jahreslohn unter Strafe stellt.

Zu Antrag 37 ist ein Zusatzantrag eingegangen, wonach bei Beratung des von der Fraktion gestellten Antrages auf Einführung eines einheitlichen freien Vereins- und Versammlungsrechtes auf die im Großherzogtum Sachsen-Weimar herrschenden, dem Koalitionsrecht hobnspreschenden Zustände hingewiesen und Abhilfe verlangt werden soll.

**Fendrich - Karlsruhe:**

Wenn es im Unglück ein Trost ist, Genossen zu haben, so kann ich dem Genossen Groth Trost bringen. Wir haben die ganze Postgeschichte auch erlebt. Im Ihnen zu zeigen, wie fein die Fußangeln des Postgesetzes sind, will ich Ihnen einen Fall erzählen, der Ihnen zeigen soll, wie notwendig die Annahme des Antrags 59 ist. Wir haben vor Jahren schon, als der „Volksheld“ noch nicht Partei-Unternehmen war, eine Strafe von 4—5000 M. wegen Verletzung des Postgesetzes zahlen müssen und zwar hat das Reichsgericht die Strafe bestätigt. Das ist wohl ein Vermittlungsfall für Genossen Groth, der auf das Reichsgericht rechnet. Nach unseren Erfahrungen ist es nicht geneigt, milde zu verfahren. Nun haben wir uns ganz genau nach den Bestimmungen des Postgesetzes gerichtet. Wir schiden nach Durchlauf per Expreß auf den „Volksheld“. Dort trägt ihn ein eigener expresser „Vot“, eine einfache Frau aus. Diese Frau ist jetzt in eine Strafe von 1500 M. wegen Hinterziehens des Postportos genommen worden. Was war geschehen? Ohne daß wir es wollten, trägt die Frau auch 2, 3 Duzend der „Schwäb. Tagwacht“ aus. Ein expresser Vot aber darf nach den Bestimmungen des Postgesetzes nur eine Zeitung antragen. Das wußte die Frau nicht und der Vertreter des Staatsanwalts erkannte selbst an, daß der Fall sehr milde liege und beantragte eine sehr geringe Strafe. Das Gericht aber erkannte auf die genannte harte Strafe. Offenbar liegt hier ein System vor, das nicht nur in Mecklenburg sondern auch in Süddeutschland gehandhabt wird, das System, in die Schlingen des Postgesetzes möglichst die Verbreiter und Verleger der Partei-Organen fallen zu lassen. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrags 59.

**Siehorn - Dresden:**

Entgegen dem Wunsche Sebels eruche ich um Annahme des Antrags 34, und ihn nicht nur der Fraktion zur Verächtlichung zu überweisen. Die Zustände in Sachsen sind geradezu skandalös. Die Rednertribüne des sächsischen Landtags haben wir bald nicht mehr, außerdem nützt sie uns nicht. Die Korrektur muß von außen kommen. Wir haben Prozesse wegen der Waßflugblatt-Verbreitung geführt, die uns 1200—1500 M. in einem einzigen Wahlkreis ge-



loftet haben. Bei Gelegenheit von Wahlprotesten ließe sich wohl ein Exempel durch Kassierung der Wahl statuieren. Die Wahlkassierung von Pirna hat ganz ungeachtet gewirkt. In Stelle der früheren Wahlregeln hat jetzt eine für sächsische Verhältnisse ganz ersaumliche Toleranz geherrscht. Nebenher muß auch auf dem Gebiete des Groben Unfug-Paragrafen Remedur geschafft werden. Das man bei uns in Sachen als groben Unfug betrachtet, geht vielfach auf seine Kuhhaut. (Weiterleit.) So wurde jemand wegen groben Unfugs bestraft, weil er bei einem Leichenbegängnis seinen Gehilfen trug (Weiterleit), ein anderer deshalb, weil er wegen schlimmer Fäße „Wanduscheln“, grüne Filzschuhe, trug. (Weiterleit.) Dabei wird in der Begründung dieser Urteile in der ungemeinsten Weise ausgesprochen, daß die Verteilung deshalb erfolgt sei, weil es sich um einen Socialdemokraten handelt. Material soll die Fraktion von uns so viel haben, daß sie darin erfährt. (Weiterleit.)

#### Dr. Winter-Beuthen:

Entsprechend dem Antrage Beubels beantrage ich eine Zusammenfassung der Anträge 34 und 34 zu folgendem Beschlusse: Die Fraktion soll im Reichstag die landesgesetzlichen und polizeibehördlichen und der Reichsgesetzgebung widerstehenden Beschränkungen der Zeitungsverbreitung und Flugblattverteilung am Sonntag zur Sprache bringen. Auch aus Übersichtslehre läßt sich eine große Masse Material hierfür herbeischaffen. Man kommt zu hierbei in der That die Landesgesetzgebung in Betracht. Aber die Fraktion hat es bisher ja immer verstanden, was sie für nötig hielt, an der richtigen Stelle zur Sprache zu bringen.

#### Groth

vervollständigt die Begründung seines Antrages. Den Antrag betreffend den Zeitungsvertrieb bittet er, in der ursprünglichen Fassung anzunehmen. Die Beratung des Postzeitungs-Gesetzes bietet eine vorzügliche Handhabe, hier speziell einzugreifen. Die anderen Parteien haben zum Teil daselbe Interesse wie wir an dieser Frage, wenn das mecklenburgische Sonntagsgesetz auch nur gegen Socialdemokraten angewandt wird. Die Mecklenburger haben die Sammlung von Material bereits eingeleitet.

#### Lebedour:

Wir alle sind samt und sonders damit einverstanden, daß die sächsische Praxis in Bezug auf die Flugblatt-Verteilung belämpft werden muß. Entgegen Beubel ersuche ich Sie dringend, die Anträge anzunehmen, anstatt sie nur als schätzenswertes Material der Fraktion zu überweisen. Gebunden wird diese in keiner Weise, spezielle Vorschriften machen wir ihr in keiner Weise bezüglich des Weges, auf dem sie die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache bringen will.

#### Leber-Jena

bringt die sachsen-weimariischen Verhältnisse zur Sprache. Dort übertrifft der neueste Kurs sogar die sächsische Praxis, denn einfach alles wird verboten. Seit der Aera v. Wurmb ist das, was früher nur im Kreisstädter Bezirk Mode war, in der allerhöchsten Weise auf das ganze Großherzogtum übertragen worden. Eine Versammlung in Weimars wurde verboten, weil der Referent und Korreferent wegen ihrer aufreizenden Rede hinsichtlich bekannt seien, so daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden würde; überall bis auf wenige kleine Ortschaften kamen Verbote mit derselben merkwürdigen Begründung. Beschwerden wurden hernach abgewiesen, trotzdem kein einziger Fall nachgewiesen werden konnte, in dem die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet worden wäre. Ich habe an die Verwaltungsdirektion geschrieben, die Arbeiter von Jena seien dazu viel zu geschult und vernünftig; aber dann kamen Antworten wie folgende: von einer Einwirkung auf die Gemeindefürsorge könne man so wenig die Rede sein, als diese den einzelnen Fall besonders erörtern und nur nach pflichtmäßigen Ermessen vorgehen. Uebrigens erscheine es durchaus nicht ausgeschlossen, daß Themat, wie das in Frage stehende, anreizend wirken und so die öffentliche Ordnung gefährden könnten. In Sachsen-Weimar kann eben jeder Dorfbürgermeister unbeschränkt durch ein Vereinsgesetz nach Belieben eine Versammlung verbieten — ein schlagendes Beispiel für die Notwendigkeit eines Reichs-Vereinsgesetzes.

#### Baudert - Apolda:

In unserem „Mausbastei“, wie einmal ein konservativer Führer die kleinen Thüringischen Länder genannt hat, ist uns das verfassungsmäßig gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht durch einen einfachen Federstrich, durch eine Verfügung des Ministeriums genommen worden. Schon vor vier Jahren hat der Minister erklärt, daß zwar ein absolutes Versammlungsverbot nicht besteht, daß aber alle Behörden streng angewiesen sind, für die Sicherheit Sorge zu tragen. Nun sind in der letzten Zeit alle unsere Versammlungen einfach mit dem Hinweis auf die aufreizende Sprechweise des Redners verboten worden. Zu wundern brauchen wir uns darüber nicht, wenn wir bedenken, daß der Großherzog, als ihm der Anfall der Wahlen mitgeteilt wurde, gesagt haben soll: Das habe ich und mein Haus nicht verdient. Es ist Gefahr vorhanden, daß das System auch in den übrigen „Mausbasteien“ nachgeahmt wird. Um so mehr ist es unsere Pflicht, im Reichstage die Sache zur Sprache zu bringen. Nehmen Sie deshalb den betreffenden Antrag an und liefern Sie der Fraktion Material!

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlusswort erhält

#### Hoch:

Die Reichstags-Kommission, die die Novelle zur Gewerbeordnung zu beraten hatte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Der schriftliche Bericht liegt jetzt vor. Damit hat die Aktion vorläufig ihr Ende gefunden. Erst nach den Ferien wird der Reichstag in die zweite Beratung der Novelle eintreten. Diese Gelegenheit hätte die Gewerkschaftsbewegung benutzen sollen, um mit entsprechenden Anträgen an den Reichstag heranzutreten. Die Schneider, die Cigarrenarbeiter hätten ihre Wünsche in präciser Form vorlegen sollen. Eine treffliche Zusammenstellung ihrer Forderungen haben aber nur die Schreiber bei Reichsanwälten geliefert.

Wie nötig derartige Aktionen der Gewerkschaften waren, zeigen die Vorgänge bezüglich des Bauarbeitersgesetzes. Diese Arbeiter waren unermüdet auf dem Posten, um Material zusammenzutragen. Und ihre Tätigkeit ist nicht ohne Erfolg geblieben. Wenn auch noch lange nicht alles erreicht ist, so ist der Stein doch im Rollen. Es war bezeichnend, daß ein Genosse sagte: Material haben wir genug, die Fraktion soll sich nur melden. Eine ganze Reihe von Leuten, die verpflichtet waren, an uns heranzutreten, warten, bis sie gefragt werden.

In den Anträgen selbst habe ich dem, was Beubel gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Ich warne Sie dringend vor Annahme des Antrages 37 bezüglich der Zuspätkung. Auf dem vorigen Parteitage haben zwei Kerze, die doch als Fackeln die Sache am besten beurteilen können, sich belümpert. Diese Frage wollen wir den Sachtesten überlassen. Diese absolute unfertige Sache, die mit unseren Parteiprinzipien gar nichts zu thun hat, können wir von Partei wegen nicht annehmen. Wenn Sie der Fraktion die Anträge zur Verächtlichmachung überweisen, dann wandern sie nicht als schätzenswertes Material, wie Lebedour meinte, in den Papierkorb. Aber die Form, in der wir eine Sache zur Sprache zu bringen haben, können wir nicht ohne weiteres bestimmen, wir sind an die parlamentarischen Formen gebunden; will Lebedour uns aber freie Hand lassen, dann ist es nur ein Streit um Worte. Aber die Anträge über doch einen gewissen Zwang auch bezüglich der Form aus; es wird ausdrücklich eine Interpellation verlangt. Die Däneninterpellation mußte ohne Anwesenheit der Minister verhandelt werden. Es ist etwas ganz anderes, wenn man die Herren vor sich hat, wenn man mit ihnen abrechnen will; wie stand bei der Wähler Verhandlung der Vertreter der sächsischen Regierung da! Also wenn Sie uns freie Hand lassen wollen, dann thun Sie es doch. Sie können der Fraktion in dieser Beziehung um so mehr Vertrauen schenken, als sie bereits in der letzten Session die Frage der Flugblattverteilung in Sachsen angeschnitten hat, durch Genossen Ordnamer, früher auch durch Stoffe

(Lebedour: Pirna ist etwas Neues. Gewiß es soll auch immer von neuem angebohrt werden, aber haben Sie doch das Vertrauen, daß das geschieht.)

Eine Maßregel vorzuschlagen, die mit dem Groben-Unfug-Paragrafen gründlich aufräumt, ist sehr schwer.

Nach längeren Beratungen haben wir einen Antrag formuliert, wir haben sogar schon den Redner bestimmt. Also Sie sehen, wir wenden diesen Fragen schon von selbst unser Augenmerk zu, und darum ersuche ich Sie, alle Anträge, die Sie nicht verwerfen oder für überflüssig halten, der Reichstags-Fraktion zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Ueber die Tätigkeit der Fraktion in der verflochtenen Session herrscht nur eine Meinung. Wir haben das nicht anders erwartet. Aber es ist doch wertvoll, daß es sich heute wieder gezeigt hat, wie einig, wie geschlossen die Gesamtpartei bezüglich der praktischen Arbeit dasteht. Von gegnerischer Seite ist betont worden, wenn in einer Partei so schwerwiegende theoretische Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, kann es unmöglich ohne Einfluß auf das praktische Handeln sein, da muß sich die Partei endlich spalten in eine, die mehr, und eine, die weniger Kompromisse macht. Da will ich dem zum Schluß feststellen, daß die Hoffnung der Gegner eine irrige ist und daß auch auf diesem Parteitage sich gezeigt hat, daß da, wo es gilt, praktisch zu handeln und zum Wohle der Arbeiterklasse einzutreten, wir einig und geschlossen dastehen. (Beifall.)

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird der Antrag Winter angenommen, womit die Anträge 34 und 34 ihre Erledigung gefunden haben. Antrag 36 wird abgelehnt. Dem Antrag 37 werden die Punkte a, b und d angenommen. Punkt c wird abgelehnt, der Zusatzantrag Baudert zu Nr. 37 wird angenommen, ebenso Antrag 39.

Damit ist Punkt IV der Tagesordnung erledigt. Der Punkt V ist konstatirt im Namen des Bureau's, daß gegen die bisherige Tätigkeit der Parteilitung kein Einwand erhoben ist.

Auf Vorschlag des Bureau's wird Punkt V der Tagesordnung zurückgestellt und zunächst Punkt VIII

#### Maifeier

beraten.

#### (Privatdepechen des „Vorwärts“)

#### Berichterstatler Pfamloch:

Die Zeit des Parteitages brauche ich mit der Unterbreitung einer Resolution die Maifeier betreffend nur kurz in Anspruch zu nehmen. Anträge dazu liegen nicht vor. Die Partei ist mit der Art und Weise, wie die Maifeier seit dem Parteitag in Gotha gehalten worden ist, einverstanden. Die Resolution, die ich beantrage, lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiterruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zu Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeiterruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Die Arbeiterruhe am 1. Mai hat sich immer mehr eingebürgert, sie wird immer mehr innegehalten werden, bis wir das Ziel, das wir mit der Manifestation einer Maifeier erstreben, erreicht haben werden. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

#### Liebnecht

hält hierauf das Referat über den nächsten internationalen Kongress. Die von ihm vorgeschlagene Resolution lautet:

„Der Parteitag beschließt, die deutschen Genossen zur Veranlassung des internationalen Solidaritätsfestes, zu möglichst zahlreicher Beschickung des internationalen Arbeiterkongresses aufzufordern, der im Herbst des nächsten Jahres (1900) zu Paris sich versammeln wird.“

Liebnecht fährt aus: Genossen und Genossinnen, Sie werden sich erinnern, daß auf dem letzten internationalen Kongress in London 1896 der Beschluß gefaßt wurde, daß nach 3 Jahren, also 1899, die deutsche Socialdemokratie, wenn irgend möglich, den internationalen Kongress in Deutschland organisieren möge. Wenn es aber nicht möglich ist, sollte sie an die französische dies Ehrenamt abgeben und der Kongress 1900 in Paris stattfinden. Wie Sie wissen, sind wir in Deutschland infolge unserer politischen Verhältnisse nicht in der Lage gewesen, den ausländischen Gästen ein sicheres Asyl und die für einen internationalen Kongress notwendige Freiheit der Debatte zu gewähren. Wir waren also genötigt, an die französischen Genossen das Ehrenamt abzugeben. Diese haben es übernommen und im Mai d. J. fand eine internationale vorbereitende Konferenz in Brüssel statt, zu der seitens der deutschen Socialdemokratie Singer und ich, seitens der österreichischen Adler, der französischen Bailant und andere delegiert waren. Die internationale Socialdemokratie war dort ziemlich vollständig vertreten. Von französischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, man möge zwei Kongresse abhalten; ein gewerkschaftlicher Kongress sollte vollständig vom eigentlichen Kongress getrennt sein. Wir erklärten, daß wir es nicht dulden könnten, daß die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen losgelöst würde, und wir wurden darin unterstützt, namentlich von den Oeströichern. Schließlich wurde auch seitens der französischen Genossen unser Standpunkt geteilt.

Nun war in Frankreich der Horizont eine Zeit lang verdüstert. Infolge von inneren Verwicklungen, über die ich mich hier nicht auslassen kann, trat Millerand in das gegenwärtige Ministerium ein, und dieses Ereignis, das eine vollständige Veränderung der Latit bedeutete, gab Anlaß zu einer Spaltung innerhalb der französischen Socialdemokratie, einer Spaltung, die für den Augenblick wirklich von Dauer sein zu wollen schien. Das Komitee d'entente, das Verständigungs-Komitee, in dem zu gleichen Teilen Vertreter sämtlicher französischer Parteilaktionen saßen, war infolge der Spaltung auch auseinandergeplatzt und einen Augenblick schien es wirklich, als ob die Abhaltung eines internationalen Kongresses in Paris unmöglich sein würde. Aber das Bedürfnis der gegenseitigen Annäherung ist in der Klasse der französischen Genossen so groß, daß das Verständigungs-Komitee sich über die Vorhänge emigte, die in Brüssel für den internationalen Kongress angeordnet sind. Die Vertreter des Verständigungs-Komitees sind zu dem Beschluß gelangt, die von uns vorgeschlagene Tagesordnung unverändert anzunehmen und es ist uns von allen Seiten versichert worden, daß dieser internationale Kongress von den bisher noch streitenden Parteien in gleicher Weise begrüßt wird. Der Kongress wird berufen werden auf den Herbst nächsten Jahres. Die Franzosen sind bis jetzt noch nicht in der Lage, den Zeitpunkt genau anzugeben, er wird rechtzeitig bekannt gemacht werden. Der Kongress bildet lediglich die Fortsetzung der alten internationalen Kongresse, auf welchen alle Arbeiterorganisationen vertreten sein können. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die jetzt noch unter den französischen Genossen bestehenden Streitigkeiten ausgeglichen werden, ihr Einigungs-Kongress wird vermutlich noch in diesem November stattfinden. Aber selbst für den Fall, daß dieser Kongress weiter hinausgeschoben werden, ist doch der Druck nach Einigung unter den französischen Genossen so groß, daß wir mit vollkommener Sicherheit erwarten können, daß es auf dem internationalen Kongress nicht zu Fäulnissen oder stillen Debatten kommt, die der Socialdemokratie nur zur Unruhe gereichen und den Gegnern Stoff zu Spott bieten.

Ich habe nicht nötig, Ihnen die Resolution zur Annahme zu empfehlen. Die deutsche Socialdemokratie steht ja in Bezug auf Verhätigung des Internationalismus als Muster da. Man hat uns

in der gegnerischen Presse verhöhnt, weil wir für die Ausgesperrten Dänen und die englischen Maschinenbauer mehr Geld gegeben haben, als die übrigen Nationen. Und mehr als jene und. Wenn wir geben, so verlangen wir keine Gegengabe. Wir erfüllen nur unsere Pflicht und hoffen, daß die Genossen der übrigen Länder in der Verhätigung der Internationalität uns nachahmen. In der Verhätigung dieser Internationalität wird die deutsche Socialdemokratie den nächsten internationalen Kongress möglichst zahlreich beschicken. Ich hoffe, daß die Resolution einstimmig angenommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

#### Lipinski - Leipzig

erstattet den Bericht der Mandatprüfungs-Kommission. Es sind 230 Mandate eingereicht worden, durch die 197 Deputierte auf den Parteitag entsandt worden sind. Kein Mandat ist beanstandet worden. Außer den Delegierten sind anwesend 25 Reichstags-Abgeordnete ohne Delegiertenmandat, 5 Mitglieder des Parteivorstandes, 6 Controlreue, Berard aus Hamburg für Verlag und Druckerei Kuer u. Co., außerdem 7 auswärtige Gäste. Dem Antrag der Mandatprüfungs-Kommission entsprechend werden sämtliche Mandate für gültig erklärt. Genosse Blume, der während des zweiten Teils der Nachmittags-Sitzung den Vorsitz führte, verliest hierauf die eingegangenen Begründungsschreiben und schließt die Sitzung um 6 Uhr.

#### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bis jetzt haben 32 Betriebe die aufgestellten Forderungen bewilligt. In 23 Betrieben befinden sich die Kollegen im Ausstand. Die Unternehmer suchen Ersatzkräfte von außerhalb heranzuziehen, vornehmlich aus Wien, Dresden und Leipzig, worauf die dortigen Kollegen aufmerksam gemacht werden. Im übrigen wird versucht, die nötigsten Arbeiten in anderen Betrieben anfertigen zu lassen, wie folgendes Inserat aus dem „Lokal-Anzeiger“ beweist:

Metallarbeiten für Drehereien, Gärtereien, Drückereien werden zu lohnenden Preisen vergeben. Aktiengesellschaft Bgde, Ritterstr. 12.

Hierdurch sind bereits in zwei Giebereien die Formen in den Ausstand getrieben worden. Da die Giebereibesitzer in auffällig provolatorischer Weise den Formen und Giebereiarbeitern die Anfertigung von Streifen anbieten, unter ausdrücklicher Betonung, daß die Arbeit für gesperrte Firmen zu liefern ist, so geben wir wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Unternehmer durch die Streifenarbeit den Ausstand auf sämtliche Giebereien auszudehnen trachten. Der Stand des Streifs ist unverändert günstig. Hierbei wollen wir feststellen, daß die Behauptung der Deutschen Warte vom 6. Oktober, wonach die Streikenden der Firma Schulze Vermittelungsversuche durch den Polizeileutnant des Reviers hätten machen lassen unter Preisgabe des Reinstundentages, völlig aus den Fingern gezogen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Die Streikenden werden nicht früher die Arbeit aufnehmen, bevor eine Verständigung über die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit herbeigeführt ist.

Zu nachstehenden Betrieben befinden sich sämtliche Metallarbeiter im Ausstand: F. F. A. Schulze; Gerede; Akt.-Ges. Bgde; Spinn u. Sohn, Akt.-Ges.; Ende u. Depp; S. Löb; Sped. Brotrecht; Teichmann; Frister; Oberschönweide. — Zur Formner und Giebereiarbeiter streifen bei: Bernh. Joseph; Akt.-Ges. vormalig Gladenedel in Friedrichshagen; Eitner; Madulus; Spehrer u. Cie.; Schwidlowski; J. Hand; Schiller; Kärnberg; Aramne; Schäffer u. Walter; Heinye, Wasserhorststraße Ritter.

Zuzug von Formnern, Klempnern, Gärtern, Drückern, Drehern, Schloßern, Schleifern, Gießern und sonstigen Metallarbeitern ist fernzualten.

Zugleich weisen wir darauf hin, daß Sammellisten und Marken zum Unterstützungsfonds bei den bekannten Vertrauensleuten und Kassierern zu haben sind.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Otto Käther, S. Ammenstr. 39.

In der Versammlung der Metallarbeiter, die am Montagabend in den „Aminhallen“ tagte, wurde mitgeteilt, daß Streikbrecher aus den Reihen der Ausständigen gar nicht zu verzeichnen seien. Von 20 Betrieben befinden sich die Arbeiter, teilweise nur die Formner, zumeist aber sämtliche Metallarbeiter im Ausstand. Darunter sind drei Betriebe zu verzeichnen, in welchen die Arbeiter Streifenarbeit anfertigen sollten, und weil sie dies nicht wollten, zum Ausstand gebrängt wurden. In einigen Fällen haben die Unternehmer die Streifenarbeit wieder fortgesetzt, nachdem die Arbeiter die Anfertigung derselben verweigerten; in verschiedenen Betrieben aber geben die Unternehmer geradezu provolatorisch vor und es hat den Anschein, als wollten die gesamten Formner zum Ausstand gezwungen werden. Die Firma Bgde verlegt ebenfalls ihre Arbeit in anderen Werkstätten fertig stellen zu lassen. Bei einigen Firmen dürfen die noch arbeitenden Gärter, Dreher, Drücker usw. durch den Streik der Formner und zwar wegen Mangels an Material in Mitleidenschaft gezogen und zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Im allgemeinen wird die Bewegung gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht haben, wenn nicht noch besondere Umstände etwa eintreten. Von besonderer Bedeutung ist diese Bewegung auch deshalb, weil sich diesmal mehr wie sonst die großen Betriebe beteiligen haben.

Von dem Verband der Graveure, Gießere etc. geht uns nachstehende Verhätigung zu: In dem in Nr. 235 des „Vorwärts“ enthaltenden Bericht über die Reinstundenbewegung der Graveure etc. haben sich etliche Vertreter eingeschlichen, welche in folgendem berichtet seien: Es ist bei Erwähnung der Firma Krndt u. Marcus nicht diese, sondern die Firma Krndt am Tempelhofer Ufer gemeint. Bei Engel u. Hegewaldt wird nicht 9 Stunden, sondern tatsächlich 9 Stunden 10 Minuten gearbeitet. Somit bezog sich die Verhätigung nur auf die Firma Krndt. Auch sind die Kollegen bei Levi und bei Brotrecht bereits am Montag in den Streik eingetreten.

Von den beiden genannten Firmen (Krndt u. Marcus und Engel u. Hegewaldt) gingen uns ebenfalls Verhätigungen zu, die im wesentlichen dasselbe betreffen. Die erstere befindet sich außerdem noch, daß bei ihr bereits seit dem 29. April 1896 die neunstündige Arbeitszeit besteht.

Der betreffende Bericht ist uns von Seiten der Arbeiterorganisation zugeföhrt, die Redaktion trägt an den Zeitnummern also keine Schuld.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 9. Oktober. Das „Fremdenblatt“ erzählt, daß dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Fuchs das kaiserliche Dekret bezüglich der Schließung der Session des Reichsrats zugeht.

Wien, 9. Oktober. (W. Z. W.) Auf der Station Ruda bei Jarshan-Wiener Eisenbahn ist ein Personenzug mit einer rangierenden Lokomotive zusammengefahren. Beide Lokomotiven und mehrere Waggons wurden zertrümmert; fünf Personen wurden schwer, zahlreiche leicht verletzt.

Wostau, 9. Oktober. (W. Z. W.) In der vergangenen Nacht richtete ein Sturm auf der Nicolaibahn große Verheerungen an. Etwa 100 Telephon- und Telegraphensäulen wurden umgeworfen, zeitweise mußte der Verkehr unterbrochen werden. Stellenweise erfolgte starker Schneefall, welcher den Boden bis zu einem Arsch mit Schnee bedeckte.

New York, 9. Oktober. (W. Z. W.) In Newyork sind gestern 24 neue Erkrankungen und 3 Todesfälle am gelben Fieber vorgekommen.



# Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Hannover, den 8. Oktober.

## Die Begrüßungsfeier.

Die hannoverschen Arbeiter hatten es sich nicht nehmen lassen, ihren Gästen, den Delegierten des Parteitages, ein prächtiges Fest zur Begrüßung zu geben. Zwei der größten Säle der Stadt, die mit einander in unmittelbarer Verbindung stehen, der „Palmengarten“ und das „Königshaus“, standen hierzu zur Verfügung. Die gewaltigen Säle und Hallen, die gut zubehaltenen Personen fassen, erwiesen sich als viel zu klein. Schon um vier Uhr, wo die Feier ihren Anfang nahm, war kaum noch ein unbesetzter Platz zu finden. Immer neue Massen aber schoben sich hinein, aus dem ganzen Kohlenbezirk Hannovers waren die Arbeiter mit ihren Familien erschienen, um an diesem Ehrenfest ihrer Partei-Organisation nicht zu fehlen. Trotz der Hölle herrschte in den mit Fahnen, Bannern und Wimpeln reich geschmückten Hallen eine musterhafte Ordnung. Die hannoversche Polizei hielt sich sehr zurück. Um so besser stimmte alles zusammen.

Eine Anzahl Musikstücke eröffneten die Feier. Gegen 6 Uhr betrat der langjährige Reichstags-Abgeordnete der Stadt, Genosse Meister die Rednertribüne.

## Meister:

Genossen und Genossinnen! Das Lokalkomitee hat mich beauftragt, Ihnen den herzlichsten Willkommensgruß zu bieten, zugleich mit dem Ausdruck unserer Hoffnungen und Wünsche für diesen Parteitag. Wir können Ihnen nicht das bieten, was Sie andern Orts gefunden haben, aber seien Sie überzeugt, es liegt das nicht an unserem guten Willen. Wir wissen die hohe Ehre sehr wohl zu schätzen, daß dieser Parteitag in unseren Mauern stattfindet. Wir wissen, daß er eine ganz besondere Bedeutung für sich in Anspruch nehmen darf. Feiern wir doch diesmal gerade ein Jubiläum; ist es doch jetzt zehn Jahre her, seit wir durch Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr gezwungen sind, die Gasse und die Straße für unsere Parteitage in Anspruch zu nehmen. Aber noch weit mehr in anderer Beziehung liegt dem gegenwärtigen Parteitag eine ganz besondere Bedeutung bei, ja wir dürfen es ausprechen, der Parteitag in Hannover wird ein Meilenstein sein in der Geschichte der deutschen Socialdemokratie. (Zustimmung.) Wir sind es ja gewohnt, alljährlich von unsern Gegnern die Erwartung auszusprechen zu hören, nun endlich werden wir uns entzweien, auseinandergehen, und mehr denn jemals knüpft sich solche Hoffnung unserer Gegner an den diesjährigen Parteitag. Wir lächeln über diesen Unverstand unserer Gegner. Wir wissen, daß, wie die Bewegung nicht von Einzelnen gemacht worden ist, sie auch von Einzelnen nicht zerstückelt und zerstückelt werden kann. Aber auch in unsern Reihen sind vielleicht einige, die bedrückt sein mögen, daß das, was vorgegangen ist, zu einer Zerstückelung der Partei führen könnte. Nun, wenn unsere Arbeiten zu Ende sind, werden sie sehen, daß wir es verstanden haben, für unsere Ansichten zu kämpfen, wenn es sein muß, mit den schärfsten Waffen, aber dennoch die Einigkeit aufrechtzuerhalten. Wir sind es ja gewohnt, daß die Meinungen auseinanderlagen, aber niemals haben die Meinungsverschiedenheiten dazu geführt, daß einer, der seine Meinung vertreten hat, in unseren Reihen keinen Platz hätte. Wenn auf etwas, so können wir darauf stolz sein, daß die Grundlage unserer Arbeit stets die denkbar größte Meinungsfreiheit gewesen ist. Wenn es bei unseren Gegnern anders ist, so liegt das im Wesen ihrer Parteien, an den Grundrissen, die sie vertreten. Aber wir haben keine Dogmen, werden niemals Dogmen haben, und daher ist es ganz selbstverständlich, daß auf unsern Parteitagen die größte Ehrlichkeit zum Ausdruck gelangt. Sind wir doch überzeugt, daß kein Genosse der Meinung ist, daß wegen verschiedener Ansichten Feindschaft unter uns aufkommen darf! Wir haben von jeher dem Grundsatz Achtung getragen, daß nur allein die größte Freiheit im Denken es möglich macht, das Ziel zu erreichen, das uns stets vor Augen geschwebt hat. Wenn also die Gegner hoffen, daß es in Hannover zu einer Zersplitterung kommen wird, so werden sie bald einsehen, wie eitel eine solche Hoffnung ist. Wohl werden die Meinungen scharf auf einander schlagen, aber am Schlusse des Parteitages werden wir gefestigter und geeinigter dastehen als jemals. (Beifall.)

Wir in Hannover wissen sehr wohl, daß wir in der Parteigeschichte nur ein ganz kleines winziges Blättchen einnehmen. Aber immerhin haben auch wir uns stets bemüht, das zu leisten, was von uns verlangt werden konnte. Wir haben niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß unsere großen Taten und Dogmen hinterlassen haben, denen wir blindlings zu gehorchen hätten. Wir dürfen keine Dogmen bei uns aufkommen lassen; Disziplin aber und Solidarität, das waren die Grundpfeiler in unserer Partei, und sie werden es auch jetzt sein. (Beifall.) Wenn es etwas giebt, auf das wir stolz sind, so ist es die Thatsache, daß Zeiten der Uneinigkeit, Zeiten, in denen sich die Genossen wie feindliche Brüder gegenüberstanden, heute unmöglich sind. Mögen es sich unsere Gegner gesagt sein lassen, daß jene Zeiten, da wir auf verschiedenen Wegen wandelten, für die Arbeiterschaft nicht bloß Deutschlands, sondern aller civilisirten Nationen eine Schande gewesen sind. Für uns in Hannover kann es kein erhabenderes Gefühl, keine freudigere Erinnerung geben, als daß wir auf Anregung unseres leider verstorbenen Karl Tölke die Initiative zur Einigung ergriffen haben. Wir haben das, was die leitenden Personen nicht fertig brachten, zu Stande gebracht, indem wir von uns her auf einfach die Einigkeit decretierten: Das ist es, was uns als Verdienst anzurechnen ist, und wir freuen uns dieser That als einer rühmlichen im Interesse der Allgemeinheit.

Genossinnen und Genossen! Wir sind überzeugt, daß Sie alle von dem besten Eifer befeuert sind, Klarheit zu schaffen über die Wege, die eingeschlagen werden müssen, damit die Partei gefestigter und gestärkter als neue Jahre tritt. Wir möchten ja eitle Thesen sein, wollten wir die Geschäfte unserer Gegner betreiben. In einer Zeit, wo der Zustand uns vor Augen schwebt, wo unsere Gegner alle Mittel in Bewegung setzen, unsere Einigkeit zu stören, wo alle dem Kapital zur Verfügung stehende Mittel angewandt werden, wo uns zu zersplittern, da sollten wir wegen einzelner Meinungsverschiedenheiten eine Zersplitterung Platz greifen lassen? (Bravo!) Nein, die Arbeiterschaft von Hannover und Linden begreift das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie die Erwartungen, die das Proletariat Europas hegt, erfüllen werden, und daß jeder einzelne sein gut Teil dazu beitragen wird. Mögen auch die Meinungen zeitweise auseinander schlagen, am Schlusse unserer Verhandlungen wird allerorts wieder Friede und Eintracht herrschen! Mag die Zeit so oder so sein, unsere Ideale sind und bleiben die selben, sie müssen dieselben bleiben, denn sonst würden wir nicht sein, was wir sind und was wir sein wollen als socialdemokratische Partei. Ja, wir sind heute mehr als je überzeugt, daß sich hier keine unheilbaren Schandspiele abspielen werden und daß in der Geschichte der Socialdemokratie der Parteitag in Hannover einen ehrenvollen Platz erhalten wird. Rechnen Sie deshalb nochmals unsere herzlichsten Willkommensgrüße entgegen! Ich glaube, das, was uns befeuert, nicht besser zum Ausdruck bringen zu können, als daß ich Sie auffordere, mit mir einstimmen in ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie. (Die Anwesenden stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein und spenden dem Redner lebhaften Beifall.)

Nunmehr ergriff namens der Delegierten das Wort Genosse

## Frohme:

Berehrte Festgenossen! Gestatten Sie mir, im Namen der Teilnehmer am Parteitag den herzlichsten Dank abzusprechen für den freundlichen, überaus erhabenden Empfang, den Sie uns bereitet haben. Die Worte Meister werden einen starken Widerhall bei Ihnen gefunden haben. Auch ich bin überzeugt, daß dieser Parteitag in der Geschichte der Socialdemokratie eine ganz besondere Bedeutung hat. Hier sind so viele alte Freunde, mit denen wir gemeinsam vor mehr denn 30 Jahren den Kampf begannen: was waren wir damals? eine kleine, kaum beachtete, verächtliche, verachtete Schaar. Ja, wie ich noch recht gut zu entsinnen, wie man es in jener Zeit nicht wagen durfte, ernsthaft von einer socialen Frage, von der Notwendigkeit socialer Reformen zu sprechen, ohne den Spott der Gegner heranzufordern. Man verneinte damals, diese jetzt so gewaltige Kulturbewegung werde gar bald im Sande verlaufen, man hatte damals nicht gerechnet mit der entwicklungsgeheißigen Notwendigkeit, worauf wir uns mit allen unseren Prinzipien, mit allen unseren Bestrebungen, mit unserer ganzen Thätigkeit, und heute ist die Socialdemokratie die maßgebende Partei im Deutschen Reich geworden, maßgebend in dem Sinne, daß jede große politische, sociale, wirtschaftliche Bewegung auf sie Rücksicht nehmen muß. Die Parteigenossenschaft Hannovers hat von Anfang an ihr gutes Teil redlich dazu beigetragen, daß die Partei werden konnte, was sie geworden ist. In vieler Hinsicht steht diese Parteigenossenschaft musterhaft da, besonders wo die Einheit, das solidarische Handeln der Partei in Frage gekommen ist; immer hat sie es verstanden, im Geiste der Solidarität sich mit solchen Fragen abzufinden. Wenn die Arbeiten des Parteitages in diesem Sinne verlaufen, dann wird er mit hoher Befriedigung aneinander gehen können.

Genossen und Genossinnen, wir sind uns der großen Verantwortlichkeit, die wir tragen vor der Mit- und Nachwelt, bewußt. Der Socialdemokrat, der den historischen Beruf des Socialismus zu würdigen weiß, der sich sein Bewußtsein zu klaren Zielen bei allem, was er thut und unterläßt. Es giebt keine Partei, die in größerer Gewissenhaftigkeit ihre Entschlüsse faßt, als die Socialdemokratie. Jeder unserer Parteitage hat sich mehr oder weniger mit der Frage zu beschäftigen gehabt, wie wir die Wege bahnen zu den großen Zielen. Niemals ist es in der Socialdemokratie üblich gewesen, sich Phantasien hinzugeben; nein, wir haben uns der Vergangenheit gelernt, die Gegenwart zu verstehen und aus der Gegenwart zu schließen auf die Zukunft.

Genosse Meister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Socialdemokratie nicht auf Dogmen eingeschworen ist. Unsere Prinzipien sind durch die Erkenntnis gegeben, daß das, was ist, ungenügende Mängel hat und daß die ganze feilherige gesellschaftliche und Kulturentwicklung eigentlich gar keinen Sinn haben würden, wenn wir mit unsern gegenwärtigen socialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen bereits am Ende der Entwicklung angelangt wären. Nein, Genossen, jetzt tritt die Kulturmission erst recht ein in die große Bewegung, die sie der Verwirklichung entgegenführt, der Verwirklichung nicht auf dem Boden der wechselnden und wandelnden erwerbenden Rechte, sondern auf dem Boden der klar erkannten Gerechtigkeit, der socialen Gerechtigkeit. (Beifall.)

Während Jahrtausender hindurch war das arbeitende Volk geächtet, unterdrückt und in jeder Hinsicht geistlich benachteiligt. In welchem Zustande finden wir die Massen noch vor wenigen Jahrzehnten? Gleichgültig gegen alle Ideale, gleichgültig gegen ihr eigenes Interesse, selbstmörderisch während gegen sich selbst. Das ist anders geworden von dem Zeitpunkt an, wo Ferdinand Lassalle die deutschen Arbeiter aufrief, ihre eigene Sache zu vertreten, wo er ihnen sagte, daß sie der Welt seien, auf dem die Kirche der Zukunft errichtet würde. Dies Wort enthält eine Wahrheit, nämlich die, daß aus dem geistigen Vermögen, aus dem sittlichen Vermögen der großen Masse des arbeitenden Volkes heraus die Kraft geschaffen wurde, die da fähig ist, eine neue große Kulturidee, die Idee der gesellschaftlichen Umwandlung im Sinne des Socialismus zu tragen. Diese Idee hat sich fruchtbar erwiesen, entwicklungsfähig hat sich unsere Partei gezeigt bis zu dieser Stunde. Jeder unserer früheren Parteitage hat ja im Grunde genommen nichts anderes gethan als der Diskussion über die bestmögliche Taktik, als der Auseinandersetzung über die Färbung unserer Prinzipien. Wenn etwas lüsterungsfähig ist, dann ist es das Prinzip der Socialdemokratie. Unter dieser Lüsterungsfähigkeit ist aber nicht etwa das Aufgeben der leitenden Grundgedanken zu verstehen. Leitendes Prinzip ist für uns: die bestmögliche Gesellschaftsordnung mit ihrer Ungerechtigkeit muß überwunden werden, und eine neue, bessere, gerechtere muß an ihre Stelle treten. (Bravo.)

Die haben einen schwarzen Glauben an ihre Sache, die da verneinen, wenn andere Meinungen, als die bisher gültigen, aufkommen, dann laufe die Partei Gefahr auseinander getrieben zu werden. (Sehr richtig!) Wir, die wir täglich im Kampfe stehen, wissen, daß der Glaube Vergeßlichkeit, der Glaube an die Gerechtigkeit unserer Sache; wir wissen aber auch, daß wir uns fortentwickeln müssen nach Maßgabe der thatsächlichen Verhältnisse. Wir kämpfen im Grunde mit der Macht der Thatsachen, das ist das Geheimnis unserer Erfolge. Im Grunde mit dieser unüberwindlichen Macht kämpfen wir fort. Dieser Macht der Thatsachen wird auch der Parteitag Rechnung tragen, und auch die Theoretiker werden sich mit der Praxis versöhnen müssen. (Sehr gut.)

In diesem festen Vertrauen, in dieser schwellenden Zuversicht wollen wir morgen in unsere Arbeiten eintreten. Auch dieser Parteitag wird sich würdig seinen Vorgängern anschließen. Den Theoretikern rufen wir zu: simt! müßt Euch ab! unterlasst! forcht! Wir aber wollen arbeiten, arbeiten, arbeiten zum Heile des ganzen Volkes, der ganzen Menschheit! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Mit dieser Rede schloß der erste Teil der Begrüßungsfeier. Im weiteren Verlaufe des Abends sang der Neue hannoversche Männer-Gesangverein eine Reihe begeisternder Lieder. Manfred Wittich hatte einen formidablen Prolog gebildet, den er selber unter großem Beifall vortrug. Die Arbeiter-Turner Hannovers stellten prächtige Harmoniegruppen, und ein farbenreiches „lebendes Bild“: Die Vereinigung der Arbeit mit Kunst und Wissenschaft wußt stimmungsvollen Jubel.

Erst in später Abendstunde fand das schöne Fest seinen Abschluß.

## Gesetz-Verhandlungstag.

Hannover, den 9. Oktober.

Schon lange vor der festgesetzten Eröffnungsstunde — neun Uhr vormittags — strömten die Delegierten, Gäste und Zuschauer in den mit Fahnen, Quirlen, Wappengülden, Devisen festlich geschmückten Saal. In Reihen der vor dem Saal befindlichen Tribünen saßen auf roten Fahnen die „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ und „Die Arbeiter sind der Welt, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll“. Die Wappen vornehmlich die 14 bisherigen Parteitage: Gotha, Baden, Kopenhagen, St. Gallen, Halle, Ulm, Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Breslau, Gotha, Hamburg, Stuttgart und Hannover.

Aus dem Ausland sind u. a. erschienen: Adler (Ostreich) und Blieden (Holland). Räumungsangabe leitet die Sitzung ein. Um 9 Uhr 20 Min. eröffnet

## Singer

die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Der Parteitag tritt zusammen auf parteihistorischem Boden, und wenn auch Meister gestern bescheiden genug gewesen ist, die Dienste, die die hannoverschen

Parteigenossen der Partei stets geleistet haben, in den Hintergrund zu stellen, so wissen wir doch alle, was die Genossen Hannovers ge- wesen sind. Die Tage des Sozialistengesetzes, in denen sie trau- tauer und selbstlos ausgeharrt haben, sie werden aus der Erinnerung der Partei nicht ausgelöscht werden.

Der diesmalige Parteitag, der zehnte seit dem Falle des Sozialistengesetzes, tritt zusammen an der Wende des Jahr- hunderts, welches die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie zur Entfaltung gebracht hat, eines Jahrhunderts, welches aber auch zugleich die Lebens-, Kampfes- und Siegesbedingungen für das Proletariat, für die Klasse der zielbewußten Arbeiterschaft, geschaffen hat, eines Jahrhunderts, dessen Nachfolger nach dem Ansprache eines bürgerlichen Politikers, des Engländer's Gladstone, dem Socialismus gehören wird.

Die Fragen, welche dieser Parteitag zur Entscheidung zu bringen hat, sind wichtig, sie werden bedeutungsvoll für die Partei sein. Aber diese Fragen werden gelöst werden in dem Sinne, daß der Parteitag, treu seiner Vergangenheit, treu der socialdemokratischen Ueberzeugung, einzig und allein die Interessen der Arbeiterklasse sich zur Richtschnur nehmen wird. Die höchste Instanz der Partei, der Parteitag, wird die Marschroute abstecken für die weitere Thätigkeit der Partei. Neben den durch die Geschäfte der Partei bedingten Verhandlungen werben wir Fragen diskutieren, die ja bereits seit längerer Zeit in Versammlungen und in der Presse zu Aufregungen geführt haben. Ich weiß, daß die Partei in ihren Vertretern sich auch auf diesem Parteitag ihrer weltgeschichtlichen Mission bewußt bleiben wird, so daß wir weiter schreiten auf dem Vormarsch zu dem großen Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppelschloß der politischen Rechtlosigkeit und ökonomischen Unterdrückung. Der Parteitag wird sich der Höhe seiner Aufgaben, des Grades der Situation, der Fülle seiner Verantwortlichkeit bewußt sein, er wird seine Entscheidungen so treffen, das wir uns ein- andersehen können mit dem Bewußtsein, daß dieser Parteitag auf neue Befähigung hat; das unverrückbare Streben nach dem großen Ziel, dem die Socialdemokratie sich zugeschworen hat. In diesem Sinne lassen Sie uns unsere Arbeiten beginnen, in voller Einigkeit unsere Aufgaben lösen. Auf diesen Saal sind die Blicke von Freund und Feind gerichtet, die Blicke der Feinde in der Hoffnung, daß wir unsere Einigkeit preisgeben werden, die Blicke der Freunde aber in der absohluten Sicherheit, daß aus unseren Verhandlungen nichts weiter hervorgehen wird als eine weitere Kräftigung und Stärkung der Partei. In diesem Sinne zu arbeiten soll unser Bestreben sein. (Lebhafter Beifall.)

Indem ich nunmehr den Parteitag namens der Parteileitung für eröffnet erkläre, bitte ich um Vorschläge zur Konstituierung des Bureaus.

Auf Vorschlag von Hoffmann-Vielefeld werden zu Vor- sitzenden des Parteitages Singer-Berlin und Blume-Hamburg gewählt.

Zu Schriftführern werden bestimmt: Müller-Darmstadt, Sydow-Frankfurt a. M., Schütz-Breslau, Fischer-Dresden, Pischke-Altona, Müller-Bochum, Knappe-Stettin, Böhle-Strasbourg und Fran- zley-Hamburg.

Ferner wird eine Mandats-Prüfungskommission eingesetzt, zu der folgende Genossen vorgeschlagen werden:

Wittich-Frankfurt a. M., Eichhorn-Dresden, Segitz-Kürnberg, Tauscher-Stuttgart, Stolpe-Berlin, Stubbe-Hamburg, Kahl-Duisburg, Lipinski-Leipzig und Leib-Berlin.

Asenow-Hamburg vernimmt unter den Vorge schlagenen einen hannoverschen Genossen.

Singer: Das ist nur deshalb nicht geschehen, weil die hiesigen Genossen mit lokalen Geschäften zu belastet sind, daß ihnen nicht auch noch das angehaßt werden sollte.

Leib-Berlin verzichtet zu Gunsten eines hannoverschen Genossen auf den Posten.

Vorge schlagen wird an seiner Stelle Dreh-Hannover.

Mit dieser Veränderung wird die Liste der Mandats-Prüfungskommission angenommen. Die Arbeitszeit wird wie üblich auf die Zeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt. Die Geschäftsordnung wird nach dem Entwurf genehmigt.

Es wird sodann zur Feststellung der Tagesordnung ge- schritten. Die hierzu gestellten Anträge 1-3\*) finden ausreichende Unterstützung, dagegen nicht der Antrag 4\*\*).

Der Antrag 1, den Tatrov-Berlin begründet, wird an- genommen. Weiter wird auf Vorschlag von Dr. Schenk auf beschließen, die Verhandlung über die Nachhausevorlage hinter die Punkte 6 und 7 der provisorischen Tagesordnung zu legen.

Hoppo-Bildorf begründet den Antrag 3. Bei der kurzen Redezeit erfordert die Wichtigkeit der Frage einen Korreferenten.

Bebel: Die Frage, einen Korreferenten zu bestellen, hängt da- von ab, ob die Antragsteller einen bestimmten Vorschlag machen können. Sind sie dazu in der Lage, dann müssen wir den Kor- referenten ernennen, wenn auch nur eine Minderheit es verlangt. Aber als wir in der Parteileitung im Sommer die Tagesordnung des Parteitages feststellten, war niemand in der Lage, eine Person als Korreferent vorzuschlagen. Wir kamen daher zu dem Entschlusse, wie es bereits bei früheren ähnlichen Anlässen geschehen ist, die Aufhebung der Geschäftsordnung bezüglich der Redezeit für diese Verhandlungen vorzuschlagen, so daß unter allen Umständen eine des Gegenstandes würdige Debatte erfolgen wird.

Hierauf werden die Anträge betreffend das Korreferat ab- gelehrt.

Als Punkt 9 der Tagesordnung wird auf Vorschlag Singers der nächste internationale Kongreß gesetzt und das Referat hierüber Liebknecht übertragen. Zum weiteren wird der Entwurf der Tagesordnung nicht geändert.

## Singer:

Ich habe die freundliche Pflicht, die Delegierten von Bruder- parteien herzlich willkommen zu heißen. (Beifall.) Wir haben die Freude, unter uns zu sehen Dr. Adler aus Oestreich, Blieden, Hermans und Karter aus Holland, Lindblatt aus Stockholm, Kasperelli, Jürich und Dieggen aus Schwitz. Sie wissen, mit welcher regem Interesse und welcher brüderlicher Sympathie die deutsche Socialdemokratie die Thätigkeit unserer Genossen im Auslande verfolgt. Sie wissen — ich darf es ohne Ueberhebung sagen — daß die deutsche Social- demokratie es nie an der Erfüllung der Pflichten, die die interna- tionale Solidarität ihr auferlegt, hat fehlen lassen. Wenn es aber etwas giebt, was die deutsche Socialdemokratie mit besonderer Freude und gerechtem Stolz erfüllt, dann ist es die Thatsache, daß die deutsche Socialdemokratie vorbildlich sein konnte für die Bruderparteien des Auslandes, wobei ich das Wort „Ausland“, wie Sie wissen, nicht im dem üblichen „nationalen“ Sinne gebrauche. Mit ebenso großer

\*) 1. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß Punkt 7 der Tagesordnung am besten unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage erörtert wird, diesen Punkt der Tagesordnung als Punkt 6 und Punkt 8 als 7 zu be- handeln.

2. Parteigenossen in Frankfurt a. M. und Bochum: Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei betreffend, einen Korreferenten zu be- stellen.

3. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow- Storkow: In den Punkten 6 und 7 der Tagesordnung des Partei- tages Korreferenten zu bestellen.

4. Parteigenosse Aug. Döhn, Gera: Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnens auf die Tagesordnung zu setzen.



Freude darf ich es aussprechen, daß die Zeit, in der man mit einem gewissen Rechte sagen konnte, daß unsere Bruderparteien aus der Arbeit der deutschen Sozialdemokratie Nahrung und Stoff für ihre eigene Tätigkeit ziehen mußten, glücklich vorüber ist. Unsere Bruderparteien haben in den letzten Jahren bewiesen, daß sie es verstanden haben, den sozialdemokratischen Bestrebungen auch in ihren eigenen Ländern Nachdruck und Erfolg zu verschaffen, und zu diesen Erfolgen beglückwünsche ich sie namens des Parteitag (Weisfall). Wir hoffen, daß Sie mit sich nehmen die Überzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat kämpfen und, wie ich zuversichtlich sage, zum Siege gelangen wird. (Lebhafte Beifall.)

**Dr. Adler (Wien):** Werte Genossen und Genossinnen! Namens der österreichischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie aufs herzlichste. Wir in Oesterreich haben eine schwere Arbeit, und wenn unser Weg auch derselbe ist, wie in anderen Ländern, so sind die Zwischenfälle, die sich auf dem Wege ereignen, und die Begenden, durch die unser Weg führt, sehr verschieden. Die österreichische Sozialdemokratie ist eine verhältnismäßig junge Partei, aber trotzdem können Sie sich im Auslande von den beständigen und verwickelten Kämpfen, die wir durchzumachen hatten, kaum einen Begriff machen. Wir haben in Oesterreich Aufgaben zu lösen, die an Sie überhaupt nicht heranreifen. Aus ihm es gelingen, eine internationale Sozialdemokratie nicht nur zu organisieren, sondern auch in den allerhöchsten Zeiten des Nationalitätenkampfes geeinigt zusammenzuführen, und zu derselben Zeit, wo das deutsche und czechische Bürgertum sich zerstückelt, die deutschen und czechischen Arbeiter als eine geschlossene Partei ihren Gegnern gegenüber zu führen. In der Lösung dieser Aufgabe steht ein hohes Maß von Arbeit; es ist dies aber zugleich ein Beweis dafür, daß das proletarische Gesamtinteresse stärker ist als alle Unterschiede, die zwischen den arbeitenden Gruppen bestehen mögen, stärker als jede Interessensolidarität, die existieren mag zwischen der Arbeiterklasse und anderen Klassen derselben Nation. (Sehr wahr!) Glauben Sie nicht etwa, daß in einem Lande, wie Oesterreich, das von Krisen durchdrungen wird, deren letzte wir jeden Moment erwarten möchten, sich keine Verbindungen schaffen zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse! Vergessen Sie nicht, daß die Bourgeoisie bei und mit aller Macht die Arbeiter in ihren Kampf hineinzuziehen möchte, in Oesterreich noch viel mehr als in anderen Ländern, weil infolge der Abhängigkeit unserer ökonomischen Entwicklung der Klassenkampf noch nicht so scharf und ausgeprägt ist, wie bei Ihnen. Trotzdem fort und fort daran gearbeitet wird, die Arbeiter im Schlepptau der bürgerlichen Parteien zu erhalten, und trotzdem der mächtigste Faktor hier mißspielt, der nationale Faktor, von dessen Wucht und Intenstität Sie in Deutschland niemals einen Begriff erhalten können; trotzdem ist das slavische und deutsche Proletariat geeinigt. Ich habe Sie also zu begrüßen nicht allein im Namen der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, sondern auch im Namen der czechischen, polnischen, ruthenischen, slowenischen und italienischen Genossen. (Weisfall.) Daß dem so ist, das ist nicht allein unser Verdienst, sondern vor allem auch das Verdienst der deutschen Sozialdemokraten. Daß in Oesterreich die fremdsprachigen Sozialdemokraten zu uns stehen, ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokraten, die von jeder ihren internationalen Pflichten in vollstem Umfang genügt hat. Ich hoffe, daß wir für alle Zukunft so wie bisher in der deutschen Sozialdemokratie unseren Wegweiser sehen. In diesem Sinne erlaube ich mir, Ihren Verhandlungen beizuwohnen und Sie auf das herzlichste zu begrüßen. (Lebhafte Beifall.)

**Wllegan (Holland):**

Werte Genossen! Ich komme aus einem Lande, wo die Sozialdemokratie jünger ist als sonst in Westeuropa. Sie wissen, daß unsere Bewegung im Jahre 1892/93 im Anarchismus verlaufen ist, wir mußten uns neuem organisieren und agitieren, wir mußten den Anarchismus erst zertrümmern, um uns den Weg zu bahnen. Heute haben wir diese Aufgabe erfüllt, wir haben den Anarchismus in unserem Lande überwunden und unsere Flagge erobert zwischen den anderen Parteien. 1897 haben wir sofort Mandate im Wahlkampf erobert, unsere Stimme wird im Parlament gehört, wir werden von Jahr zu Jahr stärker, und es ist jetzt schon so weit, daß die bürgerlichen Parteien existieren, wenn einer ihrer Angehörigen erkrankt, weil sie fürchten, daß das vakante Mandat uns zufällt. Es müßt der Regierung nicht, daß sie sich eine Regierung der sozialen Gerechtigkeit nennt, es müßt unseren Liberalen nicht, daß sie sich gegen Sozialreformen nicht streuben — ein guter Holländer sträubt sich überhaupt nie (Heiterkeit) —, denn sie studieren und studieren dann, daß man nichts von Thaten merkt. So kommen denn die Arbeiter in immer größeren Scharen zu uns und die niederländische Arbeiterklasse hat bei verschiedenen Anlässen gezeigt, wie stark der sozialdemokratische Wind bei uns jetzt weht. Ist es ihm doch zu danken, daß bei der dänischen Ausperrung aus unserem Lande ganz besonders große Geldbewegungen gegangen sind. Mit politischen Reformen geht es in unserem „demokratisch“ regierten Lande ebenso langsam wie mit ökonomischen. Auch bei uns kann nur die Arbeiterklasse etwas schaffen. Wir folgen mit Freude Ihrem Vorbilde, Ihrer Tätigkeit. Mit besonderer Freude begrüße ich Sie, da ich Ihnen von uns Gutes berichten kann. Wie werden vorwärts schreiten, wie Sie vorwärts geschritten sind und wir werden gemeinsam zum Siege gelangen im Interesse der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

**Rindblatt-Stockholm:**

Ich überbringe Ihnen die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie. Auch bei uns schreitet das Verständnis, das Klassenbewußtsein der Arbeiter mit Riesenschritten vorwärts. Auch bei uns ist es unter Verfolgungen gegangen, die nur unsere Arbeit gestärkt haben. Bei uns wurde ein Buchhändlerseß gemacht gegen die bereits vorher politisch entrechteten Arbeiter, die man nur auch wirtschaftlich entziehen will. Aber wir ersten uns, unsere politischen Rechte, das Wahlrecht zu erobern. Die wirtschaftlichen Organisationen festigen sich immer mehr; statt 9000 Parteimitgliedern im Jahre 1894 haben wir jetzt 33 000 und 70 000 Gewerkschaftsmitglieder. (Bravo!) Von dem deutschen Parteitage erwarten wir eine Förderung der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

**Dieffen - Chicago:**

Als stiller Zuhörer Ihren Verhandlungen zu folgen, bin ich hierher gekommen. Über unsere Verhältnisse in dem Vereinigten Staaten zu sprechen ist keine Angelegenheit. Aber ich bringe Ihnen die Grüße der beiden sozialistischen Parteien unseres Landes, ich thue es für beide Parteien, da ich Mitglied der einen bin und meine hier auch amende Frau Mitglied der anderen (Große Heiterkeit). Ich dachte mir, daß das Ihnen sonderbar vorkommen würde, und wir wären auch längst geschiedene Leute (Große Heiterkeit), wenn es sich um principielle Differenzen handelte. Aber es sind nur tatsächliche Differenzen, wie sie in jeder ordentlichen Vereinigung sein sollten (Heiterkeit und Weisfall) wenn nur dabei nicht das Gefühl der principiellen Zusammengehörigkeit verloren geht (Weisfall). Einig sind beide Parteien in der Bewunderung, mit der Sie Ihre Arbeit verfolgen, und in dem Wunsche, daß auf dem heutigen Parteitage weitere Grundlagen gelegt werden für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Sozialdemokratie Deutschlands. (Stürmischer Beifall.)

**Singer**

begrüßt den schweizer Genossen Rüspert, den Vertreter des Landesauschusses der deutschen und österreichischen Genossen in der Schweiz und des Arbeiter-Vildungsvereins „Eintracht“ in Zürich mit dem Ausdruck des Dankes für das, was die schweizer Sozialdemokratie für uns geleistet hat, insbesondere für die Gastfreundschaft, die sie uns in der Zeit des Sozialistenkongresses gewährt habe.

**Rüspert-Zürich:**

Gestatten Sie mir, Ihnen die herzlichsten Grüße zu übermitteln und den Wunsch, daß auch dieser Parteitag dazu beitragen möge,

daß die Partei geeinter und gestärkter dastehet als zuvor. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Genossen in der Schweiz werden nach wie vor ihre Solidarität thun und dafür sorgen, daß die jungen Arbeiter, die aus Deutschland und Oesterreich mit grünerm Gefieder in die Schweiz kommen, sie mit rotem Gefieder wieder verlassen. (Bravo!)

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein:

**Geschäftsbericht des Vorstandes.**

**Singer:** Ich werde, wie in den Vorjahren, den Bericht in einzelne Abteilungen eingeteilt, diskutieren lassen und zwar in die Gruppen geordnet: Allgemeines, Kassenericht, Sonstige Bemerkungen. Unter die Gruppe „Allgemeines“ fallen die Anträge 37 und 38.

Ich stelle die Untersuchungsfrage. — Die Interpellation reicht aus; die beiden Anträge stehen mit zur Diskussion. Alle anderen Anträge, die die Taktik und die Presse betreffen, werden nach Erledigung des Berichts nach Gruppen geordnet verhandelt werden.

Das Wort hat nunmehr der Berichterstatter.

**Kuer:**

Der Bericht des Parteivorstandes ist rechtzeitig in unserm Centralorgan veröffentlicht und der Lokalpresse übergeben worden, außerdem haben ihn die Delegierten erhalten. Ich bin nicht so optimistisch, anzunehmen, daß Sie alle ihn gelesen haben; (Heiterkeit) aber über die wesentlichsten Teile des Berichtes werden Sie sich unterrichten haben und daher brauche ich auf den Bericht selber jetzt nicht einzugehen und da ich anderes als was im Bericht steht, Ihnen nicht mitteilen habe, ist damit mein Meinerat erschöpft. Nur einige Bemerkungen zu den Anträgen 37 und 38, betreffend den **Löbtauer Fall**. Sie sprechen einen Tadel gegen die Parteileitung aus, wie wir ihn ja oft gewöhnt sind. Besonders der zweite Antrag ärgert sich scharf gegen uns. Aber wir nehmen die Sache nicht zu tragisch und soweit ich bisher mit Mitgliedern des Parteivorstandes gesprochen habe, kann ich schon jetzt erklären, daß wir diese Vorwürfe als zu Unrecht erhoben erachten. Der Parteivorstand hat ja seiner Zeit in einer Erklärung, die besonders Mißfallen erregt hat, festgestellt, daß nicht, wie ursprünglich vorausgesetzt wurde, es nur ein Versehen gewesen ist, daß die Löbtauer nicht in die Liste aufgenommen wurden. Das Mitglied des Parteivorstandes, das die Aufgabe hat, fortlaufend die Daten zu sammeln, hat, ehe es sich über Aufnahme oder Nichtaufnahme entschieden hat, unter den Mitgliedern des Vorstandes Befragungen gehalten und einstimmig wurde erklärt, daß nach Lage der Sache trotz der Ungehörlichkeit des Urteils die Aufnahme nicht erfolgen dürfe. Ich muß zugeben, daß in Bezug auf die Veröffentlichungen „Unter dem neuen Kurs“ ein gewisses Schwanken zweifellos sich bemerkbar macht. Es sind Verurteilungen aufgenommen worden, die vielleicht nach der strengen Auslegung, wie wir sie beim Löbtauer und ähnlichen Fällen angewandt haben, nicht hineingehören. Weglassungen, über die in der Partei Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, wie der konkrete Fall hier beweist. Als die neue Kurs-Liste wenige Wochen nach dem Hallener Parteitag eingeführt wurde, da wurde als ihr Zweck erklärt, alle Verurteilungen, die im Zusammenhang mit unseren Parteibestrebungen erfolgen, festzustellen und das mit dem Hinweise darauf motiviert, daß seitens der Scharfmacherpresse ein ungeheures Wutgeschrei erhoben wurde über den Fall des Sozialistengesetzes und die Behauptung aufgestellt wurde, die Staatsgewalt habe jetzt gar keine Rechtsmittel mehr, dem Gesetzesmißbrauch der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Um diese Gefahr abzuwenden zu führen, wurde beschlossen, diese Liste zu führen.

Dementsprechend ist es immer gehalten worden, dementsprechend aber konnte zweifellos dem Wunsche, daß unter dem „Neuen Kurs“ alle Urteile aufgenommen werden sollen, die als „Ausfluß“ der Klassenjustiz zu betrachten sind, nicht Rechnung getragen werden. Diejenige Ausnahme ist auch bisher nicht entprochen worden, und ich weiß nicht, ob es dem Parteitage gelingen wird, eine Formel zu finden, um diesen Wunsch zu erfüllen. Zur Kennzeichnung der Klassenjustiz genügt es nicht, lediglich die erfolgten Verurteilungen anzuführen, denn Klassenjustiz kann und wird sehr häufig auch bei Freisprechungen sich geltend machen. (Sehr wahr!) Die Fabrikanten, die die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über Arbeiterführung übertreten — und deren Zahl ist keine kleine — und die trotz dieser fortgesetzten Verstoße gegen das Gesetz sehr oft entweder freigesprochen oder nur mit ganz minimalen Strafen belegt werden — ja, ist denn die Art der Rechtsprechung nicht auch ein Ausfluß der Klassenjustiz? Und so geht es nach allen Richtungen. Sollten wir unter der Rubrik „Neuer Kurs“ die Klassenjustiz in allen ihren Wirkungen kennzeichnen, so würden wir uns damit eine Aufgabe stellen, die auch nur annähernd zu erfüllen wir einfach außer Stande sind. Man hat auch von einer Tafel der Parteimitglieder gesprochen. Auch das ist falsch. Wir müssen den Mut haben, es auszusprechen, daß in der Rubrik manche Verurteilung veröffentlicht wird, die bei etwas mehr Vorsicht, vielleicht auch bei etwas mehr Geschick sehr wohl hätte vermieden werden können. Jeden als einen Parteimitglied zu betrachten, der in die Liste aufgenommen werden mußte, das würde doch wohl zu weit gehen. Die Liste ist ein Merkmal für die Verfolgungen der Staatsgewalt, sie ist ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung unserer Gegner, unter dem gemeinen Rechte sei es nicht mehr möglich, die Mißthaten, die in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter angeht verübt sein sollen, mit der Hilfe des Gesetzes zu verfolgen. Aber jeden, der da einmal mit mehr oder minder eigener Schuld herbeikommt, zu einem Wächter zu machen, wäre wohl nicht angebracht. Der Löbtauer Fall ist auch keineswegs der erste, der in der Liste fortgelassen wurde. Ich erinnere nur an den großen Torgelower Prozeß, wo ausländische Arbeiter sogenannte Streifbrecher überfallen haben. Auch dieser Fall ist nicht aufgenommen, und es ist auch nicht eine einzige Stimme aus der gesamten gewerkschaftlichen oder politischen Bewegung laut geworden, die sich beschwerdeführend darüber geäußert hätte. Der Parteivorstand hat also jedenfalls in gutem Glauben gehandelt, als er den Löbtauer Fall trotz seiner Ungehörlichkeit nicht in die Liste aufnahm. Nun hat man eingeworfen: Ihr habt sogar anarchistische Verurteilungen aufgenommen! Nach meiner Meinung ist das mit Zug und Recht geschehen, wenn diese Verurteilungen infolge einer

\*) 37. Parteigenossen des sächsischen Wahlkreises **Dresden-Alstadt:**

In Erwägung, daß die gegenwärtige schärfere Interpretation der strafgesetzhichen Bestimmungen sich insbesondere gegen Handlungen Klassenbewußter Arbeiter richtet und diese als Opfer einer Klassenjustiz zu betrachten sind, spricht der Parteitag wegen der unterlassenen Registrierung des hier besonders hervorstechenden schuldgerichtlichen Urteils gegen die Löbtauer Bauarbeiter in der Rubrik „Unter dem neuesten Kurs“ im „Vorwärts“ sein Bedauern aus. Der Parteitag erwartet vom Parteivorstand:

- 1. daß derselbe die unterlassene Registrierung in geeigneter Weise nachholt;
- 2. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

38. Parteigenossen des sächsischen Wahlkreises **Dresden-Land:**

Mißbilligung darüber aussprechen, daß der Parteivorstand von der Liste der Klassenkämpfer die Verurteilungen in dem Löbtauer Strafvollprozeß gestrichen und diese Streichung nachträglich mit der Heirat von falschen Auslegungen durch die Scharfmacher begründet hat. Da ein schwächliches Zurückweichen vor den immer bedrohlicher werdenden Mächtschancen des Buchhändlerseßes das Vertrauen der deutschen Arbeiter in die Vertretung ihrer Interessen durch die sozialdemokratische Partei erschüttern müßte, möge der Parteitag ferner den gethanen Mißgriff nach Möglichkeit reparieren und Anordnungen treffen, die dessen Wiederholung verhindern.

Handlung erfolgt sind, die zur Arbeiterbewegung im weitesten Sinne gehören. Wir haben dagegen nicht aufgenommen die Verurteilung Hofmanns zu 10 Jahren Zuchthaus, wozu er nach meiner Meinung unschuldig verurteilt ist. (Sehr richtig!), denn die That, die ihm zur Last gelegt wird, steht mit der Arbeiterbewegung in keinem Zusammenhang. Wir wollen uns durchaus nicht frei von Schuld und Fehle sprechen. Sollte der Parteitag eine andere Meinung haben, so werden wir durchaus nicht böse sein, denn schon im Interesse unserer Nachfolger liegt es ja, daß wir nicht frei von Schuld und Fehle sind. Was sollen denn unsere Nachfolger anfangen, wenn wir alle Zeit schuldlos dastehen? (Heiterkeit.) Die könnten dann ja gar nicht mehr wirtschaften. Die Möglichkeit, daß auch wir Fehler machen können, bestreite ich nicht. Was ich bestreite, ist nur, daß wir in diesem Falle einen Fehler gemacht haben. Ich habe den Eindruck, als ob die ganze Geschichte viel zu breit getreten ist, und daß man sie in nutzloser Weise aufgebauscht hat. Wie ich meine Kollegen aus dem Parteivorstand kenne, bin ich sogar überzeugt, daß es nur einer einfachen Vorklage bedurft hätte, die von Dresden nach Berlin geschrieben wäre, und das Meer von Zinte, welches nachher über diesen neuen skandalösen Fall von Opportunismus in der Partei verschrieben worden ist (Heiterkeit), und diese meter- und ellenlangen Papierstreifen wären überflüssig gewesen, es wäre sehr leicht zu einer Verständigung gekommen.

Nun noch eine Erklärung. Man war so reugierig zu fragen, welche Vorstandsmitglieder die Verantwortung dafür tragen wollen. Wir haben darauf nicht geantwortet, weil wir auf dem Standpunkt stehen: man kann mehr fragen, als man beantworten kann. (Heiterkeit.) Läßt man sich erst auf das Frage- und Antwortspiel ein, so ist überhaupt nicht fertig zu werden. Hier aber auf dem Parteitage, wo wir Rede und Antwort zu sehen haben, sehe ich keinen Grund ein, zu verhehlen, daß von den fünf Vorstandsmitgliedern vier an der ursprünglichen Beschlußfassung teilgenommen und auf die Frage, ob der Löbtauer Fall in die Rubrik gehört, sämtlich geantwortet haben, der Fall gehöre nicht hinein.

Wenn dann noch weiter dieser Beschluß des Vorstandes als ein neuer Beweis dafür angesehen wurde, wie weit der Opportunismus in der Partei bereits Platz gegriffen habe, wie sehr das proletarische-revolutionäre Empfinden selbst in der Parteileitung schon abgeblasst sei, so habe ich darauf, offen gestanden, zur Zeit keine Antwort. Wir werden uns über diese Fragen ja im Laufe der Verhandlungen noch öfter unterhalten. Im übrigen muß es auch Opportunismus geben; wo belämen sonst die sozialrevolutionären Proletarier ihre Beleuchtung her? (Große Heiterkeit und Weisfall.)

**Gerlich**

erstattet den **Kassenericht**. In dem Vorstandsbericht wird der Kassenschluß als ein durchaus günstiger bezeichnet und ist als solcher von der Partei und der geuerlichen Presse genugsam besprochen worden. Klageleider hätten also jetzt keinen Sinn; aber die Ziffern selbst zeigen Ihnen doch, daß auch ein weniger günstiger Kassenschluß dem glücklichen folgen kann. Von den 254 743 M., die Sie als Partei-Einnahmen verzeichnet finden, sind 136 767, also die größere Hälfte, verzeichnet unter „Kam in Fond“, „Nordische Wasserlande“, „Vorwärts-Buchhandlung“, „Leberschlag der Löbtauer Sammlung“ usw. Die Anforderungen an die Centralkasse können nicht mehr befriedigt werden aus den allgemeinen Einnahmen, soweit sie aus Parteibeiträgen bestehen. Wir können auf die Hilfe der großen Gelder nicht mehr verzichten. Aber auch die 118 975 M. eigentliche Einnahmen geben in ihren Bestandteilen sehr zu denken. Sie finden eine große Masse von Parteioruten gar nicht, eine Anzahl größerer Parteioruten nur mit minimalen Beiträgen in der Liste. Allerdings halten eine Reihe von Parteioruten noch die gute, alte Tradition, in jedem Monat ihre Beiträge an die Parteikasse abzuliefern oder wenigstens den entsprechenden Jahresbeitrag zu leisten, aufrecht, aber ein oberflächlicher Blick auf die Liste zeigt Ihnen, daß die Zahl dieser Orte eine sehr geringe ist. Die Zahl der Parteioruten, die regelmäßig Gelder an die Centralkasse abgeben, ist leider wieder zurückgegangen.

Um so freudiger ist die Opferwilligkeit des größten Parteiorutes, Berlin, anzuerkennen. Die Leistungen der Berliner Genossen sind musterhaft, großartig und über alles Lob erhaben. (Bravo!) Hat doch Berlin von den 118 975 M. nicht weniger als 63 275 M. aufgebracht, während das ganze übrige Deutschland nur 55 700 M. aufbrachte. Berlin hat also 8000 M. mehr als das gesamte Deutschland geleistet. Die Berliner Genossen handeln wirklich vorbildlich für die übrigen Genossen in Deutschland. (Bravo!) Wenn wir in der Lage waren, Unterstellungen für die Gemahrgelerten und Verfolgten in großem Umfang zu gewähren, wenn wir die Agitation in die entferntesten Gegenden tragen konnten, dann verdanken wir es der Opferwilligkeit der Berliner Genossen. Möge ihr Beispiel Nachahmung finden, damit die Liste der Parteioruten, die Beiträge an die Centralkasse einbringen, nicht immer mehr zusammenschrumpft.

Nun noch einige Angaben über den Stand der **Parteipresse**. Soweit die täglich erscheinenden Partei-Organe in Betracht kommen, ist eine sehr erfreuliche Zunahme zu konstatieren. Die täglich erscheinenden Blätter haben jetzt 332 302 Abonnenten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 42 302. Dieses Mehr besteht nicht vollständig aus neu gewonnenen Abonnenten. Ein großer Teil Abonnenten ist dadurch hinzugekommen, daß Organe, die dreimal oder zweimal wöchentlich erschienen, Tagesorgane geworden sind. Dem entsprechend hat sich die Zahl der zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter vermindert. Die Jahreseinnahmen der Tagesblätter aus Abonnentengeldern betragen 2 257 204 M.; aus Inseraten 1 197 709 M., zusammen 3 454 913 M.

Das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von fast über einer halben Million. (Bravo!)

Aber das kommt in erster Linie auf die Verschiebungen zurück, die infolge der Erscheinungsveränderung eingetreten sind. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben gegenwärtig 39 456 Abonnenten, sie haben 22 000 an die täglich erscheinende Presse abgegeben. An Abonnentengeldern haben sie eingenommen 141 273 Mark, für Inserate 70 506 Mark, zusammen 211 779 Mark. Die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 14 279 Abonnenten, 44 098 Mark Abonnentengelder, 48 251 Mark Jahreseinnahmen. Die einmal wöchentlich erscheinenden haben selbstverständlich nur geringe Einnahmen. Ihre Abonnentenzahl ist um 3000 gestiegen, hauptsächlich zu Gunsten des „Armen Teufels“ in der Lausitz. Ihr gegenwärtiger Abonnentenstand beträgt 14 279, ihre Einnahme aus dem Abonnement 23 371 M., ihre Gesamteinnahmen 24 618 M. Insgesamt hatte die deutsche Parteipresse im verflossenen Jahre Einnahmen im Betrage von 2 464 946 M. aus Abonnements, 1 274 615 für Inserate, zusammen 3 739 561 M., gegen das Vorjahr im ganzen 461 593 M. mehr. Der Gesamt-Abonnentenstand unserer Presse beträgt augenblicklich gegen 400 000, eine Zunahme gegen das Vorjahr um 21 000—22 000, davon wirklich neue Abonnenten 16 000. Wenn somit der Fortschritt der Parteipresse nicht so günstig gewesen ist, wie im Vorjahre, so ist zu bedenken, daß im vorigen Jahre Reichstagswahlen stattfanden; nach den Wahlen muß man schon sehr zufrieden sein, wenn die Zeitungen ihren Abonnentenstand behaupten; als haben das nicht vermocht.

Wir werden auch im neuen Jahre alles aufbieten, um unserer Parteipresse immer neue Gebiete zu eröffnen, und ich hoffe, Ihnen im nächsten Jahre wieder erfreuliche Mitteilungen machen zu können. (Weisfall.)

**Meißner**

erstattet den **Bericht der Controleure**. Die Revisionen der Kasse wie beim „Vorwärts“, sind regelmäßig erfolgt, auch die Geschäftsführung der Buchhandlung ist auf Wunsch des Ausschusses geprüft worden; alles ist in Ordnung befunden worden. Eigentliche Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Koburger Angelegenheit konnte von uns nicht erledigt werden, wir mußten es den Koburger Genossen selbst überlassen. Eine in letzter Stunde aus Bielefeld eingegangene Angelegenheit persönlicher Natur werden wir wohl gleichfalls an die Bielefelder zurückverweisen müssen. Für uns Controleure war das lebhafteste Geschäftsjahr ein durchaus erfreuliches Zeugnis. Ich beantrage Decharge für den **Gesamtvorstand**.



Es erfolgt nunmehr die Diskussion zum allgemeinen Teil.

**Lebedour - Dresden-Land:**

verteidigt den Dresdener Antrag betreffend die Nichtregistrierung des Lötstauer Urteils. Der gute Glaube des Vorstandes ist nicht bezweifelt worden. So scharf die Meinungen in den verschiedenen Fragen auseinandergehen, wollen wir uns überhaupt immer den guten Glauben befehlen. Aber wir halten das Verhalten des Parteivorstandes in diesem Falle für einen schweren Mißgriff. Der notwendig einer Reparatur bedarf. Auf die Hauptfrage ist hier heute nicht eingegangen. Urteile sind registriert worden, die mit unserer Parteibewegung in gar keinem Zusammenhang stehen, auch Urteile wegen anarchistischer Vergehen. Es gehören in diese Liste alle Urteile, die den Stempel von Klassenurteilen tragen, und zwar, wie ich im Gegenzug zu Auer erkläre, nur Verurteilungen von Proletariern und keinesfalls Freisprechungen. Unsere Parteibewegung, so groß und mächtig und maßgebend sie ist, sie ist doch nur ein Teil der großen proletarischen Emanzipationsbewegung überhaupt. Die Gewerkschaftsbewegung kommt ihr an Bedeutung nahe, die Urteile, die aus gewerkschaftlichen Kämpfen resultieren, gehören selbstverständlich in die Liste. Aber das genügt noch nicht, sondern alle Verurteilungen, die im weitesten Sinne sich beziehen auf Konflikte, die aus Arbeitsbeziehungen hervorgehen, müssen registriert werden. Die Lötstauer Verurteilung war die erste große Stille unter dem Justizhaus, unter dem Schott, den die Justizhausvorlage vorauswarf. Die Kammer Frömmhold hat vollkommen im Geiste des Justizhausbeschlusses geurteilt: sie war fromm wie Pastor Bodelschwingh, und hold den Arbeitern wie König Stumm. Ein Schrei der Entrüstung ging durch das Proletariat der ganzen Welt. Niemand hat ein Urteil eine solche spontane allgemeine Empörung hervorgerufen. Von den Verurteilten waren 7 gewerkschaftlich, 2 politisch organisiert. Aber selbst wenn es bei keinem der Fälle gewesen wäre, so hätte das Urteil für uns und die ganze Welt ganz dieselbe Bedeutung. Die Bedeutung wird ihm aufgebracht durch die Auffassung des Gerichts, das die ganze Emanzipationsbewegung des Proletariats treffen wollte. Eine einfache Postkarte hätte genügt, sagt Auer, um die Frage der Registrierung sogleich friedlich zu erledigen. Ja, haben wir denn sofort losgeschickelt? Wir haben zuerst eine ganz ruhige Anfrage gestellt. Erst die Rechtfertigungsschrift des Vorstandes, die dann im „Vorwärts“ erschien, hat die Frage zu einer politischen Aktion ersten Ranges gemacht. Mit der Sympathiebewegung, mit der Geldsammlung für die Lötstauer Opfer hat der Vorstand nur einer allgemeinen Menschenpflicht genügt. Aber nach und nach wird in der Rechtfertigungsschrift ausgeprochen: die Fortlassung ist deshalb erfolgt, weil durch die Aufnahme der Verurteilten in die Liste der Klassenkämpfer den Schornsteinern ein Anlaß gegeben würde, uns zu verleumden und zu verdächtigen, und dazu wollte man die Hand nicht bieten. Der Vorstand erklärt sich zum Schluß „wenig geneigt, die Strafbaten zu beschönigen oder gar mit der Parteibewegung im Zusammenhang erscheinen zu lassen“. Die Strafbaten beschönigen haben wir in keinem Falle, wo wir eine Registrierung vornahmen.

Ich behaupte, mit einiger Vorsicht liegen sich nahezu alle Strafbaten vermeiden. Aber die Proletarier, die durch die Aktion unserer Gegner in den Klassenkampf hineingebängt werden, sind nicht so erfahrene Leute, daß sie jeden Konflikt mit dem Gesetze zu vermeiden wüßten. Wir machen ja jetzt täglich diese Erfahrung in Dresden, dieser Proletarier der deutschen Klassenjustiz, bei den Verurteilungen wegen Streikvergehen.

Was nun den Lötstauer Fall anlangt, so haben mir erfahrene Männer, Gewerkschaftler gesagt: „Wenn ich dabei gewesen wäre, dann hätte auch ich, als der Mann geschossen hatte, mitgeprügelt und sähe jetzt im Justizhaus.“

Es handelt sich bei dem Lötstauer Fall unstrittig um einen Exzeß, um einen Uebergriff, den wir nicht billigen, um einen Verstoß gegen das Gesetz. Weil wir aber beständig ermahnen: laßt Euch nicht provozieren, dürfen wir doch nicht die Hand von denen abziehen, die unter die zermalnenden Räder des Schackgenantfahrens der Klassenjustiz geraten.

Mit dem proletarischen Emanzipationskampf steht die Lötstauer Verurteilung zweifellos in Zusammenhang. Wie ist nun der Vorstand zu der Ansicht gelangt, die ich eben zitiert habe... (Stimme des Vorsitzenden.)

**Vorsitzender Singer:** Ich muß den Redner unterbrechen. Ich habe ihm statt 10 Minuten 20 Minuten Redezeit gewährt, weil er als Begründer eines Antrages gelten kann. Diese 20 Minuten hat der Redner aber auch bereits überschritten, und ich bitte ihn, nunmehr zum Schluß zu kommen.

**Lebedour:** In der Reichstags-Sitzung am 22. und 23. Februar ist Herr v. Stumm auf den Lötstauer Fall zu sprechen gekommen und hat sich in einer Weise dabei geäußert, daß das, was der Parteivorstand getan, als vollständig beeinträchtigt durch die Verurteilungen und Drohungen des Freiherrn v. Stumm erscheint. So hat Herr v. Stumm gesagt: „Es wird noch dahin kommen, daß die Lötstauer Verbrecher auf Ihre Ehrenliste gesetzt werden. Wenn Sie die Lötstauer Exzedenten hierzu für würdig erachten, dann können Sie unmöglich behaupten, daß Sie die Exzeße verurteilen.“ Die „Ehrenliste“ ist eine Stummische Verleumdung. Auf unserer Ehrenliste stehen andere Namen. Zweifellos handelt es sich aber um eine Opferkassette. Als Stumm diese Verurteilung hat, klang ihm aus der Fraktion eine bejahende Antwort heraus. Ja, wir werden sie auf die Tafel legen, hieß es. Das war die einzige würdige Antwort auf diese Drohungen. Die Genossen, die dies „Ja“ riefen, sie brachten im besten Sinne das Empfinden der Partei zum Ausdruck! (Sehr richtig.) Nachher erst kam der linke Parteivorstand und sagte: „Aha! Das soll gegen uns ausgedeutet werden. Da wollen wir es lieber weglassen.“ Die Erklärung des Parteivorstandes ist die direkte Folge der Drohung des Herrn von Stumm... (Stimme des Vorsitzenden.)

**Singer:** Der Parteitag wird mir die unangenehme Empfindung nachschießen, wenn ich den Redner nunmehr unterbrechen muß. Selbstverständlich möchte ich nicht den Eindruck erwecken, als könnten Angriffe gegen den Parteivorstand hier nicht im vollsten Umfange zu Wort gelangen. Andererseits aber bin ich hier, um die Geschäftsordnung zu wahren. (Sehr richtig!) Ich muß also nunmehr den Redner bitten, abzubrechen.

**Lebedour:** Gewiß! Also Genossen... (Stimme des Vorsitzenden.)

**Singer:** Ich muß Sie nochmals bitten abzubrechen.

**Lebedour:** Ich muß aber doch noch die Resolution vorlesen.

**Singer:** Die Resolution ist doch gedruckt.

**Lebedour:** Nein, ich habe eine andere Resolution ausgearbeitet.

**Singer:** Ich muß Sie bitten, von Ihrem Rechte Gebrauch zu machen und sich zum zweitenmal zum Wort zu melden. (Schluß im Hauptblatt.)

**Zwei Arbeiter durch einen Kellereinsturz getötet!**

Ein schwerer Bau-Unfall hat sich gestern vormittag auf dem Eckgrundstück Kleine Frankfurterstr. 11/12 und Landsbergerstr. 89 zugetragen. Hier wird ein großer dreistöckiger Neubau aufgeführt, der im Rohbau schon fertig ist. Die Bau-Ausführung war dem Maurermeister Giesecke aus der Rosenthalerstr. 16/17 übertragen. Während ein Teil der Arbeiter zuletzt mit dem inneren Ausbau beschäftigt waren, hatte ein anderer vor einigen Tagen mit der Ueberwölbung des Hofes begonnen. Die Grundpfeiler für das Gewölbe standen schon und die ersten T-Träger waren bereits aufgelegt. An einer Seite war auch bereits ein Stück des Gewölbes fertig. Während gestern vormittag mehrere Maurer auf dem Gerüste, das vom Fußboden aus errichtet ist, an der Wölbung arbeiteten, waren in einer geringen Entfernung von ihnen die Arbeiter D. Dobermann, Langestr. 18, und Marekly, Kleine Marktsstr. 8, dabei, Gerüst auszusuchen. Die Erde und den Sand warfen sie nach oben hinaus auf den bereits

fertigen Teil des Gewölbes. Während dieses Hierdurch immer schwerer belastet wurde, entblieben die Arbeiter gleichzeitig den Hauptpfeiler von dem ihn umgebenden Erdboden. Der Pfeiler verlor dadurch schließlic seinen Halt und sank um. Man brach sofort das ganze Werk zusammen. Die Träger, das Gewölbe und das ausgebaute Erdreich stürzten herab und begruben die beiden Arbeiter unter sich. Die Maurer eilten von ihrem Gerüst herab und auch die Zimmerer des Hauses kamen herbei, um ihren verunglückten Arbeitsgenossen zu helfen. Zugleich wurde die Feuerweh zu Hilfe gerufen. Die Rettungswache in der Frankfurter Allee und die Unfallstationen sandten Kräfte und Wogen. Die Rettungsarbeiten waren sehr schwierig. Die Feuerweh hatte dreiviertel Stunden zu thun, bis sie zu dem ersten Verunglückten vorgekommen war. Es war Dobermann, der bereits erstickt war. Dobermann hinterläßt eine Frau und drei Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren.

Erst 10 Minuten nach 1 Uhr gelangten die Vergungsmannschaften der Feuerweh zu dem zweiten Verunglückten. Dieser hatte sich einen halben Meter in den Erdboden eingegraben und Sand herausgeholt, der zur Mörtelbereitung dienen sollte, während man das Loch mit unbrauchbarer Erde wieder ausfüllen wollte. Marekly hatte den Sand seinem höher stehenden Arbeitsgenossen Dobermann zugeworfen und dieser ihn auf das Gewölbe befördert.

Der Polier Wilhelm Schneider war kurz vor dem Unfälle noch im Keller und konnte also ungefähr die Stelle angeben, an der sich die beiden Männer befanden. Aber die Ausfrümmungsarbeiten, die Oberinspektor Reinhardt leitete, waren außerordentlich schwer. Es stellte sich heraus, daß zwei Pfeiler umgefallen waren. Dazu lagen zwölf schwere eiserne Träger, das Mauerwerk des Gewölbes, die Mägen, die sich noch unter diesem befunden hatte, und etwa 500 Centner Sand, die in den Keller wieder hinabgefallen waren, auf den Verunglückten. Durch diesen Berg hindurchzudringen, war um so schwerer, als das Durcheinander von Steinen, Eisen und Holz zunächst entwirrt werden mußte. Dobermann lag in der Höhe, in der er gearbeitet hatte, neben einem umgefallenen Pfeiler. Nach dem Befunde hat er den Tod durch Erschlagen gefunden. Marekly dagegen ist erschlagen worden. Er stand aufrecht in der Vertiefung. Ein herabfallender Träger hatte ihm den Kopf und Schultern zerschmettert und dadurch unmittelbar den Tod herbeigeführt. Marekly war unverheiratet. Herzergreifend war der Sommer der Frau Dobermann, die mittags auf der Unfallstelle erschien, nachdem man ihr von dem Unglück Kunde gegeben hatte. Sie wollte die Leiche ihres Mannes sehen, die aber bereits in das Schauhaus gebracht war. Dorthin wurde auch die Leiche Mareklys mit einem Wagen der Unfallstation alsbald übergeführt. Die Revierpolizei hielt den Bau von allen Seiten gesperrt. Nach mittags erschien zur Ortsbefichtigung und zur Feststellung der Vorgänge eine Gerichtskommission.

Weiter wird zu dem Unglücksfall berichtet: Nachdem die Leichen der beiden Verunglückten nach dem Schauhaus gebracht worden waren, ließ die Polizei alle Arbeiten auf dem Hofe des Grundstücks einstellen und die enger umschließende mit einem Bretterzaun umgeben. Nach den Feststellungen der Sachverständigen und der Gerichtskommission ist das Unglück dadurch hervorgerufen worden, daß der Sand zu tief und zu dicht an den beiden Pfeilern ausgeschachtet wurde. Die Sohle des Kellers liegt 2 1/2 Meter unter dem Boden des Hofes. Die Grundmauern der beiden neben einander stehenden Pfeiler, die je 80 Centimeter im Geviert maßen, gehen noch 1/2 Meter unter die Kellersohle hinab. Der Boden des Grundstücks enthält in einer gewissen Tiefe schon grobkörnigen Sand, der sich zur Mörtelbereitung sehr gut eignet. Diesen Sand zu gewinnen und durch anderes Material zu ersetzen, kann niemandem verwehrt werden, wenn die erforderliche Vorsicht nicht außer acht gelassen wird. Daran hat es aber in diesem Falle gefehlt. Die Sohle der Grube, in der der Verunglückte Marekly stand, liegt 2 Meter unter der Kellersohle, also schon 1 1/4 Meter tiefer als der Fuß der beiden Pfeiler. Von diesen hätte sich die Ausschachtung um so mehr entfernt halten müssen, als das neue Gewölbe durch den tief ausgegrabenen Sand schwerer belastet wurde. Es lagen etwa 50 Zuhren darauf. Inwieweit die beiden Getöteten auf Anweisung der Bauleiter oder auf eigene Faust gearbeitet haben, steht noch dahin. Den Polier Wilhelm Schneider trifft mindestens mittelbar ein Verschulden. Er hat die Arbeiten kurz vor der Katastrophe noch besichtigt und hätte ihre Unzulässigkeit erkennen müssen. Der Teil der Wölbung, der, von dem noch unferigen durch eine Zwischenmauer getrennt, eingefügt ist, mißt 64 Meter im Geviert. Noch zehn Deckfelder ruhten auf vier Meter langen eisernen Trägern, die mit dem einen Ende auf den Pfeilern und mit dem andern auf den Grundmauern auflagen. Diese sind bisher durch die Ausschachtungen und den Einsturz nicht in Mitleidenschaft gezogen, selbst die Arbeiten auf dem Grundstück, abgesehen von dem gesperrten Hofe, können fortgesetzt werden.

**Lokales.**

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 19. d. Mts. Montags, Dienstags, und Freitagsabends von 7 1/2 Uhr ab statt.

**Der Prozeß gegen die Harmlosen,**

der am Montag nach zweitägiger Pause fortgesetzt wurde, erregt noch immer das größte Interesse in der Berliner Bevölkerung. Der Zuschauertraum des großen Schwurgerichtssaals ist dauern bis zum letzten Platz gefüllt, und auch die der Rechtsanwaltschaft und den Mitgliedern der Gerichte reservierten Logen sind stark besetzt. Am Montagvormittag nahm auch der Landgerichtspräsident, hinter dem Richterkollegium sitzend, an den Verhandlungen teil.

Auch am letzten Verhandlungstage spielte die Person des Herrn von Mantuffel wieder eine bedeutende, wenngleich wenig angenehme Rolle. In einer gleich nach Eintritt in die Verhandlung abgegebenen Erklärung führte der Herr es auf Mißverständnisse der Presse zurück, wenn da zu lesen war, es sei ihm der Vorwurf gemacht worden, er habe das „Gegenteil der Wahrheit“ in eine Zeitung lanciert. Es liegt hier jedoch nicht das mindeste Mißverständnis auf seiten der Presse vor, da ihn dieser Vorwurf wirklich in öffentlicher Gerichtssetzung getroffen hat.

Die Verhandlungen konzentrierten sich dann so überwiegend um die Manipulationen des Herrn v. Mantuffel und förderten so sonderbare Ergebnisse zu tage, daß die langwierigen Prozeßverhandlungen schon deswegen vollberechtigt gewesen sind, weil sie einen blendenden Lichtstrahl in die Geheimnisse polizeilicher Praktiken geworfen und gezeigt haben, welche unbedingte Vorsicht jederzeit, selbst von abtügen Zeugnissen, im Verkehr mit Kriminalbeamten geübt werden muß.

Um die Aufdeckung der Manipulationen des Herrn v. Mantuffel hat sich am Montag besonders ein junger Student und Reserve-Offizier, Hans v. Gersdorff, verdient gemacht, der es mit Aufbietung aller Energie durchgesetzt hat, vor der Öffentlichkeit auszusprechen zu können, was er über die Tätigkeit des Kriminalbeamten zu sagen für nötig fand. Mit diesem jungen Mann ist im Frühling dieses Jahres vor dem Untersuchungsrichter ein Protokoll aufgenommen worden, das mehrere für die Angeklagten ungünstige Stellen enthält. Der Zeuge erzog sich nun die Möglichkeit, im Zusammenhange zu schildern, wie dieses Protokoll, dessen Tendenz er heute nicht mehr für richtig hält, zu stande gekommen ist. Nach der Erzählung ist das Manipulieren des Herrn von Mantuffel die Ursache gewesen, daß aus einem von der Unschuld der Angeklagten überzeugten Herrn ein Belastungszeuge geworden ist.

Der junge Mann war zum Zweck der Vernehmung an einem Sonntag nach Berlin gekommen. Mantuffel ging zu ihm ins Hotel, stellte sich ihm als Kameraden vor, da er Hauptmann der Landweh ist, und begleitete ihn dann auf dem Wege zum Untersuchungsrichter, wo der Zeuge, nach Mantuffels Mitteilung, vernommen werden sollte. Der Gang war vergeblich, da die Vernehmung nicht zu stande kam. Mittlerweile hatte jedoch der Kriminalkommissar bereits gewirkt. Und dieses Wirken bestand in einer liebevollstehenden und ganz harmlos scheinenden Unterhaltung, die der „Kamerad“ von Mantuffel mit dem jungen Reserve-Offizier führte. Obgleich letzterer seine feste Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß bei den Harmlosen keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, erzählte ihm Mantuffel, daß die Beweise für das Falschspiel bereits vorlägen. Er verstand es durch Hinweis auf diese und jene Umstände auch den Zeugen in seiner Ueberzeugung schwankend zu machen. Dann erinnerte er ihn an allerlei einzelne Vorkommnisse im Klub, die dem jungen Mann bis dahin gar nicht aufgefallen und ihm durchaus nicht verdächtig gewesen waren, die der Zeuge jedoch aus seiner Erinnerung bekräftigte, auch selbst vielleicht auf dieses oder jenes Vorkommnis hinweisend, das unter der Voraussetzung, daß überhaupt falsch gespielt worden sei, ausfallen konnte.

Herr v. Gersdorff besand sich bei diesem ganzen unterwegs geführten Gespräch in dem Glauben, daß es sich um eine private Unterhaltung zwischen Kameraden handelte, und Herr v. Mantuffel hat auch nichts, um ihm diesen Glauben zu nehmen. Dies hinderte jedoch den Kriminalbeamten nicht, dem Untersuchungsrichter einen Bericht über die Unterhaltung einzureichen, nach dem sich Herr v. Gersdorff sehr ungünstig über die Angeklagten geäußert habe. Und dieser Bericht diente dann, bei der späteren willkürlichen Vernehmung, dem Untersuchungsrichter als Grundlage seiner Fragen an den Zeugen, woraus sich allerlei Mißverständnisse ergaben und wodurch das Protokoll ungünstiger für die Angeklagten ausfiel, als es, nach der jetzigen Behauptung des Zeugen, geworden wäre, wenn er unbeeinflusst durch Herrn v. Mantuffel sein Zeugnis hätte niederlegen können. So wurde aus einem Entlastungszeuge ein Belastungszeuge.

Der junge Gersdorff fand in seiner Naivität das Vorgehen des „Herrn Kameraden“ nicht weit. Aber der Oberstaatsanwalt belehrte ihn, daß Mantuffel lediglich seiner Pflicht genüge, wenn er den Zeugen „ausforschte“. Und darum die Moral von der Geschichte: Vorsicht, am besten Ablehnung jeder privaten Unterhaltung im Verkehr mit Kriminalbeamten, wenn die Sache auch noch so ein freundschaftliches oder kameradschaftliches Gesicht haben sollte!

Neben dieser Aufdeckung des polizeilichen Wirkens hat der Prozeß das andere große Verdienst, in das Lotterleben der goldenen Jugend hinein geleuchtet zu haben. Hierbei erzählte am Montagvormittag eine Reihe von Kellnern, die in ihrer Tätigkeit mit den jungen Prassern in intime Beziehung kamen, die wunderlichsten Sachen. Diesen Kellnern aus dem Klub der Harmlosen ist allerdings an dem Gebahren der jungen Spieler nicht das mindeste aufgefallen, und Jechen von 200 M. und darüber von etwa 10 Herren an einem Abend gemacht, konnten sie ihren Erfahrungen nach nur als ganz normal bezeichnen. Ueberhaupt stellten sämtliche vernommenen Kellner und Gastwirte den „Harmlosen“ das beste Zeugnis aus. Und die Anklage, die ausnahmslos von allen Zeugen verlassen wird, kann auch aus den Befundungen der „Anghörigen der Kellnerklasse“, wie sich einer der Angeklagten ausdrückte, kaum Material gegen die Harmlosen gewinnen. Allerdings haben sich die Angehörigen der Kellnerklasse bei den Harmlosen auch recht gut gefanden. Der Klubkellner im Centralhotel belam pro Spielabend 20 Mark, ein anderer bezog von den Harmlosen ein Gehalt von monatlich 300 Mark und verdiente sich noch mindestens ebensoviel durch Verborgen von Geldern an die Zeurratten, wenn sie beim Spiel ihr mitgebrachtes Geld verloren hatten. Einer der erfahrenen Oberkellner machte dabei die interessante Mitteilung, darin sei nichts Auffälliges zu finden; denn es gäbe in ganz Berlin keinen Kavalier, der nicht gelegentlich die Kellner anpumpen, wenn das mitgebrachte Geld verpielt sei. Der Mann sprach aus Erfahrung, und jedermann glaubte ihm das aus dem Schatz seiner Erfahrungen Mitgeteilt. Aber gerade diese wahrheitsgemäße Aufdeckung der Lebensgewohnheiten, wie sie bei der Jugend der herrschenden Klassen üblich sind, ist allen denen so sehr unangenehm, die der verrohten und begehrlichen Arbeiterjugend den Nachwuchs der durch Besitz und Bildung ausgezeichneten Klassen als Musterbeispiel gegenüberstellen möchten.

Nach einer Vorlage des Magistrats an die Stadinerordneten-Versammlung sollen vom 1. Oktober 1900 ab zwei neue städtische Schulinspektoren angestellt und zugleich die Zahl der Schulkreise von zehn auf zwölf vermehrt werden.

Das kaiserliche Post-Zeitungsamt ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung: „Ende Oktober wird mit der Drucklegung der vom Post-Zeitungsamt herausgegebenen amtlichen Zeitungs-Preisliste für das nächste Jahr begonnen. Es ist daher erforderlich, neue Zeitungen und Veränderungen in den Bezugsbedingungen schon bestehender Blätter bis spätestens zum 30. Oktober bei der Post anzumelden, damit sie noch im Texte der Preisliste Berücksichtigung finden können.“

Die italienische Oper bei Kroll ist verbracht. Seit Sommer sind die Vorstellungen der italienischen Oper bei Kroll zu Ende. Der Unternehmer Signor Virgilio erklärte den Mitgliedern, daß er nicht mehr über die Mittel verfüge, das Unternehmen fortzuführen, und zahlte nur dem Chorporal die Gage für zehn Tage und das Reisegeld zur Rückkehr in die Heimat aus. Die Solomittelglieder haben nichts erhalten und versuchen, ihre Rechte durch einen Arrest zu wahren, den sie gegen Herrn Virgilio beantragen haben. Das Orchester war durch eine Kaution gedeckt, die Madame Darcée (wie man sagt, die eigentliche Unternehmerin) auf Betreiben der Generalintendant hinterlegen mußte.

Mit einer patriotischen Sabbathshandlung ist die Reichshauptstadt nach längerer Pause am vorigen Sonntag bedeckt worden. In Charlottenburg wird an der Ecke der Gauer- und Berlinerstraße das Königin Augusta-Gymnasium umgebaut. An diesem der höheren Jugend zu patriotischer und religiöser Erbauung dienenden Institut mußten vorgestern Steinseher, Maler und andere Bauarbeiter mit Aufbietung aller Kräfte arbeiten, weil das Haus heute — in Gegenwart hoher Personen, wie es heißt — eingeweiht werden soll. Wachte darum dem „Volke“, dem ja wohl trotz alles Mißerfolges immer noch die Religion erhalten werden soll, ein so schlechtes Beispiel gegeben werden?

Im interessanten Momentbildern ist das Roabiter Kriminalgericht reich, selbst in den Winkeln, bis zu denen der Wellenschlag des Prozesses wider „Die Harmlosen“ nicht herankommt. Besonders ertragreich für den Beobachter ist der Korridor, durch welchen die „Manifestanten“ dem „Eruchten Richter“ vorgeführt werden, um — nachdem sie sich zu gleichem Zwecke dem Untersuchungsrichter gestellt haben — vor dem Strafrichter zu beschwören, daß sie nichts befehen. Gestern wurde eine Dame vorgeführt, die ein höchst interessantes Zeugnis abgab. Die lange Schleppe über den Arm gehängt, schritt sie stolz wie eine Fürstin neben dem Gerichtsdienere, der sie aus dem Gefängnisse herausgeholt hatte. Die betreffende Dame hatte gestern seine hochgeliebte Kostüme auf den Korridor zu setzen, aber da trug sie stets Pan-



tollern unter der Schleppe. Ihr ist nämlich vor einiger Zeit die große Unbill widerfahren, vom Reitpferde herunter verhaftet, und wie sie ging und stand, in das Untersuchungs-Gefängnis eingeliefert zu werden. Sie war des Arrestbruchs beschuldigt und hatte keine der wiederholten Ladungen Folge geleistet. Jetzt nun, da die Untersuchung abgeschlossen ist, hat man sie auf freien Fuß gelassen, bevor sie aber den Fuß in die Freiheit setzen durfte, mußte sie vor dem erstehenden Richter erscheinen, um Auskunft über ihr Vermögen zu geben. Außer dem, was sie auf dem Leibe trug, paradierte auf dem beidseitigen Vermögensverzeichnis noch eine — Reitgerte.

**Einen Zusammenbruch** erlitt gestern morgen um 4 Uhr ein Nachtomnibus der Linie Bülowstraße—Alexanderplatz auf der Gertraudenbrücke. Es brach ihm die Vorderachse und er legte sich mit einem heftigen Knallen auf die Seite. Fünf Fahrgäste wurden unversehrt aus dem Morgenschlummer geweckt, aber nicht verletzt. Der Wagen lag bis 9 Uhr auf der Unfallstelle und bildete ein arges Verkehrshindernis.

**Eine Festnahme**, die Sonntagabend in der Valentiniſchen Mordſache in der Lindenstraße vorgenommen wurde, hat sich wieder als eine von den vielen herausgestellt, die nicht aufrecht erhalten werden konnten. Ein Mann, der geistig nicht ganz gesund zu sein scheint, hat sich durch das Lesen der Zeitungsberichte so sehr in diese Mordſache hineingelebt, daß er von nichts anderem mehr spricht. So auch vorgestern abend in einer Gastwirtschaft in der Lindenstraße. Hier bediente nun zufällig ein Kellner, der früher im Vereinshaus in der Wilhelmstraße beschäftigt war. Diesem kam die Erinnerung so vieler Einzelheiten verträglich vor, und da auch die Personalbeschreibung, die ja so allgemein gehalten ist, daß sie auf viele Leute paßt, zu stimmen schien, so veranlaßte er die Siftierung des Mannes. Der Verdächtige wurde mit einer Droßche der Kriminalpolizei zugeführt, gestern morgen aber schon wieder entlassen, weil er kein Alibi zweifellos nachwies.

**Durch einen Sturz aus dem Fenster** hat sich gestern morgen der 42 Jahre alte Arbeiter Friedrich Jahn, Langeſtr. 87, getödtet. Jahn war früher Fensterputzer, verunglückte vor fünf Jahren in diesem Berufe und zog sich dabei einen Schädelbruch zu. Infolgedessen litt er häufiger an Schwindelanfällen. Gestern morgen um 1/4 Uhr bekam der Kranke wieder einen Anfall, sprang aus dem Bette heraus, stieß seine Frau, die ihn aufhalten wollte, zurück und stürzte sich aus dem Fenster der im zweiten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinab. Handgenossen trugen den Schwerverletzten in seine Wohnung hinaus, wo er nach zwei Stunden unter den Händen der Aerzte starb. Die Polizei des 94. Meisters beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schauhanse bringen.

**Durch Frauen vom Kade heruntergeholt** und weidlich durchgeprügelt wurde, wie eine Lokalcorrespondenz berichtet, am Sonntagabend ein Radfahrer in der Nähe der Thomaskirche. Der Gekündigte, einer jener wilden Radfahrer, die ohne Zeichen zu geben oder sich um Straßenbegrenzungen oder Gassen zu kümmern, blindlings darauf losraufen, hatte eine Frau, die ein Kind im Arme trug, überredet. Ohne sich um sein Opfer zu kümmern, wollte der Radler, der sich noch großer Nebenarten bediente, davonziehen. Eine Anzahl Frauen stellte sich ihm aber entgegen, riß ihn vom Kade herab und bearbeitete ihn mit Marktörben und Taschen derartig, daß ihm wohl die Luft vergehen wird, dem Radsporn wieder in ähnlicher Weise Schande zu machen.

**Durch Ueberfahren** schwer verletzt wurde gestern nachmittags auf dem Potsdamer Platz der Hausdiener Paul Ley aus der Lützowstraße 11. Er geriet unter eine Droßche, deren Räder ihm über Kopf und Brust gingen und ihm schwere äußere und innere Verletzungen beibrachten. — Mit weniger schweren Verletzungen kam der 41 Jahre alte Arbeiter Otto Becker davon, der in der Leipzigerstraße von einer Droßche überfahren wurde. Die Verunglückten wurden beide nach der Charité gebracht.

**Der am Freitag** im Geschäft von Krause, Bernſtr. 7, verunglückte Arbeiter Kalkrennig ist gestern seinen schweren Verletzungen erlegen.

**Straßenperrung.** Die Mittelstraße zwischen der Charlotten- und der Friedrichstraße wird behufs Verlegung von Straßenbahn-geleisen bis auf weiteres für Fußworte und Reiter gesperrt.

**Im Dorfal der „Urania“** wird heute Herr Dr. Nag einen Vortrag über Experimentalkometen, welcher zehn Vorträge umfassen soll, mit dem Vortrage „Die chemischen Urstoffe“ beginnen.

**Im Odeon-Theater** ist am Samstag abends der Versuch gemacht worden, die von englischen und amerikanischen Bühnen importierte Sensationstheater allergrößter Sorte dem Berliner Publikum mundgerecht zu machen. Das neuangeführte Stück heißt „Der Weltuntergang“ und enthält, wie sein Titel schon andeutet, das Schrecklichste der Sagen, sowie noch mancherlei Auserwähltes. Von kleineren Unglücksfällen, wie dem unpassenden Genuss eines fürchtbar wirkenden Schlaftrunkes am Hochzeitstuge abgesehen, verfielen dem Helden des Schauspielers eine Eisenbahntaafelstrolche und der Zusammenstoß mit einem Kometen — Katastrophen, für die ihm in dem besonders vorgeführten „Himmel der Liebe“ nur recht unzureichende Entschuldigungen blühen. Zum Schluß erfahren wir, daß die ganze Geschichte nur ein Traum war und daß die Welt aller Sensationsdichtung zum Trost noch weiter bestehen wird. An Ausstattungen ist für die Verhältnisse des Odeon-Theaters erkleckliches geleistet worden, und auch das Spiel konnte sich sehen lassen. Bis jetzt haben aber Stücke nach amerikanischer Manier in Deutschland wenig gezogen, trotzdem man denken sollte, daß das Publikum durch einheimische Geldmachungsseiten genügend präpariert sei. Ob der Weltuntergang mehr Erfolg haben wird?

**Theater.** Am Schiller-Theater ist die Besetzung der Hauptrollen des morgen zur ersten Aufführung kommenden dreitägigen Schwanke „Die Großadmiral“ von Dumas und Rodolphe folgende: Martin Schröder: Alfred Schmalow; Sabine: Gertrud Samosch; Walter Benz: Max Gildfeld; Antonie: Marianne Wulf; Bernhard Wauer: Reinhold Köhler; Fleming: Albert Patry; Dr. Grunwald: Leopold Tannier; Frau Dr. Grunwald: Agnes Werner; Rektor Amstedt: Carl Wehlau; Frau Amstedt: Elisabeth Wölfl.

**Feuerbericht.** Drei größere Brände beschäftigten die Feuerwehr in der Nacht zum Sonntag längere Zeit. Bei einem wurde eine Person erheblich verletzt. — Kurz nach Mitternacht wütete Brandstraße 17 im Quergebäude ein großer Dachstuhlbrand. Bei Anbruch der Feuerwehr stand bereits der größte Teil des Daches (10 Fenster front) in hellen Flammen. Da das Gebäude zahlreiche Familien beherbergt und nicht ausgegittert war, daß Personen im Schlafe von niedergedrücktem Rauch überrascht waren, so drangen Sapperne über die mechanische Leiter nach den oberen Stockwerken. Den bedrängten Mietern war es jedoch bereits gelungen, ins Freie zu kommen. — Schwer verbrannt wurde bei einem Wohnungsbrande der 71jährige Maler Göbe, der Roonstraße 40 parterre ein kleines Zimmer gemietet hatte. Der in dürftigen Verhältnissen lebende Maler ist ein Kinderfreund und hatte in den letzten Tagen für die im Hause wohnenden Kinder alterhand Tand angefertigt, der Sonntag bei einem auf dem Hofe abzubehaltenden Kinderfeste zur Verteilung kommen sollte. Sonntagabend war er bis gegen Mitternacht vernünftig in der an sein Zimmer angrenzenden Destillation. Kurz nach seinem Weggange hörten die Gäste laute Hysterie, und als sie die Thürschwelle des G. öffneten, schlugen ihnen die Flammen entgegen. Trotzdem drang ein junger Mann in den brennenden Raum und holte den G., der in einer Ecke zusammengesunken war, heraus. Er war im Gesicht und an den Händen stark verbrannt und wurde nach Auflegung eines Notverbandes seitens der Samariter der Feuerwehr nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft. — In der fünften Morgenstunde brannte Dienerstraße 50 ein Kesselhaus. Hier konnte das Feuer mit einem Kohre abgelöscht werden.

### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Der Magistrat hat den Termin für die Stadtvorordnetenwahlen wie folgt festgesetzt: Für die dritte Abteilung auf den 7. November, von 10 Uhr

vormittags bis 8 Uhr abends; für die zweite Abteilung auf den 9. November, von 9—5 Uhr; für die erste Abteilung auf den 11. November, von 9—1 Uhr. Mit Rücksicht auf das auch von uns mitgeteilte, kürzlich ergangene Urteil des Stettiner Ober-Verwaltungsgerichts, wonach die Wähler für die dritte Abteilung für ungültig erklärt sind, weil für diese Abteilung die betreffenden sieben Wahlbezirke in je drei selbständige Unterabteilungen mit eigenen Wahlvorstände eingeteilt waren, hat der Charlottenburger Magistrat beschlossen, die bisherige Verteilung der sieben Wahlbezirke dritter Abteilung aufzuheben. Es wird also in jedem Bezirk nur in einem Lokal gewählt werden. Wenn auch die Wahlzeit nur eine Stunde gegenüber der früheren Jahren verlängert ist, so dürfte es doch zahlreichen Wählern, namentlich denjenigen, welche außerhalb zu arbeiten gezwungen sind, nicht sehr schwer sein, ihr Wahlrecht zur der festgesetzten Zeit auszuüben. Um so mehr ist es Pflicht aller Vorzeigenden, die Säumigen anzuweisen und dafür zu sorgen, daß trotz der neu geschaffenen Schwierigkeiten unserer Partei der Sieg zufalle.

**Moderne Bauweisen.** Vor einigen Tagen mußte plötzlich auf polizeiliche Anordnung das Haus Weisfälischeſtr. 30 in Galense geräumt werden, weil sich in den oberen Stockwerken bedenkliche Senkungen und Verwerfungen des Mauerwerks zeigten. Das Haus ist erst 1890 erbaut und hielt sich bis dahin tadellos. Vor kurzem aber geriet der Ostgiebel ins Sinken, weil bei einem nebenan errichteten Neubau das Erdreich bis weit unter die Grundmauer dieses Gebäudes ausgeschachtet war, ohne daß genügende Abstützungen vorgenommen wurden. Vorausgesetzt wird sich an das Vorkommnis eine Entschädigungsforderung von beträchtlicher Höhe knüpfen, deren gerichtlicher Ausgang für Grundbesitzer wie für Bauunternehmer — aber auch für die Baubehörden von erheblichem Interesse werden dürfte.

**Nixdorf.** Der Magistrat will an die Straßenbahn-Gesellschaft das Verlangen richten, in der Richardstraße ein zweites Gleise zu legen. Ferner ist der Magistrat einem Uebelstände näher getreten, den die Verlagerung der Straßenbahnlinie Schönhauser Allee—Nixdorf bis zum Gemeindekirchhofe an der Radowitzstraße in Preß mit sich gebracht hat. Die Bahn fährt zum Teil mit Anhängelocals, letztere werden aber am Nixdorfer Ringbahnhof abgehängt. Fahrgäste, die bis zur Radowitzstraße wollten und deshalb aus dem „Anhängler“ in den Motorwagen umstiegen, haben nun vielfach noch einmal 10 Pfennig Fahrgeld zahlen müssen. Der Magistrat wird von der Straßenbahn-Gesellschaft die Befreiung dieser Ungerechtigkeiten verlangen, wobei er sich auf die zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft abgeschlossenen Verträge berufen kann, mit deren Bestimmungen sich ein derartiges Verfahren nicht in Einklang bringen läßt.

Das Naturhistorische Museum des Lehrers Fischer soll nach einem Beschlusse der Stadtvorordneten-Versammlung von der Stadt angekauft werden. Der Magistrat hat nun beschlossen, davon so lange abzuziehen, bis im Rathause geeignete Räume für das Museum geschaffen werden können.

Die königliche Polizei wird wahrscheinlich vom 2. November ab Nixdorf mit ihrer Thätigkeit belegen. Es soll sogar die Absicht bestehen, ihren Wirkungskreis auf Preß und Treptow auszuweiten und zu diesem Zwecke in Nixdorf noch ein 5. Polizeibureau einzurichten.

**Zämtliche Mitglieder der Räuberbande an der Oberpreß** sind jetzt festgenommen. Vor zehn Tagen wurden die jugendlichen „Arbeiter“ Mäking und Pfeiffer, wie schon gemeldet, ergriffen. Beide legten schließlich ein umfassendes Geständnis ab, wodurch der Kriminalpolizei die sämtlichen Mitglieder der Bande bekannt wurden. Am Sonntag gelang es dem Stammvater Dann, einen dritten Teilnehmer in der Person des Arbeiters Paul Schöppe in der Adlerstraße in einer Kaschemme zu ermitteln, wo auch der Pfeiffer festgenommen worden war. Schöppe leugnete der Befugnisse zu sein, beugnete sich aber schließlich zu einem Geständnis, als ihm die beiden schon genannten Räuber gegenübergestellt wurden. Schöppe verriet dann auch die beiden noch fehlenden Mitglieder der Bande. Diese, der 23jährige Karl Fehring und Karl Reuber, wurden in der Nacht zum Sonntag in einer Kaschemme des Südostens und in einer Schlafstube Reichenbergerstraße überrascht, wo sie sich unangemeldet unter falschem Namen aufgehalten hatten. Auch sie haben schon gestanden.

## Gerichts-Beitung.

Der Prozeß gegen den Grafen Claus von und zu Eglöfstein wurde gestern vor der hiesigen Strafkammer des Landgerichts I zu Ende geführt. Es ist inzwischen festgestellt worden, daß zur fraglichen Zeit nicht zwei, sondern nur ein eingekerkelter Brief an die Adresse des Angeklagten v. Eglöfstein bei dem betreffenden Postamt abgegeben worden ist. Während die Verteidiger nachzuweisen suchten, daß dies der Sachliche Brief sein müsse, vertritt der Staatsanwalt den Standpunkt, daß Juhacz der Abgeber gewesen sei. Er hielt deshalb seinen Antrag auf Verurteilung des Angeklagten aufrecht. Die Verteidiger, Rechtsanwältin Hugo Marcuse und Gelpas stellten noch Eventualanträge, um nachzuweisen, daß Juhacz auch anderen Auftraggebern gegenüber sich Unregelmäßigkeiten habe zu Schulden kommen lassen. Der Gerichtshof lehnte diese Anträge als unerheblich ab und kam wieder zu einer Verurteilung des Angeklagten. Er sei nicht des Betruges in zwei Fällen, wohl aber des Betruges und der Unterschlagung in je einem Falle für schuldig befunden und deshalb zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten, wovon sechs Monate durch die erlassene Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten seien, verurteilt worden. Der Antrag der Verteidigung, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt. Der Procurator erklärte, sich bei dem Erkenntnis nicht beruhigen zu wollen.

**Die Ehre des Oberleutnants der Reserve v. Hochheim.** In Halle a. S. hatte sich gestern der Oberleutnant und Landwirt v. Hochheim aus Schafstädt nebst mehreren seiner Landarbeiter wegen einer ungläublichen Feigheit und rohen That zu verantworten. Er war am 8. August mit seinem Gutshausknecht v. H. auf der Schafstädtler Hufe in Streit geraten, der bald in eine Prügelei ausartete. Beide packten sich und rangen, wobei der Oberleutnant den kürzeren zog. Am Boden liegend merkte Hochheim, daß er seinem Gegner nicht gewachsen war. Er bat um „gut Wetter“ mit dem Versprechen, nunmehr Frieden schließen zu wollen. Kaum hatte aber v. H. den Hochheim losgelassen, da bemerkte er seinen Hofmeister Stein und rief demselben zu: „Ich muß meine Ehre retten, das Gas, der Hund muß sterben, holen Sie meine Volodien!“

Die „Volodien“ erschienen, zögerten aber, ihrem Herrn beizustehen und drangen erst auf v. H. ein, als v. H. Hochheim jedem einen Thaler versprochen hatte. Fünf Mann brachten darauf mit Eggen, Reisteln und mit der Peitsche, die sie von ihrem Hüter erhalten hatten, unter den Augen des Gutsherrn dem unglücklichen v. H. so schwere Verletzungen bei, daß anfangs an seinem Aufkommen gezeifelt wurde.

So ist es schon, soll der Leutnant während dieser Scene gerufen haben, „was es kostet, wird bezahlt!“

Als dann die Arbeiter von ihrem Treiben endlich abließen, befaß Hochheim dem Angestellten v. H. nochmals, auf den ohnmächtig am Boden Liegenden einzuhauen, worauf der Angeseuerte dem v. H. noch einige Hiebe mit dem Flügelmesser befeigte. Dann verließen die Thäter den Kampplatz und der Schwerverletzte wurde schließlich auf Veranlassung einer in der Nähe arbeitenden Frau auf einem Wagen nach Hause transportiert.

Hochheims erste Aufgabe nach der That war, wie das ja in den Kreisen üblich ist, die Beschaffung eines ärztlichen Attestes über seinen Geisteszustand. Ein solches wurde ihm auch von den Ärzten Sanitätsrat Dr. Müller und Dr. Rehm ausgestellt, und es wurde konstatiert, daß Hochheim „sehr nervös“ sei, an einer Hirnverletzung leide und der „Schonung“ bedürfe.

Dies scheint aber doch nicht verlangen zu haben, denn Hochheim wurde nebst den Arbeitern, die ihm leider Gehorsam geleistet haben, wegen gefährlicher Körperverletzung unter Anklage gestellt.

Das Urteil in der gestrigen Verhandlung der Strafkammer zu Halle lautete, wie uns telegraphisch gemeldet wird, gegen v. Hochheim auf sechs Monate Gefängnis; einige der von ihm verführten polnischen Arbeiter wurden zu Strafen von drei und zwei Monaten Gefängnis verurteilt, während einer mit zwei Wochen davonkam.

**Milde Strafe für Brügelpädagogik.** Ueber einen Aufsehen erregenden Fall schreibt die „Volks-Zeitung“ aus Posen: Dieser Tage stand der evangelische Lehrer Käser aus Stochalle, der schon einmal wegen Ueberschreitung des Zuchtungsrechts bestraft ist, vor der Strafkammer zu Krotoschin. Käser hatte 14 Schulkinder in unmenschlicher Weise mißhandelt. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate und zehn Tage Gefängnis. Käser hatte nämlich die Angewohnheit, daß er besonders Mädchen an den Haaren in die Höhe zog und sie dann auf die Erde fallen ließ. Dadurch wurden den Mädchen ein Teil der Haare ausgerissen. Ein Mädchen, eine gewisse Auguste Dombrowska, ist dadurch zum Krüppel geworden. Die Verletzung des Hüftgelenkes, die sie sich beim Fallen zuzog, konnte durch die Aerzte nicht geheilt werden. Das Urteil lautete gegen Käser auf — 15 Tage Gefängnis und auf eine den Eltern der verletzten Auguste Dombrowska zu zahlende Ruhe von 500 M.

Ob dem Verurteilten noch weiter Gelegenheit gegeben wird, als Lehrer seinen rohen Gelüsten zu fröhnen?

## Vermisches.

**Zwei Eisenbahnunfälle**, von denen der eine schwerer Art ist, haben sich am Sonntag ereignet. Wie die „Noblenzer Zeitung“ meldet, fuhr in Oberlahausen eine Lokomotive in einem mit Ausflüglern besetzten Zug hinein. Ein Wagen desselben wurde aus dem Geleise gefahrend. Zwölf Personen wurden aus dem Geleise gehoben. — Nach demselben Blatt entgleiste bei Bacharach ein Personenzug, wobei drei Wagen zertrümmert wurden. Der Lokomotivführer wurde leicht verletzt.

**Zur Eisenbahnkatastrophe in Sankburg.** Zum Eisenbahnunfall beim Klosterthor ist noch mitzutheilen, daß sich die drei Kutschen, die von dem 13. Dragoner-Regiment als vermißt gemeldet worden waren, jetzt wieder eingestellt haben. Die Leute haben sich während der allgemeinen Aufregung nach dem Unglück am Klosterthor-Bahnhof entfernt, sich dann aber freiwillig wieder gestellt. — Der Beamte, der am dem verhängnisvollen Abend am dem Klosterthor-Bahnhof Dienst that (Stations-Assistent Scharrf) ist nicht, wie es anfangs hieß, seines Dienstes enthoben worden, sondern es ist ihm infolge seines seelischen Zustandes ein achtwöchiger Urlaub bewilligt worden.

**In Wina** ist vor einigen Tagen auf einer der belebtesten Straßen ein im Bau begriffenes dreistöckiges Gebäude, das bereits bis zum zweiten Stock heraufgebaut war, eingestürzt. Unter den Trümmern wurden 16 Leichen hervorgezogen, während acht Arbeiter schwer verwundet sind. Den Bau leitete der Stadtbaumeister Prozorow. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits im Gange.

**Rechtskahn in Frankreich.** Sonntag fand in Deuil bei Paris das schon seit 14 Tagen angefündigte Stiergeſecht statt. Bei dem ersten Kampf brach der Stier durch die Barriere und drang in den Zuschauerraum ein, wodurch eine große Panik entstand, bei der mehrere Zuschauer verletzt wurden. Der Stier, der ins Freie flüchtete, wurde von Gendarmen durch Revolverkugeln verwundet und von einem der Stierdämpfer getödtet. Das Stiergeſecht wurde nach diesem Zwischenfall nicht weiter fortgesetzt. — Hoffentlich ist damit das sehr wenig zeitgemäße Unternehmen als abgeschlossen zu betrachten.

**Aus Salerno** wird berichtet, Infolge von wolkensbrüchigen Regengüssen wurde gestern in verchiedenen Städten und Marktstellen schwerer Schaden angerichtet. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Lacaſa, besuchte heute die heimgekehrten Ortſchaften. In Cava dei Tirreni sind eine in Salerno zwei Personen umgekommen, in den anderen Ortſchaften bedeutend mehr. Die Zahl derselben ist noch nicht bekannt. Der Minister Lacaſa ordnete sofortige Hilfeleistung an.

**In einem Teile von Central- und Ost-Japan** hat am Sonntagabend ein Teifun gewüthet, welcher großen Ernte- und sonstigen Eigentumschaden angerichtet hat. Ein Zug wurde in der Nähe von Utsunomiya von einer Brücke in den Fluß heruntergeweht, 6 Personen wurden getödtet, eine große Anzahl verletzt.

## Marktpreise von Berlin am 7. Oktober 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.			
Ware	D. Gr.	M. Gr.	Preis
• Weizen	15,45	14,70	Schweinefleisch 1 kg 1,00 1,10
• Roggen	14,35	14,10	Rindfleisch 1,00 1,-
• Futter-Gerste	14,-	12,70	Dammfleisch 1,00 1,-
• Hafer gut	15,20	14,40	Butter 2,90 2,-
• mittel	14,30	13,60	Eier 60 Stk 4,50 2,80
• gering	13,60	12,80	Kartoffeln 1 kg 2,20 1,30
• Weizen	4,50	4,-	Malz 2,80 1,20
• Gerste	7,-	6,-	Hafer 2,00 1,20
• Weizen	40,-	25,-	Reis 2,- 1,-
• Weizen	50,-	25,-	Baris 1,80 0,80
• Weizen	70,-	30,-	Soja 2,80 1,20
Kartoffeln, neue	7,-	5,-	Weie 1,40 0,80
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	Arcbie per Schod 12,- 2,-
• von	1,20	1,-	

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungskasse — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt vom 9. Oktober 1899.** Weizen und Roggen eröffneten am Fruchtmart zu gut behaupteten Preisen. Mittags schwächte sich Roggen, für welchen reichliche, wenn auch noch nicht rentable Offerten vorlag, leicht ab. Der Hafermarkt lag still bei unveränderten Lieferungspreisen. Rüböl zog um weitere 0,20 M. an. Am Spiritusmarkt konnte von irgend welchem Geschäft kaum die Rede sein. 5000 Liter W — das Kleinste durch den Ratier unangehore Quantum — wurden zu gestrigen Preisen (83,00) verschlossen. Terpentin waren ohne Kurs und Handel.

**Kartoffelmarkt.** Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto inkl. Sack 11,20 M. Prima reine Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto inkl. Sack und Mehl 21,25—21,50 M. October-Deck. Supra trockene Kartoffelstärke —. Kartoffelmehl per 100 Kg. brutto —. Prima Kartoffelmehl 20—20,50 M., prompt —. M. per 100 Kg.

**Eierbericht vom 9. Oktober.** Normale Eier je nach Qualität von 2,20—3,60 M. per Schod. Ansonstige keine Ware je nach Qualität von 2,70—2,80 M. per Schod. Kaffee je nach Qualität von — bis — M. per Schod. Tendenz: ruhig.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 19. d. M. Montag, Dienstag und Freitagabends von 7 1/2 Uhr ab statt.  
H. R. 17. Ihre Frage ist nicht recht klar.  
H. Z. 100. Wenden Sie sich an den Gastwirt Preuß, Rest Friedrichstraße 20.

## Witterungsübericht vom 9. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C. (u. n.)	Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C. (u. n.)
Eintreppe	773	SW	2heiter	5	Saparanda	763	SW	4bis bed	3
Homburg	774	SW	wolfig	5	Petersburg				
Berlin	774	SW	1heiter	4	Sort	769	SW	3wolfig	13
Briesleben	773	NO	4wolfig	5	Aberdeen	768	SW	3wolfig	12
Wittenberg	773	O	5wolfig	1	Paris	771	O	2Dunst	2
Wien	774	NO	2wolfig	3					

Weiter-Probue für Dienstag, den 10. Oktober 1899. Etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bevölkerung; keine oder unerhebliche Niederschläge.



Die „Harmlösen“ vor Gericht.

Sechster Tag.

Die heutige Sitzung, welcher der Landgerichtspräsident Braun beivohnt, eröffnet Landgerichtsdirektor Denso um 9 Uhr. Unter den anwesenden Zeugen befindet sich auch der von London hierher geeilte ehemalige Klubdiener, jetzige Oberkellner Montaldi.

Eine Erklärung des Herrn v. Mantuffel.

Vor Eintritt in die Verhandlung erbittet sich Kriminalkommissar v. Mantuffel das Wort: Es ist mir vorgeworfen worden, daß ich wissentlich die Unwahrheit geäußert hätte, indem ich den bekannten Brief an Dr. Leipziger richtete, der den Satz enthält, daß gegen Dr. Kornblum kein Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßigen Glückspiels schwebte. Ich erkläre hiermit, daß ich thatsächlich keine Ermittlungen wegen gewerbsmäßigen Glückspiels gegen Dr. Kornblum angestellt hatte und wenn gegenteilige Behauptungen in der Presse aufgestellt worden, so habe ich nochmals darauf hinzuweisen, daß ich Konferenzen mit dem Oberstaatsanwalt Drescher und dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Herr gehabt hatte. Damals war ich als Sachverständiger angezogen worden und habe dort zuerst Kenntnis davon bekommen, daß gegen Dr. Kornblum eine Untersuchung beschlossen war. Ich habe sofort ganz bestimmt meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Dr. Kornblum vollständig untauglich war und das gründete sich auf folgendes: Ich hatte ohne behördlichen Auftrag, lediglich um das Terrain zu sondieren, Ermittlungen angestellt, die sich auf die Person des Dr. Kornblum bezogen. Und auf Grund dieser Ermittlungen habe ich sofort mitgeteilt, daß absolut kein Grund vorläge, weitere Ermittlungen gegen Dr. Kornblum anzustellen, weil 1. Dr. Kornblum ein bedeutendes Vermögen war, 2. weil er keinen Anhang in den Kreisen gewerbsmäßiger Spieler hatte, 3. weil er aus einer anständigen Familie stammte und 4. weil mir gesagt wurde, daß nichts gegen Dr. Kornblum vorliege, als ganz beweislose Verdächtigungen. Ich bin also nicht mit Ermittlungen gegen Dr. Kornblum beauftragt worden und habe auch keine angestellt. — Auf eine Frage des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel erklärt Zeuge v. Mantuffel weiter: Meine Befugnis, auf den Artikel im „Aelchen Journal“ über Dr. Kornblum zu antworten, um eine Forderung zu unterdrücken, gründete sich auf einen ausdrücklichen Auftrag des Landgerichtsrats Herr, der es für zweckmäßig hielt, daß Dr. Kornblum durch Artikel der Presse nicht vor den Kopf gestoßen werde. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Wir müssen uns unsere Stellungnahme zu diesen Äußerungen des Zeugen v. Mantuffel, die ja ganz überraschend gekommen sind, vorbehalten. Ich kann mir jetzt schon sagen, daß eine ganze Reihe von Personen aus Spielkreisen behaupten, daß v. Mantuffel und Dr. Kornblum schon längere Zeit bekannt waren. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Bei Vernehmung des Dr. Leipziger hat der Angekl. v. Kayser gesagt, er habe durch einen Vertrauensmann die Akten einsehen lassen und erfahren, daß ein Verfahren gegen Dr. Kornblum schwebte. — Angekl. v. Kayser erklärt, daß er dies von einem ihm bekannten Referendar gehört habe, dessen Namen er aber nicht nennen wolle. — Der Vorsitzende teilt ein Schreiben des Generalkommandos mit, wonach der Angekl. v. Kröcher seinerseits aus Gesundheitsrücksichten zur Referende übergetreten sei.

Als Zeuge wird sodann Gerichtsoffizier

Dr. von Mors

vernommen, welcher auch eine Zeitspanne an Spielabenden teilgenommen, an der Begründung des Klubs sich aber nicht beteiligt, sondern sich vorher gänzlich zurückgezogen hat. Er bestätigt eine Frage des Vorsitzenden, daß er einmal eine größere Summe vom Angeklagten v. Kayser gewonnen habe, daß damals v. Kayser etwas „im Brand“ war und seine Schuld erst etwas später reguliert habe. Er sei aber auch häufiger Schuldner des Angeklagten v. Kayser gewesen und dieser habe wohl auch einmal einen höflichen Brief an ihn gerichtet, in welchem er an die Tilgung einer kleinen Schuld mahnte. Was Wolff betrifft, so habe er diesen nicht näher gekannt, er würde es aber vorgezogen haben, nicht mit ihm zu spielen, denn ein alter Herr, der sich in die Gesellschaft junger Leute einbringt, erscheine ihm von vornherein verdächtig. Er habe auch gehört, daß einmal ein Wolff den Fabrikbesitzer Prinz Reichenheim stark genypft habe und habe den unbestimmten Verdacht gehabt, daß dies vielleicht derselbe Wolff sei, der jetzt an den Spielabenden teilnehme. Wer den Wolff eingeführt, wisse er nicht. Auf weiteres Verfragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß keine Rede davon sei, daß er von den Angeklagten zum Spiel besonders animiert worden sei, ebenso weiß er nicht, daß v. Kröcher seinem Vater das bestimmte Versprechen abgegeben habe, nicht mehr zu spielen, doch hat er derartiges gehört. Wichtig sei es, daß nach seiner Meinung der Angeklagte v. Kröcher fast nie verloren, sondern überwiegend gewonnen habe, ob er auch in auffälliger Weise oft größere „Seeschwangen“ gehabt habe, weiß Zeuge nicht. — Präsi.: Was wissen Sie von der Lebenshaltung des Angeklagten v. Kröcher? — Zeuge: Es kam mir so vor, daß v. Kröcher großen Aufwand trieb, denn er hielt sich einen Wagen und eine Waitresse. — Präsi.: Wie hoch schätzt der Zeuge den jährlichen Aufwand des Angeklagten v. Kröcher? — Zeuge: Ich schätze ihn auf 20—25 000 M. — Justizrat Dr. Sello: Hat Herr v. Kayser auch zumeist gewonnen? — Zeuge: Ich habe Herrn v. Kayser öfter verlieren, als gewinnen sehen. — Oberstaatsanwalt: Haben Sie Ihren Verdacht bezüglich des Wolff den Angeklagten einmal geäußert? — Der Zeuge entnimmt sich, daß er einmal in der Englischen Bar über Wolff mit den Angeklagten gesprochen und sich etwa dahin geäußert habe: Ihr habt ja einen recht dunklen Ehrenmann bei Euch aufgenommen. Auf die Frage, wer dies sein sollte, habe er Wolff genannt, die Angeklagten v. Kröcher und v. Kayser haben aber den Verdacht mit allem Nachdruck bestritten und Herrn Wolff gewissermaßen als reinen Engel hingestellt. — Zeuge v. Mors tritt alsdann mit großem Nachdruck der von v. Kayser geäußerten Ansicht entgegen, daß er (v. Mors) mit Dr. Kornblum gemeinschaftliche Sache gemacht habe, um v. Kayser die Anklagebank zu bringen. Diese ungeheure Verdächtigung müsse er entschieden zurückweisen. Dr. Kornblum habe ihn einmal nach dem Erscheinen des „Tagblatt“-Artikels gebeten, als Kartellträger für ihn bei dem Angekl. v. Kayser zu fungieren. Er habe Herrn Dr. Kornblum zunächst gesagt, er halte denjenigen, der den Artikel gebracht, für ein „Schwein“ und könne ihm die Ehre, für ihn Kartellträger zu sein, nur antun, wenn er die Versicherung gebe, daß er nicht der Verfasser des Artikels sei. Diese Versicherung habe Dr. Kornblum — wie ja nun feststeht, fälschlich — abgegeben; die Differenz mit Herrn v. Kayser sei gütlich beigelegt worden. Dies sei der einzige Zusammenhang, in dem er mit Dr. Kornblum gestanden. Er habe Dr. Kornblum wiederholt gesagt, er solle sich vor Herrn v. Mantuffel in acht nehmen, mit einem Polizei-Kommissarius lasse sich ein anständiger Mensch nicht in der Weise ein, daß er ihn Informationen gibt. — v. Kayser: Herr v. Mors wird zugeben, daß er sich auch durch Herrn Dr. Kornblum hat täuschen lassen, und ich habe aus den Verhältnissen zu meinem Leidwesen den falschen Schluß gezogen, daß er mit Dr. Kornblum zusammenhänge. — Zeuge Dr. v. Mors protestiert schließlich energisch dagegen, daß eine gerichtliche Justiz an ihn angehängt nicht habe bestellt werden können und daß das Gericht verurteilt wurde, er sei „verdächtig“. Das sei eine böswillige Erfindung, die ihn in seiner Ehre als Mensch und Beamter empfindlich kränken müßte. Er sei, als die Vorladung an ihn erging, verzeift gewesen, habe aber bei der Post gebeten, daß ihm Eingänge nachgeschickt werden. Wenn dann der

betreffende Vorladungsbrief einfach auf der Post niedergelegt wird, so sei dies nicht seine Schuld.

Herr v. Mantuffel rettet von neuem seine Ehre.

Zeuge v. Mantuffel tritt vor und erklärt mit erhebener Stimme, daß die Sache hier wieder so „gedreht“ zu werden scheint, als ob er absichtlich die Vorladung in dieser Form erledigt habe. Er habe aber ausdrücklich den schriftlichen Antrag erhalten, die Vorladung, weil die Bestellung unaufrichtig sei, auf der Post niederlegen zu lassen. — Zeuge v. Mors: Eine einfache Anfrage bei der Post hätte genügt. Daß Herr v. Mantuffel aber, wie doch unbestreitbar ist, im „Aelchen Journal“ solche Gerüchte über mich verbreiten läßt, geht doch über meinen Horizont. — Der Oberstaatsanwalt meint, daß die Staatsanwaltschaft und Herrn v. Mantuffel in Sachen der Vorladung gar kein Vorwurf treffen könne. — Nachdem die Rechtsanwälte Dr. Schachtel und Justizrat Dr. Sello von dem Zeugen nach den verschiedenen Richtungen hin Auskunft über Vorgänge erfordern, die in dem Protokoll eine Färbung zu Gunsten der Angeklagten erhalten hatten, fragt Rechtsanwalt Dr. Schwindt, ob dem Zeugen etwa bekannt sei, daß Dr. Kornblum mit Herrn v. Mantuffel wiederholt freundschaftlich verkehrt habe. — Zeuge v. Mors: Er habe den Dr. Kornblum wiederholt in der Potsdamer Straße getroffen. Dieser habe wiederholt behauptet, daß v. Mantuffel ihm vieles gesagt habe, wie die Zeugen ausgesagt haben. Dr. Kornblum sei nach seinen Behauptungen alle Raselung mit Herrn v. Mantuffel zusammen gewesen. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Hat nicht der Zeuge auch Briefe erhalten, die Dr. Kornblum von Herrn v. Mantuffel erhalten hat? — Zeuge: Ja wohl. — Zeuge von Mantuffel: Es sieht so aus, als hätte ich dem Dr. Kornblum Mitteilungen gemacht über das, was v. Kröcher bei seiner Vernehmung ausgesagt hat. Ich erkläre ausdrücklich, daß es umgekehrt ist, ich erfuhr die den Herren v. Kröcher betreffenden Mitteilungen vom Dr. Kornblum. Dieser hatte mir gegenüber auch seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß gegen Wolff nicht ein Haftbefehl erlassen sei. Es folgt die Vernehmung des Studenten

Hans v. Gersdorff

aus Leipzig, welcher folgende Äußerung macht: Ich habe zuerst vor etwa drei Jahren im Victoria-Hotel an dem Spiel teilgenommen, dann nach längerer Zeit wieder im Central-Hotel. — Präsi.: Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß die Angeklagten im American Bar Kavaliere darauf aufmerksam machten, daß da und da gespielt wurde? — Zeuge: Nein, das war allgemein bekannt. — Präsi.: Kamten Sie Herrn Wolff? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Welchen Eindruck machte er auf Sie? — Zeuge: Einen guten, es war ein ungeheuer freundlicher Herr. Ich habe wiederholt neben ihm gespielt, wenn er die Zeit hielt. — Präsi.: Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß er besonderes Glück hatte? — Zeuge: Ja, er gewann ja häufig, aber ich habe auch verloren, daß er verloren. — Präsi.: Hat er nicht bestimmten Herren gegenüber sich geäußert, sich am Spiel zu beteiligen mit dem Bemerkten, daß die Karten einen zu großen Respekt vor ihnen hätten? — Zeuge: Ja, das hat er einmal gesagt, ich habe aber etwas Verärgertes nicht darin gefunden. Solche Redensarten macht man wohl mal. Es kommt auch vor, daß einer der Spieler äußert: „Gegen den Herrn sehe ich nicht mehr!“ Das sagt man z. B. wenn der Bankhalter großen „Dübel“ hat und giebt dies zu irgend welchen für den Bankhalter nachteiligen Schlussfolgerungen keine Veranlassung. Ich habe immer die Ansicht gehabt, daß völlig korrekt verfahren wurde, bin aber erst durch die fortgesetzten Andeutungen des Herrn v. Mantuffel, daß dies nicht der Fall war, zu einer anderen Ansicht gelangt. Meine Vernehmung hat unter eigentümlichen Umständen stattgefunden. — Präsi.: Sagen Sie erst doch, ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß dem Wolff einmal ein besonderes Entgegenkommen gezeigt wurde, als er es ablehnte, die Bank zu halten? — Zeuge: Ja, es war Gebrauch, daß ein Spieler, der die Bank übernahm, bei der Uebernahme 20 M. und bei der Abgabe wieder 20 M. an die Bank abzuführen hatte. Wolff legte nur 20 M. in die Bank, ohne daß einer der Direktoren Beachtung nahm, dies zu monieren. Auf Antrag des Verteidigers Dr. Schachtel wird der Zeuge ersucht, den Gang seiner Vernehmung im Zusammenhang zu erzählen.

Abermals Klagen gegen v. Mantuffel.

Zeuge v. Gersdorff: Ich bekam nach Leipzig ein Schreiben von Herrn v. Mantuffel, worin er mir mitteilte, daß meine Vernehmung notwendig sei, ich möchte doch am einen Tag nach Berlin kommen. Ich schrieb ihm wieder, daß ich am kommenden Sonntag in Berlin sein und im Minerva-Hotel absteigen würde. Hoffentlich könne meine Vernehmung trotz des Sonntags erfolgen. Herr v. Mantuffel stellte sich im Hotel ein und näherte sich mir gewissermaßen kameradschaftlich. Wir begaben uns zum Landgerichtsrat Herr nach Moabit. Unterwegs fragte er mich, was ich von der Sache wisse. Ich erklärte zunächst, daß der Artikel im „Berliner Tageblatt“ unwahr sei. Dann hat Herr v. Mantuffel mich allmählich suggeriert, indem er mir vorhielt, daß Wolff doch verschwunden sei und daß viele Tatsachen dafür sprächen, daß es nicht korrekt zugegangen sei. Ich müßte mir sagen, daß alle die kleinen Tatsachen zusammengehalten und unter einem bestimmten Gesichtswinkel vor Augen geführt, wohl dafür sprächen, daß die Ansicht des Herrn v. Mantuffel richtig sein könne. Meine Vernehmung konnte an dem Sonntag nicht erfolgen. Herr v. Mantuffel hat dann aus der Unterhaltung mit mir einen laugen Bericht gemacht und er hatte mir Ausagen in den Mund gelegt, von denen ich nichts wußte. — Rechtsanwalt Schachtel erklärt, daß es der Verteidigung darum liege, nachzuweisen, daß die Zeugenaussage unter dem Einfluß des Herrn v. Mantuffel zu stande gekommen ist. Der Zeuge erklärt ferner, daß, als er das zweite Mal vernommen wurde, es ihm auffallend war, daß zwischen dem Untersuchungsrichter und ihm fortwährend Mißverständnisse vorkamen, die er für unerklärlich gehalten. Endlich sei ihm das schriftliche Protokoll vorgelegt worden und er habe darauf bestehen müssen, daß einzelne Sätze aus dem Protokoll gestrichen würden. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß v. Mantuffel den Untersuchungsrichter Herr eben so beeinflusst habe, wie ihn selber, und zwar durch den Bericht des Herrn v. Mantuffel über die von diesem vorher vorgenommene informatorische Vernehmung. Es wäre — so meint Zeuge — ihm doch sehr interessant, diesen Bericht doch auch einmal kennen zu lernen, um zu sehen, inwieweit er den Tatsachen entspreche. — v. Mantuffel: Er habe dem Landgerichtsrat Herr nur das wiedergegeben, was er von Herrn v. Gersdorff gehört habe. — Zeuge v. Gersdorff: Wie wenig ich bei der Vernehmung der Ansicht war, daß falsch gespielt worden, geht daraus hervor, daß ich vor dem Untersuchungsrichter sagte, man mache sich jedenfalls ein billig falsches Bild von den Vorgängen. Der Untersuchungsrichter sagte mir aber, daß sich dies meiner Beurteilung entzöge. — Ein Zeigter wünscht zu wissen, ob dem Zeugen mit klaren Worten gesagt worden sei, daß das

Glücksspiel „bereits erwiesen“

sei? — Zeuge: Ja, positiv, von Herrn v. Mantuffel und Herrn Rath Herr. Ich wiederhole, daß das Protokoll an sich ja durchaus Richtiges über meine Aussagen enthält, daß aber diese immer unter dem Eindruck der mir gewissermaßen suggerierten Ueberzeugung standen, daß entschieden falsch gespielt worden sei. Wenn die Fiktion des Glücksspiels weggenommen wird, dann bleiben mir Vorgänge übrig, die ganz unverständlich sind und überall vorkommen. Ich habe nachher das unangenehme Gefühl gehabt, daß ich über den Düssel barbiert sei. — Der Zeuge

betont unter anderem noch, daß bei seiner Vernehmung an einzelnen Ausdrücken längere Zeit „herumgewirrt“ worden sei, ehe es gelang, das niederschreiben, was er wirklich habe sagen wollen. — Oberstaatsanwalt: Der Zeuge hat doch das Protokoll unterschrieben und Wort für Wort als richtig anerkannt. — Zeuge: Das ist richtig, aber ich bleibe dabei, daß wenn die Fiktion des Glücksspiels genommen wird, verdächtige Momente nicht übrig bleiben. — Das Protokoll über die Vernehmung des Zeugen wird hierauf in Gegenwart des herbeigerufenen Landgerichtsrats Herr verlesen. Er erweist das Protokoll Wort für Wort als richtig an, bleibt aber bei seiner vorherigen Bemerkung.

Landgerichtsrat Herr:

Er konstatiert vor der Öffentlichkeit, daß das Protokoll mit der außerordentlichen Gewissenhaftigkeit aufgenommen und daß der Zeuge von seiner Seite beaufsichtigt worden sei. Er wiederhole, daß er jedes Wort des Protokolls aufrecht erhalte und die Verantwortung dafür übernehme. Wort für Wort habe er dem Zeugen das Protokoll vorgelegt und über einzelne Sätze sei 1/2 Stunden gesprochen worden. Die Vernehmung des Zeugen sei eine der schwierigsten gewesen, die ihm vorgekommen. — Zeuge v. Gersdorff: Infolge des Berichtes des Herrn v. Mantuffel! — Oberstaatsanwalt: Hat der Herr Untersuchungsrichter dem Zeugen v. Gersdorff gesagt: der Beweis des Glücksspiels sei bereits „erbracht“? — Zeuge Landgerichtsrat Herr: Nein, ich habe ihm nur gesagt, es seien bereits Momente ermittelt, die unter Umständen dafür sprechen könnten. — Zeuge v. Gersdorff: Aber Herr v. Mantuffel hatte vorher schon im Korridor dies gesagt.

Auf Antrag der Verteidigung wird der Bericht verlesen, den Herr v. Mantuffel über seine erste Unterhaltung mit dem Zeugen v. Gersdorff dem Untersuchungsrichter erstattet hat. — Zeuge erklärt hierzu, daß von der Bestimmtheit, die in jenem Bericht zum Ausdruck gekommen sei, gar keine Rede gewesen. Einzelne Sachen, die in dem Protokoll als von ihm belundet angegeben würden, habe er gar nicht aus eigenem Antrieb erzählt, sondern v. Mantuffel habe sie ihm erzählt und er habe nur bestätigt, daß er sich an solche Vorgänge erinnere. Warum habe denn v. Mantuffel ihm nicht gesagt, daß er ihn vernehme, dazu sei doch Stundenlang Zeit gewesen und er hätte doch die Mitteilungen niederschreiben und von ihm unterschreiben lassen können. v. Mantuffel habe sich ihm als Offizier vorgestellt und sich mit ihm in der sozialen Weise unterhalten, während er doch thatsächlich vom Landgerichtsrat Herr beauftragt war, ihn zu vernehmen. Die ganze Art und Weise, wie v. Mantuffel sich ihm gegenüber benommen habe, sei, um einen milden Ausdruck zu wählen, „nicht sehr nett“ gewesen; nachher habe er ihn noch in der Zeitung so hingestellt, als ob er sich „dümm“ gemacht habe. — Der Oberstaatsanwalt legt entschieden Protest dagegen ein, daß hier eine Art

Untersuchung gegen Herrn v. Mantuffel

geführt werde. Dieser habe sich ausschließlich seiner vorgesehnen Weisheit gegenüber zu verantworten. Wenn der Zeuge es hier so hinstelle, als ob Herr v. Mantuffel gewissermaßen „hinter seinem Rücken“ etwas aus jökvalden Unterhaltungen mitgeteilt habe, so hebt er hervor, daß Herr v. Mantuffel durchaus berechtigt war, auch Fragen zu stellen, um etwas auszuforschen. Ein Vorwurf könne Herrn v. Mantuffel aus seinem Verhalten nicht gemacht werden. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Er gebe dem gegenüber die öffentliche Erklärung ab, daß die Verteidigung der Auffassung des Staatsanwalts nicht beitreten kann, sondern in dem Verhalten des Herrn v. Mantuffel eine große Menge Inkorrektheiten erblicke. — Ueber die Frage, ob der Zeuge v. Mantuffel nicht in einzelnen Punkten seine subjektive Auffassung mit den Aussagen des Zeugen v. Gersdorff verglichen hat, kommt es zu längeren, sehr lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Schachtel und Herrn v. Mantuffel. — Der Zeuge Landgerichtsrat Herr verweist sich fälschlich nachdrücklich gegen die in einzelnen Zeugnissen behandelte Ansicht, daß er die Untersuchung in einseitiger Strenge gegen die Angeklagten geführt habe und giebt zu, daß er den Kommissar v. Mantuffel ermahnt habe, dafür zu sorgen, daß solche Freizeitschriften, wie sie im „Aelchen Journal“ gegen Dr. Kornblum begonnen wurde, im Interesse der Untersuchung möglichst unterbleibe.

(Wittagspause.)

Abermals Offiziere als Zeugen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden einige Zeugen benannt, die gelegentlich einmal mit den Angeklagten gespielt haben, ohne dauernd dem Spielkreise anzugehören: junge Offiziere, die im ganzen nichts Verdächtiges gegen die Angeklagten vorzubringen wissen. Es kommt dabei durch Verlesung von Briefen recht deutlich zur Anschauung, in welche Verlegenheit die jungen Herren häufig durch ihre Spielverluste, die sie oft auf mehrere tausend Mark in einer Nacht belaufen, geraten sind. Sie sind von Pontins zu Platons gelaufen und haben oft die größten Anstrengungen machen müssen, um das Geld zur Begleichung ihrer Spielschulden aufzutreiben. Wiederholt haben sie auch die Rücksicht ihrer Spielgläubiger in Anspruch nehmen müssen. — Da im Laufe der Verhandlung zur Sprache gebracht worden ist, daß ein gedrucktes Exemplar der vom Rechtsanwalt Schachtel verfaßten Verteidigungsschrift im Zeigenzimmer gelegen habe, werden die Zeugen wiederholt danach befragt, ob sie etwa auch die Verteidigungsschrift gelesen haben. Rechtsanwalt Dr. Schachtel betont nochmals, daß die Drucklegung der Verteidigungsschrift eine rein private Anordnung seiner Person sei. Er habe diese Verteidigungsschrift verschiedenen Personen zugänglich gemacht, die, wie der Stiefvater des Herrn v. Kayser, die Brüder desfelden u. a. ein besonderes Interesse an der Sache hatten. Es thue ihm leid, daß durch irgend welchen Zufall ein Exemplar in fremde Hände gekommen ist, doch könne man dem Angeklagten v. Kayser unmöglich daraus einen Vorwurf machen.

Kavaliere und Kellner.

Gastwirt Emil Krüger ist vom Jahre 1895 ab Oberkellner im Victoria-Hotel gewesen und von dem Herrn von Redlich engagiert worden, um die Herren, die dort regelmäßig zum Spiele sich zusammenfinden, zu bedienen. Er hat dafür ein monatliches Gehalt von 300 M. erhalten, aber noch etwa 100 bis 150 M. dadurch verdient, daß er hier und da Herren, denen das Geld ausgegangen war, mit Beträgen von 100—1000 M. ausstahl. Er hatte zu diesem Zweck immer 600—1000 M. bei sich. Der Gesellschaft mochten etwa 100 Herren der vornehmen Gesellschaft angehören, die natürlich nicht allezeit auf einmal an den Abenden teilnahmen, sondern abwechselnd erschienen. Die Herren zahlten 30 M. Miete und machten eine Zeche am Selt und guten Wein im Betrage von 200 bis 250 M. — Justizrat Dr. Sello: Hat einer der Angeklagten unter diesen 100 Herren eine besondere hervorzuheben Rolle gespielt? — Zeuge: Ja. — Dr. Sello: Wer denn? — Zeuge: Herr v. Redlich (Heiterkeit). — Justizrat Dr. Sello: Warum spielte denn der Herr v. Redlich, der ja nicht zu den Angeklagten gehört, eine besondere Rolle? — Zeuge: Wenn er gewonnen hatte, ging er fort, das thäten die anderen Herren nicht, die anderen blieben so lange, bis sie alles wieder verloren hatten. (Heiterkeit.) Zeuge Restaurateur Hecht hat im Herbst 1897 ein Restaurationslokal in der Jägerstraße gehabt. In einem Zimmer fanden sich unregelmäßig eine Anzahl Kavaliere zusammen. Der Vorsitzende meint, daß in dem Lokale so oft gespielt wurde, daß das Lokal den Belanmen „Kapsentisch“ erhalten habe. Der Zeuge belundet, daß die Herren niemals die Karten mitgebracht haben, die letzteren viel-



mehr vom Oberkellner Feis besorgt worden sein. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt hatte der Zeuge vielheit den Eindruck, als ob Dr. Kornblum die Rolle des Arrangeurs spielte? — Zeuge bestätigt dies.

Zeuge Restaurant Otto Roy ist im Jahre 1907/08 bei Hecht Oberkellner gewesen. Er erzählt viel von den Herren Kavaliern, die bei Hecht spielten und wie sie spielten. Sie hätten nicht gar so viel verzehrt, wenigstens sei sein Chef in diesem Punkte nicht sehr zufrieden gewesen. Die Karten hätten die Herren niemals mitgebracht, die habe vielmehr Feis besorgt. — Präsi.: Haben Sie den Herren auch manchmal Geld geliehen? — Zeuge: Das kam vor. — Präsi.: Auch Herrn v. Kähler? — Zeuge: Herr Präsident,

es giebt in ganz Berlin keinen Kavaliere, der einen Kellner nicht mal anpumpt.

Warum sollte Herr v. Kähler eine Ausnahme machen? (Große Heiterkeit). — Präsi.: Haben Sie Ihr Geld wieder bekommen oder hat er es damit? — Zeuge: Ich habe nur ein einziges Mal Herrn v. Kähler schriftlich um Zurückgabe des Geldes bitten müssen, weil ich notwendig auf eine Erholungsreise gehen mußte. — Präsi.: Haben Sie auch anderen Herren Geld geliehen und Umstände damit gehabt? — Zeuge: Ja wohl, Herrn v. Prillwitz, gegen den ich erst die Hilfe des Gerichtsvollziehers in Anspruch nehmen mußte. — Der Zeuge erklärt weiter auf Verlangen, daß nach seiner Meinung nicht nur die Angestellten, sondern alle Herren abwechselnd die Bank gehalten haben; daß bei Hecht gespielt wurde, sei ein öffentliches Geheimnis gewesen. Herr Wolff hat Zeuge nicht näher gelannt, er erklärt auch, daß er keine nähere Kenntnis darüber geben könne, wie hoch gespielt wurde. Da der Vorsitzende sich hierüber wundert, erklärt der Zeuge unter großer Heiterkeit der Zuhörer: er sei nur im Zimmer erschienen, wenn er durch einen Glöckerton gerufen worden. Wenn er sonst noch hineinging, habe v. Kähler immer gerufen: „Naus, raus! Wenn Sie kommen, habe ich immer Pech!“

Die Angestellten bekunden ihre Zustimmung zu dieser Aussage.

### Polizeiliche Vaccarat-Studien.

Der Zeuge bekundet wiederholt den dringenden Wunsch, in Sachen des Dr. Kornblum vernommen zu werden. (Heiterkeit.) Als ihm das Wort hierzu verriethet wird, erklärt Zeuge: Er habe jetzt selbst ein Restaurant. In dieses sei eines Tages Dr. Kornblum gekommen und habe ihm erzählt, er habe jetzt die größten Beziehungen zu v. Mantuffel, er müsse mit diesem jetzt in Moabit immer Vaccarat spielen, um ihm die Sache beizubringen. Er habe darauf dem Dr. Kornblum bedeutet, daß er sein Lokal nicht mehr besuchen solle. (Heiterkeit.)

Restaurant Albrecht, bei dem die Kavaliere spielten, die gewöhnlich per Telefon anfragten, ob ein Zimmer frei sei, weiß nicht, was die Herren dort trieben. Sie seien auch nur etwa sechs Mal bei ihm gewesen. Das erste Mal habe Herr v. Kähler das Zimmer bestellt, später sei es öfter für die Gesellschaft des Herrn v. Kähler bestellt worden, doch weiß Zeuge nicht, ob auch wirklich Herr v. Kähler als Besucher am Telefon war. Einmal hat Herr v. Kähler die Karten mitgebracht, weil im Lokal sonst Karten nicht geführt wurden. Wer sonst die Karten geliefert, weiß Zeuge nicht.

Generaldirektor Otto vom Centralhotel hat seiner Zeit den Vertrag wegen Benutzung der bestimmten Räume im Centralhotel zu Klubzwecken abgeschlossen, der Oberkellner Sumner hat die Herren bedient. Er und der Oberkellner Montaldi haben täglich je 20 M. erhalten, v. Kähler sei nur wenige Male dort gewesen und bald auf Reisen gegangen. Den Namen Klub der Harmlosen habe er während des Aufenthalts der Herren im Centralhotel nie gehört, er kannte nur den Namen Sportklub. Er weiß auch nicht davon, daß an den Klubabenden sehr viel Sekt getrunken worden sei; die Herren hätten zumeist Rotwein mit Wasser getrunken. Wieviel von den Einzelnen gewonnen oder verloren wurde, weiß er nicht. Das Spielen begann nachts um 12 oder 1 Uhr und dauerte etwa bis 5 Uhr, manchmal aber auch bis zum Mittag des nächsten Tages. Die Rechnung über das, was die Herren verzehrt hatten, sei jedesmal pro Tag von einem Mitgliede des Vorstandes beglichen worden.

### Oberkellner Montaldi

bestätigt diese Aussage seines ehemaligen Kollegen, mit dem er abwechselnd den Dienst bei dem „Sportklub“ hatte. Er bekam 20 M. für den Abend, wenn gespielt wurde, und 10 M. für Abende, an denen nicht gespielt wurde. Es sei durchaus unrichtig, wie behauptet wurde, man habe ihn so schnell wie möglich über die Grenze gebracht und dazu besonders mit Geld ausgestattet. Er habe schon am 15. Oktober festes Engagement nach Monte Carlo angenommen gehabt, die Sache habe sich aber schließlich zerfallen. Am 23. Dezember sei er nach Italien gegangen, um in Genoa eine Stelle anzunehmen. Er habe von den Herren nur das Geld bekommen, was er regelrecht zu fordern hatte und was sich aus seinen baren Auslagen und aus seinen auf seiner vierzehntägigen Abwesenheit beruhenden Ansprüchen zusammensetzte. Nachdem der Artikel im „Berliner Tageblatt“ erschienen war, habe er Herrn v. Kähler und v. Schachmayer gesagt, daß er am liebsten weggehen möchte, denn er habe noch niemals etwas mit der Polizei zu thun gehabt und habe die Nase von Berlin voll. Er entsinne sich, daß die drei Angestellten ihm geraten hätten, doch nicht abzureisen, sondern noch in Berlin zu bleiben, damit es nicht so aussehe, als ob man ihn abgehoben habe. v. Kähler habe ihm sogar gesagt, er würde ihm in Berlin eine andere Stelle verschaffen. Der Zeuge hat dann aber doch aus eigenem Antriebe Berlin den Rücken gekehrt. Herrn Wolff hat der Zeuge ebenso wie sein Kollege Sumner für einen „regelrechten Gentleman“ gehalten.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt rechnet ziffermäßig vor, daß Montaldi bei seinem Abgange eigentlich noch mehr zu fordern gehabt habe, als er geltend machte.

Oberkellner Trillhose vom Monopol-Hotel wird darüber vernommen, ob v. Kähler im Monopol-Hotel große Ausgaben gemacht und viel verzehrt hat. Er kann von besonderen Extravaganzen weder bezüglich des Angekl. v. Kähler noch bezüglich des Angekl. v. Kähler etwas bekunden.

Die Sitzung wird hierauf auf Dienstag, 9 Uhr vertagt. Wie sich aus einer Bemerkung des Vorsitzenden ergibt, dürfte sich die Verhandlung noch bis in die nächste Woche hinein ausdehnen.

## Tokales.

Die Steuerdeputation hat in ihrer Sitzung vom Montag einstimmig beschlossen, an die städtischen Behörden das Ersuchen zu richten, den Gemeinde-Einkommensteuerertrag von 4 M., der bei einem Einkommen von 660—900 M. erhoben wird, vom nächsten Jahre ab nicht mehr einzuziehen, jedoch mit der Maßgabe, daß dadurch den Gensiten weder das direkte noch das indirekte Wahlrecht entzogen wird.

### Die „fliegenden“ Klassen an den Gemeindeschulen

sind in dem eben abgelaufenen Sommersemester — darauf hatten wir erst kürzlich hinweisen müssen — so zahlreich geworden, wie nie zuvor in den nun 25 Jahren, seit diese vortreffliche Einrichtung in unserer Hauptstadt Berlin besteht. Im Wintersemester wird ihre Zahl aller Wahrscheinlichkeit nach noch bedeutend größer werden. In welchen Zuständen aber eine weitere Vermehrung der „fliegenden“ Klassen führen muß, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man einmal prüft, wie sich eigentlich die 128 „fliegenden“, die im Sommersemester vorhanden waren, auf die einzelnen Schulen verteilten. 128 „fliegende“ Klassen auf 229 Schulen mit im ganzen 4038 Klassen, das ist — so wird vielleicht mancher meinen — am Ende gar nicht mal viel. Da ist ja erst jede 31.—32. Klasse eine „fliegende“, und es kommt im Durchschnitt eine „fliegende“ Klasse erst auf jede zweite Schule.

Genau, das stimmt! Im einzelnen sieht aber die Sache natürlich ganz anders aus. „fliegende“ Klassen fanden sich an 82 unter 229 Schulen. Viele davon haben nur 1 „fliegende“ Klasse, verschiedene jedoch haben 2 oder mehr. Das ärgste fand sich in der 115. Schule in der Stallgerstraße, wo unter 24 Klassen mit 1244 Kindern 6 „fliegende“ mit 373 Kindern waren. 25 Proz. aller Klassen mit 30 Proz. aller Kinder mußten sich hier ohne eigenes Klassenzimmer behelfen! Auch die auf demselben Doppelschul-Grundstück gelegene 170. Schule hat unter 21 Klassen mit 1140 Kindern 3 „fliegende“ mit 178 Kindern, so daß an einer einzigen Stelle nicht weniger als 9 „fliegende“ Klassen mit 551 Kindern vorhanden waren! Das sind doch herrliche Zustände, nicht wahr? Da muß man in der That denen Recht geben, die der freisinnigen Stadtverwaltung vorwarfen, daß es in der Reichshauptstadt mit der Schulnot im Grunde genommen ebenso schlimm steht, wie in Ostbrien. Nein, der Berliner Freisinn hat wirklich keinen Anlaß, über ostbriensche Schulzustände zu jammern, er treibt's kaum anders als mancher Junker. 9 „fliegende“ Klassen mit 551 Kindern, das ist ja mehr als die Hälfte einer Durchschnitts-Gemeindeschule! Nun fehlt bloß noch, daß die Einrichtung der „fliegenden“ Klassen durch den Einfall, ganze Schulen „fliegen“ zu lassen, übertrumpft wird. Vielleicht kommt es auch dazu noch.

Einzelne Stadtteile haben ganz besonders unter diesem Uebel der „fliegenden“ Klassen zu leiden. Früher war es Moabit, das sich der meisten „fliegenden“ rühmen konnte, dann war es die Rosenthaler Vorstadt, jetzt aber steht die Tempelhofer Vorstadt mit den anstehenden Teilen der Luisenstadt an der Spitze. Da giebt es 1 „fliegende“ Klasse am Tempelhofer Ufer, 1 in der Barutherstraße, 1 in der Färberstraße, 4 in der Gneisenaustraße, 4 in der Vergamunstraße, 2 in der Diesendachstraße, 2 in der Grafstraße, 1 in der Bräunerstraße, 1 in der Wolfenbüttelstraße, 1 in der Reichensbergerstraße, 1 in der Stallgerstraße, 1 am Kaufverlag, 1 in der Wrangelstraße, 2 in der Görligerstraße, 3 in der Köpckestraße, und so geht das weiter. Der Süden und Südosten der Stadt ist markiert gegenwärtig, wie gesagt, an der Spitze. Aber auch die meisten übrigen Stadtteile sind überreich mit „fliegenden“ Klassen besetzt. Von der Tempelhofer Vorstadt anfangend zieht sich über den Süden, Osten und Norden der Stadt bis hin nach Moabit ein weiter Kranz von Schulen mit „fliegenden“ Klassen. Moabit hat z. B. 7 „fliegende“ in der Stephanstraße (an 4 Schulen), 6 in der Siemensstraße, 8 in der Bremerstraße, 4 in der Rosenthaler Vorstadt hat 8 in der Ruppinerstraße, 4 in der Demminerstraße, 4 in der Kautzstraße, 4 in der Graunstraße, und ähnlich sieht es auch im Norden und im Osten aus.

Wird das nicht endlich einmal anders werden? Wird die Stadt Berlin nicht endlich würdigere und gedeihlichere Zustände in ihrem Gemeindeschulwesen schaffen?

Anders wird es nicht eher werden, als bis diejenigen Bevölkerungsteile Berlins, denen für ihre Kinder nur die Gemeindeschule offen steht, sich aufraffen und die Feinde des arbeitenden Volkes aus der Stadtverordneten-Versammlung hinausjagen!

Die „Neue freie Volksbühne“ beginnt ihre diesjährige Saison am Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater, Drobenerstraße 72. Zur Aufführung gelangt: „Stella“, Trauerspiel in 5 Akten von Goethe. Die Regie liegt in Händen des Herrn Friedr. Koch. Mitglieder werden außer in den bekannten Bahnhöfen auch beim Kaiserhof 6. Rest, Georgenkirchstr. 24a, II. Seitenfl. I. aufgenommen.

## Versammlungen.

Zur Lohnbewegung der Töpfer. In der außerordentlich stark besuchten Versammlung, die gestern in den Andreas-Jalen tagte, wurde berichtet, daß bisher 340 Töpfer von 37 Bauen in den Ausstand getreten sind. Es wird erwartet, daß noch im Laufe des Tages auf einer Anzahl weiterer Bauen die Arbeit eingestellt wird, sowie daß die Beteiligung an dem beschlossenen Generalstreik eine allgemeine und daß sich dieselbe auch auf alle Vororte ausdehnen wird. Verschiedene Unternehmer haben sich schon jetzt bereit erklärt, den aufgestellten Tarif unter schriftlich zu bewilligen. Andere Unternehmer haben die Bewilligung in Aussicht gestellt. Die Innung und die Feil. Vereinigung haben zum Montag (gestern) ebenfalls eine Versammlung einberufen, um zu den Forderungen der Töpfer Stellung zu nehmen. Während ein beträchtliches Teil von den Mitgliedern der Unternehmerorganisation Verhandlungen mit den Arbeitern wünscht, wird von anderen eine Generalausperrung der Töpfer Berlins und Umgegend befürwortet. Die Situation ist für die Ausständigen eine sehr günstige, die geforderte Lohnaufbesserung eine sehr minimale und auch der Geld unter den Töpfern für die Lohnbewegung ist ein guter, so daß die Unternehmer zur Anerkennung der aufgestellten Forderungen gezwungen werden können, wenn sie eine Verständigung wie bisher ablehnen.

Mehrere Redner traten dafür ein, daß eventuell durch das Einigungsamt der Tarif festgelegt wird, um für die Dauer stabilere Verhältnisse zu schaffen. Nach den gemachten Ausführungen soll aber erst eine abwartende Stellung eingenommen werden, bis seitens der Unternehmer eine Erklärung vorliegt. Einstimmig wurde sodann beschlossen, so lange an dem Generalstreik festzuhalten, bis eine maßgebende Erklärung seitens der Meister eingegangen ist, die eine gewisse Garantie bietet, daß geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, oder der Tarif durch einen Schiedsspruch des Gewerksgerichts festgelegt ist. Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem während des Generalstreiks auch keine Privatarbeit ausgeführt werden soll und daß diejenigen, die diese Arbeit nicht ruhen lassen, als Streikbrecher betrachtet werden. Die Abrechnung des Streikfonds wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassierer auf deren Antrag die Entlastung erteilt. Die Streiklisten werden herausgegeben mit den Anfangsbuchstaben von A bis R vormittags von 9 bis 12, von O bis P von 3 Uhr nachmittags an. Das Bureau der Lohnkommission befindet sich bei Kreuz. Neue Friedrichstr. 20. Die nächste Versammlung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr bei Fey, Brunnentstraße, statt.

Ueber den Stand der Lohnbewegung der Klempner berichtete O. Röcher in einer Versammlung, die am Sonntag bei Cohn, Dentschstr., tagte. Von den beteiligten Betrieben sind in 68 für etwa 750 Klempner Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt worden. In 10 zumeist kleinen Betrieben, in welchen je ein oder zwei Klempner beschäftigt sind, ist die Bewegung resultatlos verlaufen. In einer Anzahl von Betrieben hat mit den Unternehmern eine Verständigung stattgefunden und ist ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. Bei einigen Firmen haben sich für die Ausständigen leider fast genügend „Arbeitswillige“ gefunden, so daß ein weiterer Kampf für die Arbeiter ziemlich aussichtslos ist. Unverändert günstig ist der Ausstand für die Arbeiter bei der Firma F. F. A. Schulze, Hehrbellmerstraße. Die Klempnerbewegung kann demnach bis auf die Firmen F. F. A. Schulze, Gerede, Wrinzenstraße und bis auf die Betriebe der Aktiengesellschaft Buske und Spin u. Sohn, wo die Klempner mit den übrigen Metallarbeitern jetzt erst in Ausstand getreten sind, als beendet betrachtet werden. Die Bewegung ist den Erwartungen entsprechend verlaufen und kann das Resultat im allgemeinen als ein günstiges bezeichnet werden. Leider sei aber die Thatsache zu verzeichnen, daß die Klempner in verschiedenen Fällen, wo ihnen die aufgestellten Forderungen, ohne daß sie in Ausstand treten mußten oder aber nur kurze Zeit die Arbeit eingestellt haben, sich nicht genügend an der finanziellen Unterstützung der Bewegung beteiligten. Die Hauptaufgabe der Klempner wird es nun sein, die erzielten Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten und durch festen Zusammenhalt in der Organisation sowie durch rege Beteiligung an der Bewegung überhaupt dafür zu sorgen, daß die Errungenschaften nicht wieder verloren gehen. In der Diskussion wurde von den Ausständigen darauf hingewiesen, daß auch der Stand des Streiks bei der Firma Gerede ein recht günstiger ist. Trotzdem sich für diesen Betrieb eine Anzahl „Arbeitswilliger“ gefunden haben, ist dem Unternehmer damit nicht viel gebietet, weil in diesem Betriebe besondere Spezialartikel und Bestellarbeit noch Zeichnung angefertigt werden, wozu eine längere Schulung notwendig ist. Es ist infolgedessen begründete Aussicht vorhanden, daß auch Herr Gerede die minimalen Forderungen der Ausständigen bewilligen wird, um seine eingearbeiteten Arbeitskräfte wieder zu bekommen. Einstimmig wurde schließlich beschlossen, die allgemeine Lohnbewegung aus zu beenden zu erklären, aber den Streik bei den Firmen F. F. A. Schulze und Gerede im vollen Umfang aufrecht zu erhalten. Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach jeder arbeitende Klempner verpflichtet ist, pro Woche 50 Pf. an den öffentlichen Fonds abzuführen.

Der Verein der Plätterinnen hielt am 8. Oktober seine regelmäßige Versammlung ab, in der Genosse Kofke einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Arbeitslohn und Unternehmergewinn“ referierte. Diskussion fand nicht statt. Der Vierteljahresbericht ergab einen Bestand zum 4. Quartal von 222,26 M. Unter Berücksichtigung wurden noch mehrere Vereinsangelegenheiten geregelt. Mit dem Hinweis für recht viel neue Mitglieder zu sorgen, und gut für das am 18. November der Welt stattfindende Herbstvergnügen Sorge zu tragen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin u. Braut **Martha Kunst** am 7. Oktober, morgens 6 Uhr, im Alter von 21 Jahren nach längerem Leiden durch den Tod von ihren Leiden erlöst wurde. Die tiefbetrübten Hinterbliebenen Adolf Kunst, Marie Kunst, geb. Ranth, Eltern, Gust. Dogener, Schwager, Elise Dogener, geb. Kunst, und Margarete Kunst, Schwestern, Emil Schotter, Bräutigam. NB. Die Beerdigung findet statt am Dienstag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen. (415)

**Danksagung.** Für die vielen Beweise der Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden, den Gesang am Grabe bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, 669 **Fritz Schützler.** Sagen wir allen Freunden u. Bekannten, besonders den werten Kollegen d. Firma R. Quersbach unseren innigsten Dank. Frau Anna Schützler nebst Töchtern und Schwägerinnen.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, der Maurer **Wilhelm Lutze**, im Krankenhaus nach einer schweren Operation am 7. d. M. verstorben ist. Beerdigung findet am Mittwoch um 5 Uhr von der Halle der Andreas-Gemeinde in Wilhelmshagen statt. Die trauernden Geschwister Lutze. **Danksagung.** Dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres Vaters und Bruders zurückgeführt, fühlten wir und durch die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie durch die reiche Kranzspende veranlaßt, allen Freunden und Bekannten, besonders dem Soc. Verein des 5. Berliner Reichstagswahlkreises, den Kollegen der Firma Brachtel und der Firma Prädiciel, ferner dem Gesangsverein „Olympia“ für den schönen Gesang am Grabe unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Die tieftrauernde Witwe Emma Berndt nebst Kind u. Verwandten. 665

**Achtung! Köllner Hof.** Besondere Umstände halber ist der **Toten-Donnerstag** frei und dieserhalb an einen großen Beisetzung abzugeben. **H. Gruppes Tanz-Institut.** **Annonsstr. 16** (früher Rindb.) **Sonntags-Kursus** per Monat 3 M., **Dienstagabend-Kursus** p. Monat 4 M., **Säle** und **Bereitschaft** für **Ballveranstaltungen u. Gesellschaften.** (28043)

**Kranzbinderei u. Blumenhandlung** von (24740) **Robert Meyer,** No. 2. Mariannenstr. No. 2. **Blumengestaltung, Gekränzte, Gekränzte, Gekränzte, Bouquets** etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert. **Blumenhandlung** und **Kranzbinderei** von (23319) **Otto Knabe** 10a Admiral-Strasse 10a empfiehlt **Blumengestaltung, Strauß, Kränze, Topfgewächse** aller Art. **Fritz Schmidt,** **Kottbuserdamm 32.** empfiehlt sein **Restaurant u. Vereinszimmer,** Zahlreiche des Verbandes aller im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins u. Umgegend sowie der **Kranz- u. Begräbnisfälle** der im Berliner Gürtler u. Bronzearbeitervereine beschäftigten Personen. 27111

14 Tage auf Probe versende ich liberal hin (26069) **H. Garzer Kanarienvögel.** Bitte verlangen Sie Preisliste frei hin von **L. G. Müller, Vogelzüchterei, Nordhausen a. S.**

**Buchhandlung Vorwärts,** Berlin SW. 19. **Sorben ist erschienen:** **Eine Junker-Revolute.** Drei Wochen preussischer Politik. Von Kurt Eisner. Porto 5 Pf. Preis 50 Pf. Agitations-Ausgabe für die Parteigenossen 20 Pf. Die Tragikomödie der Junker-Revolute anlässlich des Kanalarbends und das daraus sich entwickelnde politische Intrigenpiel bietet für uns Socialdemokraten (sowie für Interessenten und auch für die Zukunft Verleserinnen), das eine eingehendere Darstellung in Profanform sehr wohl angebracht erscheint. Der Verfasser schildert die aus den wirtschaftlichen Interessengegenständen resultierende Herrschaft der preussischen Verhältnisse, die Dummheit und Unklarheit der Regierung, die Kurzsichtigkeit und Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien, den übermächtigen Absolutismus des Junkertums — eine politische Vermittlung und Vermählung, an der die parlamentarische ausgeglichene Socialdemokratie zwar keinen Anteil hat, deren Überwindung aber ihre historische Aufgabe ist. Die Brochüre gliedert sich in 6 Kapitel: 1. Die Politik der Junker. 2. Kulturinteresse und Interessententum. 3. Der persönliche Wille. 4. Wille aus der verletzten Welt. 5. Die Komödie der Drogen. 6. Ohne Socialdemokratie. Wir empfehlen diese kritische Agitationschrift best.

**B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: **Vorträge** socialistischer Führer, **Vollst., Kurz- u. in Uebersetzungen, Vorträge, Reden, Broschüren, Bücher, Bildern u. dgl., sowie jede Druckschrift u. Repar. (Plan verf. Vordruckant.**

**Hirtes Festfale.** Empfehle den Vereinen meinen renovierten Saal und Rederäume für Sonnabend und Sonntag zu Festlichkeiten, auch sind Vereinszimmer sowie 2 Regalräume zu vergeben. 20810 **Elisabethkreutzstr. 14.** **Fritz Linke, Zimmerstr. 33.** **Zimmerstr. 33.** **Ed. Marquandstraße.** **Dr. Friedrichs, Wittgen u. Wendt.** **Französisches Billard.** **Jeden Dienstag: Frische Blut, Leder und Glycerin.** 25311 **5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.** **H. Albrecht's Bäckerei.** **Oranienstr. 9. Krausstr. 19.** **Goldenscheiderstr. 28. Sanktgerstr. 2.** **Stempel-Fabrik** von (24789) **Robert Hecht,** **Berlin S., Crantenstr. 142.** liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung. **Kaufkarten, Typen, Perfect-** zum Zusammenfügen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 10. Oktober. Opernhaus. Die Stimme von Bortol. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Geflüchtete. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Was ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Frau-Frau. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Nora. Anfang 8 Uhr. Neues. Collette. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Linda von Chamounir. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr. Weibens. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr. Luise. Rocky Carré. Anfang 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr. Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Stelle nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr. Metropol. Mund um Berlin. Im Reiche der Seceßion! Anfang 8 Uhr. Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Berliner Sänger. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr. Polizee. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte. Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: **Nora.** Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Grossstadtluft.** Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Grossstadtluft.**

### Central-Theater

Direktion: José Ferenczy. **Die Grisha** oder: Eine japanische Theatervorstellung. Operette in 3 Akten von Sidney Jones. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntagabend 8 Uhr zu halben Preisen: **Der Vogelhändler.** Von Carl Keller.

### Friedrich-Wilhelmst. Theater

Chausseestr. 25/26. Abends 8 Uhr: Zum 35. Male: **Die Reise nach der Teufelsinsel** Burleske Abenteuer-Gesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Akten von... Musik von Albert Richter. In Scene gesetzt vom Dir. Max Samst. 1. Bild: Auf zu Dreifuss. 2. Bild: Verbündete Mächte. 3. Bild: Attentat und Verrot. 4. Bild: Das belagerte Haus. 5. Bild: Die Gerichtsverhandlung. 6. Bild: Apotheose. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntagabend, den 14. Oktober, nachm. 4 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung. Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: „Volks-Vorstellung“.

### Metropol-Theater.

Behrenstr. 65/67. Direktion: Richard Schulz. Sensationeller Erfolg! Der Schlager der Saison! Täglich anderwärts! Jubeln! Rufen! Staunen! Um 9 Uhr: **Hund um Berlin.** Berliner Lokalrevue v. Julius Freund. Musik von Julius Gröndt. Mit sensationeller Ausstattung: Um 10 1/2 Uhr: **Im Reiche der Seceßion.** Ferner das brill. Oktober-Programm.

### Ostend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Gr. Erfolg. Novität. **Der Weltuntergang.** Größte Ausstattung mit Wirkung in 6 Akten (14 Bildern) vom Dir. Carl Weiß u. Jos. Hill. Musik von Dr. Hill. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Wedding-Park

Müller-Strasse 178. Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sanger.** Biegler, Wolf, Hohenberg etc. \* Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

## Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur“. Hörsaal. Herr Dr. Nass: „Die chemischen Urstoffe“ (Experimentalchemie I). Invalidenstr. 57/62: **Tägl. Sternwarte.** Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Theater.

Beginn des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. **Passage-Panoptikum** geöffnet von früh bis abends.

### CASTANS PANOPTICUM

165, Friedrichstrasse 165. **Neu! Die holländischen und tanzenden Neu! Derwische! aus Ober-Aegypten!** Ohm Krüger \* Dreyfus Mercier \* Zola.

### Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73. Zum 31. Male: **Der Platzmajor.** Thomas, Tielacher, Holmerding, Junkermann. Im 2. Akt: Gr. Witzst. \* Terzett. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Ganz Berlin spricht von dem großen Oktober-Programm. Ganz Berlin haucht über die trefflichen Meisterwerke am schaffenden Aufstred. **Vasilescu-Trio.** In dieser Vollendung noch nie dagewesen! Ganz Berlin lacht über Winkler und Fröbel in der unantastlichen Original-Ausstattungs-Gesellschaft. **Susanne im Bade.** Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Raffensinnig 1 Stunde vor Anfang. Billet-Vorverkauf vorm. 11-1 Uhr. Sonntagabend, den 14. Oktober: **Gesellschafts-Abend** Vorstellung u. Tanzkränzchen.

### Maehrs Theater

Oranienstr. 24. **Rosen aus dem Süden.** Ausstattungs-Burleske. Das groharige Oktober-Programm. Elsa Messer, Rosina \* Soubrette. Matr. Pauly, Contorionist. Matr. Dobbriek, Champion-Goldhandkämpfl. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenborg, Humorist. Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsbillets an Wochenenden gültig.

### Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr: **Frau Luna** mit dem sensationellen Luftballot: „Grigolatis“. Otto Reutter **The Barras** Chavita Yumala Tiero Blossoms Francis Gerard etc. etc. etc. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf Kgl. Hoftheater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

### Wedding-Park

Müller-Strasse 178. Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sanger.** Biegler, Wolf, Hohenberg etc. \* Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sanger.** Biegler, Wolf, Hohenberg etc. \* Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

### Arbeiter-Notizkalender

1900. Geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg. Aus dem Inhalt haben wir heraus: Das Pariser Gewerkschafts-Verzeichnis, die Reichstagswahlen von 1898 mit Angabe der in jedem Wahlkreis auf jede Partei abgegebenen Stimmen, unter Beifügung der sozialdemokratischen Stimmen und Prozentanteile von 1898, Portraits und Biographien der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den einzelnen Bundesstaaten. Adressen und Antiquarische der Gewerkschaften, der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Arbeitervereine, Gewerkschaften für Zeigarbeiter, Portoren, Einmal- und Ausgabekalender etc. Wie die früheren Jahrgänge dürfte auch der für 1900 seine Freunde befriedigen. Der Verlag vor indessen bereits, auch den diesjährigen Kalender zu einem praktischen Nachschlagebuch für Gewerkschaften zu gestalten. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Friedrichstr. 2.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabends **Hoffmanns Norddeutsche Sanger.** Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Borverkauf) 30 u. 60 Pf. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf. Donnerstag und Sonntag nach der Soliree: **Tanz-Kränzchen.**

### Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sanger** (Miesel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schröder). Zum Schluss: **Studes Pflingfahrt.** Ensemble von 12 St. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Tageskasse 11-1 Uhr.

### Ostbahn-Park

Hermann Imbs 71 Nibersdorfer Straße 71, am Kaiseriner Platz. **Konzert-Theater und Spezialitäten-Vorstellung** Nur erstklassige Nummern. Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 30 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrst. Nachm. 20 Pf. Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sanger.** Hermann Imbs, Direktor.

### Alcazar-Theater

Variété I. Ranges Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43. **Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten** Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntag 30 Pf. 2388 Pf. Die Direktion: Richard Winkler.

### Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernh. VII 1711. Dir. V. Hausenwein u. C. Emmerich. Anfang 1/8 Uhr. Zum 31. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: **Revolüt! Die weiße Henne. Revolüt! (La poule blanche).** Grandville in 3 Akten von Hennequin und Mars. Deutsch v. Polten-Balders. Musik v. B. Rogner. In Paris mit jenat. Erfolge über 500 mal gegeben. **Cirkus Busch.** Dienstag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **Wittensend. Olympia'sche Spiele** aus der römischen Kaiserzeit. „Unfere Marine.“ Größtes Ballet, getanzt von 120 Damen des Corps de Ballet. Sportakt: a) Polo zu Pferde. b) Williams-Stokes oder Nachmittags-Spielen. c) Duelle. d) Reiten. - 100 Markt Bräute. Die Wunderdrücken an Seelen und Seehunden des Kapit. Webb. Mit Darling und sämtliche Clowns. Morgen, Mittwoch: Große Vorstellung. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr: Die Seeligen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Mittwoch, den 11. Oktober, vorm. 10 Uhr, im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a:

### Versammlung sämtlicher ausländiger Metallarbeiter.

Tagesordnung: Der gegenwärtige Stand unserer Bewegung.

### Mittwoch, 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher u. verw. Gewerbe.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Körner über: Die gegenwärtigen Streiks und Lohnbewegungen in der Metallindustrie. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvorstehers.

### Mittwoch, 11. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokale d. Hrn. Zimmermann, Badstr. 58: Versammlung sämtlicher Arbeiter der Firma Borzig.

Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Firma Borzig. Referent: Carl Maschisch. Wir erwarten, daß angeichts der wichtigen Tagesordnung jeder Kollege in der Versammlung erscheint. 114/14 Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Am Sonntag, den 15. Oktober 1898, in Louis Kellers Festsaal, Kopenstraße Nr. 29: **3. Stiftungs-Fest** bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert** Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz. Anfang 4 Uhr. Von 6 Uhr an TANZ.

Billiche Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren. Emil Günther, Uhrmacher, 16, Kopenstraße 16. 27/334. Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk. Leipzigerstr. 130, im Hause des Hofphotogr. Scharwächter. Zahntechnik, jetzt Zahntechnik 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. (b) Grobes Vager. Welegens. **Möbel und Polsterwaren.** Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt. Reichenbergerstr. 5. Nach Teilzahlung! **W. Noacks Theater,** Brunnstraße 16. Täglich: **Die schöne Ungarin.** Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Keller und Mannhardt. Musik von Steffen. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**Berlins Billigste Quelle** aller Arten **Musik-Instrumente** Piccolos Konzert-Flöten Clarinetten Trommeln Pauken Becken Glockenspiele Xylophons Zieh-Harmonikas Mund-Harmonikas. Allerbeste Qualitäten. Ich verweise zu meinen regulären Export-Händler-Preisen, dies der Grund, daß selbe **Verblüffend!** Fabrik-Haus L. Löwenthal 80. Reichenbergerstr. No. 121. Keine Filialen. Elektr. Bahn bis zum Hause. 15 Pf. Fahrgeld-Bergütung. Time is money. **Möbel** auf Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97. parterre, Eingang vom Platz. \*

**Fertige Kleider** zu sehr billigen Preisen. **Neuheiten** für Herbst und Winter. **Blusenkleid** mit eleganter Seiden-Bosse 15 Mk., 18 Mk. **Strassonkleid** in neuen Winterstoffen 25 Mk., 30 Mk. **Promenadenkleid** in eleganter Ausführung, 36 Mk., 42 Mk. **Jackenkleid**, sehr beliebte Façon in Cheviot u. Winter-Koden, 20 Mk., 25 Mk. **Jackenkleid** in Cheviot covert-cost und Tuch 30 Mk., 36 Mk. **Wollene Blusenhemden, Matinées und Morgen-Röcke,** 2 Mk., 3 Mk., 4 Mk., 5 Mk. **Costüm-Röcke** in den neuesten Façons. Schwarz u. farb., auf Futter 6 Mk., 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk., auf Seiden-Velour-Moiré 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk. **Winter-Jacketts** in allen neuen Façons und Farben 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk. **Plüsch-Jacketts,** glatt und gefüt. 30 Mk., 40 Mk., 50 Mk. **Plüsch-Capes,** glatt und gefüt. 30 Mk., 36 Mk. bis 50 Mk. **Capes und Kragen** in Rimmer u. Watstoff 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk. **Regenmäntel** in neuesten Façons 20 Mk., 25 Mk. **Golf-Capes** in neuem, glatten und schönst. kariert. Velour-Stoff 9 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 18 Mk. **Sielmann & Rosenberg** Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

**Sopha stoffe** auch **Reffe** in Rips, Damast, Crêpe, Phantase, Gobelins und Plüsch spottbillig! (2420) **Proben franco!** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., **Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Fahrräder** Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl. ohne Dreierlösung zu den coulant. Zahl-Bedingungen. Katalog gratis. **Adomeit & Landau** Lothringerstr. 48 I. Dielt am Rosenthaler Thor. **Zür 30 Mk.** lefere elegante Anzüge und Paletots nach Maß, höchste Ausführung, tadelloser Sitz garantiert. **J. Weyer, Rosenthalerstr. 67.** Fernspr. Amt III. 3524.

**Selten günstiger Gardinenkauf** bei **Bruno Güther** aus Plauen in Sachsen. Gegründet 1899. Hoflieferant 25629. St. H. Herzog von Sachsen-Altenburg. **80 Grüner Weg 80** parterre Eing. v. Flur. (Kein Laden) **Engl. Tüll-Gardinen** von den billigsten bis zu den elegantesten. Neueste Gewebe und Muster in Tüll, Tüllschachtel, Mull mit Tüll und Mull-Gardinen (auch Reste). Proben nach ausserhalb kosten frei.

**Creditgewährung** bis 5000 Mark an ehrenhafte, solide Geschäftleute und Beamte, foudantst. **Hamburg-Berliner Creditverein.** Repräsentation: Berlin, **Brandenburgerstr. 24 I.** 115/17\*

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**

**Emil Lefèvre, Cranicherstr. 158.**



**Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Habels Brauerei - Ausschank“, Bergmannstraße 5-7: **General-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Kassiers. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Vorstandswahl. 4. Berichterstattung über die Einteilung der Bezirke. 5. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. 238/18  
Diejenigen Mitglieder, welche ihre Beiträge bisher bei Jubel, Lindenstraße 106, bezahlt haben, werden ersucht, dieselben von jetzt ab bei Sab, Markgrafstraße 102, zu entrichten.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Mittwoch, d. 11. Oktober er., abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein oberem Saal, Alte Jakobstr. 75: **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vorstand- und Kassenbericht über das III. Quartal 1899. 2. Vortrag des Herrn Dr. Jabel über: „Kommunal-Socialismus“. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. 240/19  
Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen. Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Victoria-Garten“ (Anhalter Kranz), Bad-Strasse Nr. 12: **Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Jahn über „Parteibildungen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 248/4  
Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

NB. Die Mitglieder resp. Bezirksführer werden ersucht, die event. noch vorhandenen Bilets von der Sternwarte bis Freitag, den 13. Oktober, mit ihren Abteilungsleitern abzurechnen, da in der nächsten Generalversammlung abgerechnet wird.

**Achtung, Moabit.**

Am Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Wives, Stromstraße 28: **Holzarbeiter-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Stasche. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse. 122/16  
Zu dieser Versammlung sind ganz besonders die Werkstätten von Schulenburg, Kuhnert & Kühne, Georg Kuhnert, Deutsche Fussboden-Fabrik, Kampfmeyer & Martens eingeladen. In allen genannten Werkstätten sind nicht bloß die Tischler, sondern auch alle Maschinenarbeiter eingeladen. Der Einberufer.

**Achtung! Stodarbeiter. Achtung!**

Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Alexanderstraße Nr. 27c: **General-Versammlung der Mitglieder des Stod- und Schirmarbeiter-Bandes.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. 179/8  
Kein Mitglied des Verbandes darf in dieser Versammlung fehlen. Der Vorstand.

**Central-Verband der Töpfer (Filiale Berlin).**

Mittwochabend 5 Uhr: **Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung des Kassiers vom 2. und 3. Quartal. 2. Unsere Lohnbewegung. 195/18  
Der Vorstand.

**Schnegelsbergs Festsäle (Inh. Herr Schindler)**

Sasendelbe 21. - Jahnstraße 8. **Sonnabend, den 14. Oktober er.: Gr. Stiftungs-Fest**

**Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend**

unter Mitwirkung des Gesangs-„Sängerkreis“ der Musikinstrumenten-Arbeiter und der Hülfschule „Franklin-Hinching“. **Komische Vorträge.** Anfang des Konzerts 8 Uhr. Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Herrn 50 Pf. Damen 25 Pf. inkl. Tanz. Bilets sind zu haben im Arbeitsnadelwerk Rannysstr. 78 bei Grundmann und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern. 142/18  
Um zahlreiches Besuch ersucht. Der Vorstand.

**Am Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Granmann, Rannysstraße 27: Delegierten-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Streikfonds. 2. Bericht der einzelnen Delegierten aus den Bezirken. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Versammlung nicht am 16. stattfindet, sondern am Montag, den 23. Oktober.

**Unterrichten Sie sich!**

über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erschöpfende Auskunft darüber giebt die Broschüre: **Die Rechte und Pflichten des Mieters** von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 23 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski, Leipziger-Neudruckstraße 11.

**Arbeiter-Berufskleidung**

für jedes Gewerke passend. Größtes Lager. Beste Qualitäten. **Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!** jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt **F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.**

**Achtung!**

Wegen schlechter Räumung eines großen Vorrats an erhaltener stoffer colorierter Herren-Hüte verkaufe ich das Stück zu 60 und 75 Pf. Der Verkauf findet nur vom Montag bis Freitag statt. **Holzmarktstr. 38, parterre rechts.**

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Dräger in Koch-Viehersfelde. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

**Berliner Genossenschafts-Bäckerei**

(G. G. m. b. H.)  
Telephon Amt III. No. 2931. Schutz-Markte. Telephon Amt III. No. 2931.

Neue Hofstr. 18. Plan-Ufer 16. Reinickendorferstr. 65.

In folgenden Geschäften ist unser Brot täglich frisch zu haben:

- Norden.**  
Antonstr. 34, Waschowitz.  
Auguststr. 79, Berger.  
Karlstr. 40, Klein.  
Karlstr. 46, Griesentrog.  
Karlstr. 79, Freiberger.  
Karlstr. 123, Weber.  
Karlstr. 129, Tabbert.  
Brunnenstr. 61, Olier.  
Brannenstr. 85, Pichte.  
Bismarckstr. 6, Zienigle.  
Bismarckstr. 19, Scherf.  
Bismarckstr. 9, Kroll.  
Bismarckstr. 5, Drecher.  
Bismarckstr. 14, Benzel.  
Bismarckstr. 13, Merkel.  
Chorinerstr. 26, Solowjow.  
Chorinerstr. 6, Degeu.  
Chorinerstr. 104, Pawlowski.  
Lichtenbergstr. 4, Blauenberg.  
Dandstr. 2a, Köpfe.  
Grunstr. 29, Vutter.  
Grunstr. 2, Puhl.  
Grunstr. 82, Ritus.  
Grunstr. 148, Lehmann.  
Grunstr. 157, Walborn.  
Grunstr. 31, Scholz.  
Hochmeisterstr. 31, Dähne.  
Hochstr. 60, Dähne.  
Invalidentstr. 7, Trapp.  
Invalidentstr. 11, Frisch.  
Jahanderstr. 18, Hille.  
Jahanderstr. 20, Becker.  
Kahlestr. 47, Kölling.  
Karlstr. 10, Maut.  
Karlstr. 28, Kollschowitz.  
Karlstr. 111, Käter.  
Karlstr. 223a, Eichberg.  
Karlstr. 16, Peters.  
Karlstr. 7a, Kranz.  
Karlstr. 163a, Krüger.  
Karlstr. 23, Viebold.  
Karlstr. 24, Pech.  
Karlstr. 13a, Schelling.  
Karlstr. 14, Klose.  
Oberbergerstr. 44, Kaiser.  
Oranienburgerstr. 86, Hoffmann.  
Pappel-Allee 22, Malach.  
Pappel-Allee 42, Kresner.  
Pappel-Allee 42, Verhild.  
Pappel-Allee 22, Müller.  
Pappel-Allee 4, Hofe.  
Pappel-Allee 23, Jende.  
Reinickendorferstr. 40a, Freier.  
Reinickendorferstr. 40, Stark.  
Reinickendorferstr. 23b, Rumm.  
Reinickendorferstr. 42, Thermann.  
Reinickendorferstr. 46, Veblich.  
Reinickendorferstr. 88, Stahn.  
Reinickendorferstr. 16, Lehmann.  
Reinickendorferstr. 33, Dierke.  
Reinickendorferstr. 16, Bruch.  
Reinickendorferstr. 68, Blauf.  
Reinickendorferstr. 40, Matthes.  
Reinickendorferstr. 64, Neumann.  
Reinickendorferstr. 32, Gannede.  
Reinickendorferstr. 23, Krüger.  
Reinickendorferstr. 6, Bath.  
Reinickendorferstr. 17, Magdanz.  
Reinickendorferstr. 27, Helot.  
Reinickendorferstr. 37, Lamm.  
Reinickendorferstr. 29, Serfort.  
Reinickendorferstr. 6, Berger.  
Reinickendorferstr. 1, Konsumverein Nord.  
Reinickendorferstr. 2, Löwe.  
Reinickendorferstr. 13, Gländer.  
Reinickendorferstr. 26, Wiegand.  
Reinickendorferstr. 33, Wellborn.  
Reinickendorferstr. 14, Stelzenberg.  
Reinickendorferstr. 37, Anort.  
Reinickendorferstr. 14, Löwe.
- Gesundbrunnen.**  
Bismarckstr. 59, Kauski (liefern frei ins Haus).  
Bismarckstr. 88, Schulz.  
Bismarckstr. 21, Reck.  
Bismarckstr. 59, Klein.  
Bismarckstr. 63, Tich.
- Moabit.**  
Alexander-Allee 5, Lane.  
Beussstr. 29, Eichmann.  
Beussstr. 40, Pichte.  
Beussstr. 79, Kuhn.  
Bredowstr. 18, Kerfen.  
Bredowstr. 59, Hecker.  
Bredowstr. 23, Graf.  
Bredowstr. 28, Streifling.  
Havelbergerstr. 15, Albrecht.  
Havelbergerstr. 3, Schulz.  
Jahanderstr. 15, Schumann.  
Karlstr. 32, Parth.  
Karlstr. 8, Reul.  
Karlstr. 2, Tich.  
Karlstr. 130, Schulz.
- Köpenick.**  
Köpenickerstr. 3, Franke.  
Köpenickerstr. 5, Böhm.  
Köpenickerstr. 26, Schulz.  
Köpenickerstr. 46, Freider.  
Köpenickerstr. 48, Fürstberg.  
Köpenickerstr. 9, Sachse.  
Köpenickerstr. 2, Muchow.  
Köpenickerstr. 3, Windmüller.  
Köpenickerstr. 14, Neumann.  
Köpenickerstr. 48, Gemlich.  
Köpenickerstr. 3, Hartmann.  
Köpenickerstr. 21, Trendel.  
Köpenickerstr. 30, Schulz.  
Köpenickerstr. 41, Kaufste.  
Köpenickerstr. 7, Kiel.  
Köpenickerstr. 4, Köppen.  
Köpenickerstr. 59, Krüger.  
Köpenickerstr. 11, Seitz.  
Köpenickerstr. 14, Trinks.
- Centrum und Westen.**  
Albrechtstr. 4, Albrecht.  
Albrechtstr. 5, Neumann.  
Albrechtstr. 17, Grünthammer.  
Albrechtstr. 28, Bauer.  
Kleine Alexanderstr. 9, Wittenberg.  
Alexanderstr. 44, Brose.  
Alexanderstr. 118, Krusch.  
Alexanderstr. 122, Marquardien.  
Karlstr. 26, Schmidt.  
Karlstr. 4, Treibsch.  
Karlstr. 52, Kamlow.  
Karlstr. 68, Malice.  
Karlstr. 8, Kautzner.  
Karlstr. 75, Zolz.  
Karlstr. 4, Griesewitz.  
Karlstr. 13, Günther.  
Karlstr. 9, Heiland.  
Karlstr. 78, Nünemann.  
Karlstr. 115, Behdort.  
Karlstr. 20, Kante.  
Karlstr. 13, Königsdorf.  
Karlstr. 26, Weidemann.  
Karlstr. 39, Buelz.  
Karlstr. 2, Rhenstein.  
Karlstr. 10, Bensch.  
Karlstr. 37, Werner.  
Karlstr. 66, Hierich.  
Karlstr. 8, Gubl.  
Karlstr. 13, Brink.  
Karlstr. 172, Joffe.  
Karlstr. 201, Müller.  
Karlstr. 12, Janmann.  
Karlstr. 17, Wolf.  
Karlstr. 80, Hilgig.  
Karlstr. Martthalde, Stand 236/37.  
Karlstr. 17, Ankebase.  
Karlstr. Martthalde, Stand 190.  
Karlstr. 38, Schiller.  
Karlstr. 12, Kabelle.  
Karlstr. 9, Rahl.  
Karlstr. 14, Strieck.  
Karlstr. 19a, Zupf.  
Karlstr. 18, Pichte.  
Karlstr. 13, Ludwig.  
Karlstr. 5, Seyppich.  
Karlstr. 53, Schumann.  
Karlstr. 52, Pfeil.  
Karlstr. 41, Mausfeld.  
Karlstr. 4, Zehrer.  
Karlstr. 26, Tschack.  
Karlstr. Winterfeldstr. 51, Vinte.  
Karlstr. 16, Weidert.  
Karlstr. 16, Burmann.  
Karlstr. 37, Wig.
- Süd-Osten.**  
Adalbertstr. 15, Genz.  
Adalbertstr. 19, Barnad.  
Brigittestr. 38, Müller.  
Brigittestr. 21, Fiege.  
Brigittestr. 34, Bräuer.  
Brigittestr. 29, Rudra.  
Brigittestr. 126, Ziegler.  
Brigittestr. 18, Zepf.  
Brigittestr. 58, Seidel.  
Brigittestr. 20, Böhl.  
Brigittestr. 3, Görsch.  
Brigittestr. 15, Kötter.  
Brigittestr. 30, Krause.  
Brigittestr. 4, Samann.  
Brigittestr. 2, Schulz.  
Brigittestr. 38, Sommerp.  
Brigittestr. 68, Pennigens.  
Brigittestr. 23, Meier.  
Brigittestr. 41, Schulz.  
Brigittestr. 47, Meizer.  
Brigittestr. 40, Grimpe.  
Brigittestr. 9, Fiedler.  
Brigittestr. 11, Günther.  
Brigittestr. 21, Dreher.  
Brigittestr. 60a, Krabel.  
Brigittestr. 9, Herrmann.  
Brigittestr. 6, Reich.  
Brigittestr. 33, Konsum-Verein „Berlin-Rixdorf“.
- Reinickendorf.**  
Reinickendorferstr. 1, Böttcher.  
Reinickendorferstr. 5, Schmidt.  
Reinickendorferstr. 72, Wittenberg.  
Reinickendorferstr. 123, Salich.  
Reinickendorferstr. 142, Pelfer.  
Reinickendorferstr. 149, Pelfer.  
Reinickendorferstr. 102, Groß.  
Reinickendorferstr. 6, Arbeiter-Konsum-Genossenschaft „Befreiung“.  
Reinickendorferstr. 24, König.  
Reinickendorferstr. 28, Thomad.  
Reinickendorferstr. 36, Feung.  
Reinickendorferstr. 61, Kergel.  
Reinickendorferstr. 94, Hennig.  
Reinickendorferstr. 124, Hlod.  
Reinickendorferstr. 4, Lange.  
Reinickendorferstr. 31, Jersich.
- Süd-Osten.**  
Cuvrystr. 22, Kriese.  
Cuvrystr. 30, Kallischer.  
Cuvrystr. 33, Zyratte.  
Cuvrystr. 45, Heller.  
Cuvrystr. 12, Henzig.  
Cuvrystr. 12, Wörde.  
Cuvrystr. 29, Scholz.  
Cuvrystr. 39, Dietrich.  
Cuvrystr. 43, Winkler.  
Cuvrystr. 67, Donath.  
Cuvrystr. 72, Leppart.  
Cuvrystr. 15, Pefele.  
Cuvrystr. 26, Müller.  
Cuvrystr. 42, Feuz.  
Cuvrystr. 23, Wilhelm.  
Cuvrystr. 55, Neumann.  
Cuvrystr. 2, Schwarzenstein.  
Cuvrystr. 14, Pypart.  
Cuvrystr. 62, Bayer.  
Cuvrystr. 67, Neumann.  
Cuvrystr. 75, Rudrad.  
Cuvrystr. 101, Engel.  
Cuvrystr. 109, Galtensold.  
Cuvrystr. 119, Kurto.
- Süden.**  
Annenstraße 9, Konsum-Verein „Eintracht“.  
Annenstr. 21, Dowe.  
Annenstr. 46, Urecht.  
Annenstr. 49, Köppen.  
Annenstr. 51, Stege.  
Annenstr. 105, Wahnelt.  
Annenstr. 29, Went (frei Haus).  
Annenstr. 76, Berger.  
Annenstr. 8, Plak.  
Annenstr. 68, Fuhrmann.  
Annenstr. 93, Schmidt.  
Annenstr. 8, Dowe.  
Annenstr. 23, Schönfeld.  
Annenstr. 12, Wögel.  
Annenstr. Franz-Grenadier-Platz 13, Schmid.  
Annenstr. 15, Freese.  
Annenstr. 40, Gliche.  
Annenstr. 70, Anton.  
Annenstr. 34, Berger.  
Annenstr. 119, Wenzel.  
Annenstr. 33, Zimmermann.  
Annenstr. 7, Ahmann.
- Osten.**  
Beynstr. 30, Barchin.  
Beynstr. 1, Barchin.  
Beynstr. 3, Steinmann.  
Beynstr. 2, Bull.  
Beynstr. 7, Gwald.  
Beynstr. 23, Dausenberg.  
Beynstr. 51, Schwalbach.  
Beynstr. 21, Gläthe.  
Beynstr. 78, Kaufmann.  
Beynstr. 108, Hennig.  
Beynstr. 15, Kadde.  
Beynstr. 20, Kreschmer.  
Beynstr. 52, Moris.  
Beynstr. 17, Habicht.  
Beynstr. 60, Köpfe.  
Beynstr. 90, Palleit.
- Nord-Osten.**  
Barnimstr. 47, Budach.  
Barnimstr. 3, Rauer.  
Barnimstr. 6, Rintsch (liefern frei Haus).  
Barnimstr. 12, Vogler.  
Barnimstr. 57, Tschö.  
Barnimstr. 113, Buchwald.  
Barnimstr. 21, Kind.  
Barnimstr. 54, Pantoffel.
- Rixdorf.**  
Berlinerstr. 14, Porst.  
Berlinerstr. 34, Kadow.  
Berlinerstr. 94, Busch.  
Berlinerstr. 7, Gomuth.  
Berlinerstr. 18, Arbeiter-Konsum-Genossenschaft „Befreiung“.  
Berlinerstr. 32, Liebich.  
Berlinerstr. 21, Wegner.  
Berlinerstr. 241, Maglud.  
Berlinerstr. 236, Lehmann.  
Berlinerstr. 19, Barnat.  
Berlinerstr. 53a, Buchholz.  
Berlinerstr. 60, Dreihauer.  
Berlinerstr. 48, Taffe.  
Berlinerstr. 56, Majend.  
Berlinerstr. 48, Stobbe.  
Berlinerstr. 30, Burckell.  
Berlinerstr. 31, Konsumverein „Rixdorf-Berlin“.
- Schöneberg.**  
Königsstr. 16, Dammrow.  
Königsstr. 15, Friedrichs.  
Königsstr. 28, Eiberer.  
Königsstr. 3, Menegle.  
Königsstr. 59, Friedrich.  
Königsstr. 61, Veonleit.  
Königsstr. 62, Steffin.  
Königsstr. 5, Hoffmann.  
Königsstr. 10, Blafke.  
Königsstr. 31, Horn.  
Königsstr. 27, Weiler.  
Königsstr. 55, Gwabley.  
Königsstr. 7, Gannemann.  
Königsstr. 3, Werner.  
Königsstr. 5, Feing.  
Königsstr. 13, Hauke.  
Königsstr. 15, Weile.  
Königsstr. 58, Hoffmann.  
Königsstr. 4, Schulz.  
Königsstr. 6, Lehmann.  
Königsstr. 12, Müller.  
Königsstr. 3, Barchom.  
Königsstr. 5, Dienert.  
Königsstr. 10, Lehmann.  
Königsstr. 14, Paul.  
Königsstr. 27, Weile.  
Königsstr. 71, Kalkschöck.  
Königsstr. 5, Günther.  
Königsstr. 2, Steinbach.  
Königsstr. 9a, Oberlein.
- Charlottenburg.**  
Ansbacherstr. 10, Spring.  
Ansbacherstr. 18, Springstube.  
Ansbacherstr. 5, Berlin.  
Ansbacherstr. 51, Winterberg.  
Ansbacherstr. 47, Ruffner.  
Ansbacherstr. 49, Sudert.  
Ansbacherstr. 15, Jörn.  
Ansbacherstr. 18, Punde.  
Ansbacherstr. 35, Trauditz.  
Ansbacherstr. 16, Reitzig.  
Ansbacherstr. 12, Baah.  
Ansbacherstr. 17, Geiseler.  
Ansbacherstr. 57, Neumann.  
Ansbacherstr. 15, Neufert.  
Ansbacherstr. 37, Kerzer.  
Ansbacherstr. 19, Bilkmann.  
Ansbacherstr. 60, Killep.  
Ansbacherstr. 109, Gannemann.  
Ansbacherstr. 145, Weiler.  
Ansbacherstr. 5, Meier.  
Ansbacherstr. 5, Schath.  
Ansbacherstr. 61b, Nyhal.  
Ansbacherstr. 24, Schüpe.  
Ansbacherstr. 55, Meiser.  
Ansbacherstr. 11, Wolfmann.  
Ansbacherstr. 19a, Pufsch.  
Ansbacherstr. 17, Zareib.  
Ansbacherstr. 8, Kienertow.  
Ansbacherstr. 34, Zump.  
Ansbacherstr. 22, Sommerfeld.  
Ansbacherstr. 7, Engler.  
Ansbacherstr. 11, Wende.  
Ansbacherstr. 18, Schröder.  
Ansbacherstr. 26, Meiseld.  
Ansbacherstr. 30, Gudat.  
Ansbacherstr. 72, Wehl.  
Ansbacherstr. 78, Sumb.  
Ansbacherstr. 100, Binewis.  
Ansbacherstr. 19, Dausner.  
Ansbacherstr. 31, Rausner.  
Ansbacherstr. 4, Zimann.  
Ansbacherstr. 29, Böhl.  
Ansbacherstr. 42, Behly.  
Ansbacherstr. 2, Grofch.  
Ansbacherstr. 12, Vogler.  
Ansbacherstr. 4, Kehr.  
Ansbacherstr. 26, Grams.  
Ansbacherstr. 92, Prow.  
Ansbacherstr. 94b, Krennebed.  
Ansbacherstr. 98, Krüger.  
Ansbacherstr. 64, Until.  
Ansbacherstr. 68, Sperling.  
Ansbacherstr. 65, Fock.  
Ansbacherstr. 62, Zankze.  
Ansbacherstr. 67, Sommer.  
Ansbacherstr. 65, Rosk.  
Ansbacherstr. 32, Voth.

Durch Inbetriebsetzung eines 4. Ofens sind wir in der Lage, bedeutend mehr Brote zu liefern und ersuchen daher die Parteigenossen um gefälligen Zuspruch. — Bitte genau auf unsere Schutzmarke zu achten.

**Der Vorstand.**



Herunterreißen oder Kritizieren.

Nach ein Wort der Abwehr.

Von K. Kautsky.

Vernsteins jüngster Artikel hat mich nicht überfallen. Und vom Standpunkt der Sache, die ich vertrete, kann ich vollkommen mit ihm zufrieden sein, denn mit Ausnahme der Einkommensteuer-Statistik, die wir uns noch näher ansehen werden, hat er gegen meinen sachlichen Standpunkt nichts, aber auch gar nichts vorgebracht.

Umso mehr allerdings gegen meine Person. Der Tenor seines Artikels ist eine Jeremiade über die Schlechtigkeit meiner Person, die das absichtliche Mißverstehen seiner so klaren und unzweideutigen Darlegungen gewerbsmäßig betreibt. Früher einmal, bei Nichtfeststellung eines feineren Satzes, hat Vernstein sich mit Dreyfus verglichen. Erweitern wir das Bild, dann spiele ich offenbar die Rolle der Ananias Weiser, der die Fälschung aus Fälschung begreift zu dem teuflischen Zwecke, sein unschuldigtes Opferamt der Verteilung entgegenzuführen.

In welches Kapitel ich blide, ruft er polhemisch aus, „ob es sich um die materialistische Geschichtsauffassung oder die Werttheorie, die Verleumdungs- oder Zusammenbrüche Theorie handelt, es ist immer dieselbe Methode, das selbe System des Herunterreißen um jeden Preis, mit allen Mitteln.“

Um Aufricht für den sozialdemokratischen Drehsch auf der Engelinsel giebt es aber auch Leute, die seinem Standpunkt sehr sympathisch gegenüberstehen und doch meine Kritik sehr gerechtfertigt finden.

Da lesen wir z. B. über sein Buch: „Diese und viele andere, besonders im zweiten Teile der Schrift enthaltenen Einzelgedanken sind ganz vortrefflich und stimmen durchaus mit der von uns dargelegten Konsequenz des Grundgedankens überein. Aber wenn wir hier Vernstein entschieden zustimmen müssen, so müssen wir um so mehr bedauern, daß es ihm in keiner Weise gelungen ist, diese Gedanken konsequent und ehrlich abzuleiten. Er verwarfert den historischen Materialismus bis zur Unkenntlichkeit, macht aus der dialektischen Entwicklung... ein ganz unverständliches Gemischel und redet über die Werttheorie wie einer, der noch niemals gehört hat, was eine wissenschaftliche Theorie bedeutet.“

So spricht Dr. Staudinger, ein Anhänger der praktischen Tendenzen Vernsteins, in seiner Schrift über „Ethik und Politik“, S. 154/155.

Dieses Citat beweist denn doch deutlich, daß man durchaus nicht gegen Vernstein voreingenommen zu sein braucht, um seine Beweisführung höchst ungenügend zu finden, oder wie Vernstein sagt, „herunterzureißen“, ein Wort, mit dem sich Kritiker stets über unbedequate Kritik getroistet haben.

Da wir gerade beim Citieren sind, sei bezüglich der Mißverständnisse noch eine Stelle angeführt: „Mißverständen zu werden ist gewöhnlich das Recht der Schriftsteller, die eigene Gedanken haben, aber bei ihm ist das Mißverständnis geradezu obligatorisch. Welche seiner Schriften man auch in die Hand nimmt, so wird man nie mit Sicherheit von einem darin enthaltenen Satz sagen können, er sei der Ausdruck seiner Ansicht über den behandelten Gegenstand. Je apodiktischer der Satz, um so sicherer kann man vielmehr sein, ihn in einer folgenden Schrift modifiziert oder gar in sein Gegenteil verkehrt zu finden. Und das nicht etwa infolge einer in der Zeit zwischen beiden Publikationen inzwischen eingetretenen Veränderung der Grundanschauungen, sondern lediglich weil es ihm inzwischen beliebt hat, die Sache von einem andern Gesichtspunkt aus zu betrachten... Auf diese Weise ist man bei ihm mehr als bei jedem andern Schriftsteller aufs Interpretieren und Kombinieren angewiesen.“

Zu dieser trefflichen Charakteristik habe ich nur hinzuzufügen, daß sie — von Vernstein selbst verfaßt ist. Sie findet sich jedoch nicht in einer Autobiographie, sondern bezieht sich auf — Proudhon, über den sich Vernstein in dieser Weise vor einigen Jahren in der „Neuen Zeit“ ausließ (X, 2, S. 589). War das auch ein „Herunterreißen“?

Seitdem hat sich allerdings Vernstein Proudhon sehr genähert. In einem Punkte scheint er diesen bereits überholt zu haben. Nicht nur wechselt er ununterbrochen den Gesichtspunkt, von dem aus er die Dinge betrachtet, er weiß schließlich selbst nicht mehr, was er gesagt hat.

Nur ein Beispiel aus seiner jüngsten „Abwehr“. „Es ist mir nicht eingefallen, darlegen zu wollen“, schreibt er, „daß große, allgemeine Krisen nicht mehr zu erwarten sind, ich habe nur — vor jetzt nahezu zwei Jahren! — es als fraglich hingestellt, ob wir in nächster Zeit eine solche Krise zu erwarten hätten.“

„Vor jetzt zwei Jahren“ — Vernstein scheint vergessen zu haben, daß sein Buch im Jahre 1899 erschien. Aber diese Zurückdeutung ist bezweifelhaft. Vernstein mag es nicht mehr heute, wenige Monate nach dem Erscheinen seiner Schrift, zu behaupten, daß eine große allgemeine Krise in nächster Zeit nicht zu erwarten sei. Die Wetterwolken des kommenden Sturms sind inzwischen zu drohend aufgestiegen.

Was unterrichtete er aber in dieser Schrift? Die Frage, ob eine Krise in einem Jahre oder erst in zweien oder dreien eintreten werde? Mit nichten, er unterrichtete die Theorie der Krisen. Engels hatte die Frage aufgeworfen, ob die Dauer des Krisenzyklus sich ausdehnen oder der Zyklus gänzlich einem dauernden matten Geschäftsgang mit kurzen Geschäftsbesserungen weiche. Darauf hin bemerkt Vernstein, es erhebe sich „vielmehr eine dritte Frage“, ob nicht die gewaltige Ausdehnung des Weltmarkts, des Kreditwesens, des Kartellwesens, die Rückwirkungskraft ökonomischer oder partikulärer Strömungen auf die allgemeine Geschäftslage so verringert hat, daß wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind“ (S. 70).

Diese Ansicht hat Vernstein vor einigen Monaten noch der Engelschen entgegen gesetzt. Wenn er von einer „längeren“ Zeit sprach, konnte sich in diesem Zusammenhang nicht um ein oder zwei Jahre handeln; das spräche doch nicht gegen die Engelsche Anschauung, daß der Krisenzyklus nach wie vor bestehe, nur mit längerer Dauer seiner einzelnen Stadien. Es gehört zum mindesten sehr viel Vergleichlichkeit dazu, wenn er jetzt behauptet, ich habe nur — vor jetzt nahezu zwei Jahren! — es als fraglich hingestellt, ob wir in nächster Zeit eine solche Krise zu erwarten hätten.“

Wenn eine derartige Vergleichlichkeit sich mit stetem Wechsel der Gesichtspunkte und höchst unklarer Darstellung paart, dann ist es kein Wunder, daß die Diskussion mit Vernstein, je länger sie dauert, um so mehr aus einer Diskussion der Frage, ob er recht hat, in eine der Frage sich verwardelt, was er denn eigentlich will.

Hat aber jemand, der so wenig zu dem steht, was er selbst geschrieben, Ursache, anderen Leuten Moral zu predigen und bei ihnen die Schuld zu suchen, wenn er sich mißverstanden fühlt?

Dies eine Beispiel einer sonderbaren Vergleichlichkeit könnte leicht vervielfältigt werden. Aber es fehlen Zeit und Raum und wohl auch das Interesse der Leser für ein weiteres Verfolgen der persönlichen Seite der Vernsteinschen Abwehr. Wenden wir uns lieber zu der einzigen sachlichen Seite, die sie bietet.

Die Zunahme der Besitzenden — das ist der Kernpunkt der Vernsteinschen Prognose; sie habe ich am schärfsten angegriffen, daher fühle er sich auch gedrängt, in letzter Stunde gerade hier in die Weiche zu springen.

um 32 Proz. zunahm und das Durchschnittseinkommen in dieser Klasse von 208 auf 197 M. sank. Der bürgerliche Ökonom Soetbeer hat auch die Sprache dieser Ziffern im entgegengekehrten Sinne gedeutet, wie Vernstein.

Aber die englischen Ziffern? Vernstein kann nicht leugnen, daß die englische Einkommensteuer-Statistik höchst mangelhaft, daß die „British Review“ kein wissenschaftliches Blatt, daß der Artikel, dem er seine Zahlen entnommen, eine oberflächliche, vulgäre Harmoniebesetzung, daß dieser Artikel geradezu lächerliche Zahlen enthält, welche die Ignoranz und Leichtfertigkeit des Verfassers beweisen. Aber erklärt er, für mich genüge es und dürfte es genügen, daß sie (die Zahlen, die er dem Artikel entnahm) mit allen Anzeichen übereinstimmen, die ich sonst in den amtlichen Listen wie in den Werken anerkannter Statistiker, über den gleichen Gegenstand fand.“

Das genügt also Vernstein, um zu behaupten, die Zunahme der Besitzenden sei eine „Thatsache, an der sich heute gar nicht mehr rütteln läßt“ („Voransetzungen“, S. 179). „Anzeichen“ sind keine Thatsachen, und wenn Vernstein sich berechtigt fühlt, auf diverse „Anzeichen“ hin und die Zahlen eines Jubiläumseinkommens als unanfechtbare Thatsachen hinzustellen, so sind seine Leser keineswegs verpflichtet, dieses Salomortale aus dem Reich der Anzeichen in das der Thatsachen mitzunehmen, sie müssen sich schon die Untersuchung und Kritik der Anzeichen selbst vorbehalten. So lange sie diese nicht kennen, brauchen sie die Zahlen des „British Review“ nicht als Thatsachen zu betrachten, sondern bloß als willkürliche Schätzungen eines bürgerlichen Gegners, der in der ökonomischen Wissenschaft eine Null ist.

So bleibt Vernstein als Beweis für die Thatsache, an der nicht zu rütteln ist, nur noch die sächsische Statistik. Wenn er in seiner Schrift noch auf die englischen Zahlen das Hauptgewicht legte und sie fett drucken ließ, so sind jetzt in seiner „Abwehr“ die sächsischen in den Vordergrund getreten: „Wenn irgend eine Statistik alles, aber auch alles bestätigt, was ich in dieser Hinsicht an den Kongress von Stuttgart geschrieben habe, so ist es gerade die sächsische, und ich kann nur den Autorsatz bewundern, mit diesen Zahlen irgend etwas gegen mich beweisen zu wollen.“

In der That, wenn man die Gruppierung ansieht, in der Vernstein uns die Ziffern vorführt, dann scheint es das Ausgebots meines ganzen Mutes zu bedürfen, um ihnen ins Auge zu schauen. Es nähmten nach Vernstein von 1870—1894 zu (ich citiere wörtlich):

Proletarische Genossen	un 33,8 Proz.
Besitzende Arbeiter und Kleinbürger	71,6
Mittelbürger	74,0
Großbürger	154,4
Kapitalmagnaten	272,0
Durchschnitt der Zunahme	37,3

Ein lauchendes Bild — in der That. Aber vielleicht erscheint es etwas weniger lauchend, wenn wir näher zusehn.

Wenn wir ins Detail, dann finden wir, daß bloß die beiden untersten Stufen der Genossen relativ stark abgenommen haben. Während die Gesamtzunahme der Genossen 37,4 Proz. betrug, nahmen die Genossen mit einem Einkommen unter 300 M. bloß um 8,5 Proz., die von 300—400 M. bloß um 18,4 Proz. zu. Deren relative Zunahme bedeutet offenbar eine Steigerung der Höhe, nicht eine Zunahme der „Besitzenden“. Bei den anderen Einkommensstufen aber sehen die Prozentzunahmen anders aus. Sie sind am größten in jenen Schichten, die am ehesten dem Proletariat zugerechnet werden können und verringern sich unsonst, je näher wir dem Kleinbürgertum kommen, um erst im Großbürgertum wieder zu steigen.

Genossen mit einem Einkommen von	Zunahme in Prozenten von 1870—1894
800—950 Mark	183,34
950—1100 "	119,30
1100—1250 "	112,90
1250—1400 "	109,10
1400—1600 "	79,43
1600—1800 "	69,74
1800—2200 "	78,03
2200—2500 "	74,54
2500—2800 "	69,79
2800—3200 "	63,96
3200—4000 "	74,74
4000—5000 "	75,67
5000—20000 "	113,98
über 20000—54000 "	197,47
über 54000 "	272,00

Wir sehen, die Zunahme ist nicht, wie in der Vernsteinschen Tabelle, eine von unten nach oben hin stetig wachsende, sondern sie ist am größten in den unteren und den obersten Schichten, am geringsten in den mittleren.

Wäre aber denn nicht so, dann würde die Vernsteinsche Tabelle nicht nur alles beweisen, was er gesagt, sondern noch mehr, mehr als ihm selbst lieb sein dürfte.

Sie beweise entweder, daß die Zahl der Proletarier abnimmt oder aber — daß die Zahlen der Einkommensteuerstatistik für die Frage der Zunahme der Besitzenden völlig wertlos sind.

Wenn es eine Thatsache giebt, an der nicht gerüttelt werden kann, dann ist es die, daß die Zahl der Lohnarbeiter allenthalben zunimmt. Dies wird unzweifelhaft bezeugt durch die Zahlen der Berufsstatistik. Ich brauche sie hier nicht anzuführen, da Vernstein selbst die Thatsache nicht leugnet. „Richtig ist“, erwiderte er mir im „Vorwärts“ vom 26. März, „daß in den vorgeschrittenen Ländern die Zahl der Lohnarbeiter heute schneller wächst, als die der Gesamtbevölkerung. Aber es ist mir nie eingefallen, das zu bestreiten, Kautsky liest in meine Sätze Dinge hinein, die ganz und gar nicht darin stehen.“

Man sieht, Vernstein sang dieselbe Melodie des Mißverstehens schon vor einem halben Jahr.

Wenn man nur genau wüßte, was in seinen Sätzen drin steht! Die Zahl der Lohnarbeiter nimmt zu. Das ist der feste Punkt, von dem wir auszugehen haben. Die Lohnarbeiter sind aber, so viel ich weiß, Besitzlose. Nehmen die Lohnarbeiter schneller zu, als die Gesamtbevölkerung, so müssen auch die Besitzlosen schneller zunehmen. Andererseits ist es eine unlegbare Thatsache, daß bisher die Zahl der großen Kapitalisten ebenfalls schneller zunimmt, als die Bevölkerung. Um diese Thatsache zu zeigen, reichen die Zahlen der Einkommensteuer-Statistik wohl aus, denn die großen Einkommen kann man alle den Kapitalisten zuschreiben, während bei den kleineren und mittleren niemand von vornherein sagen kann, welche dem Lohn und welche dem Profit oder der Grundrente entspringen.

Also die Zahl der großen Kapitalisten und die der Proletarier nimmt zu. Auf wessen Kosten? Sie können nur wachsen auf Kosten der einzigen Schicht, die dann noch übrig bleibt, der Mittelschicht. Daß das thatsächlich der Fall, lehrt uns die Gewerbestatistik und wie wir gesehen, sind die Zahlen der sächsischen Einkommensteuer-Statistik wohl damit vereinbar.

In der Weise, wie Vernstein sie gruppiert, beweiset sie dagegen, daß der Mittelstand schneller, bedeutend schneller wächst, als das Proletariat, daß dieses relativ und absolut abnimmt, sie beweisen also etwas, wovon Vernstein entristet behauptet, daß ich es ihm fälschlich in die Schuhe schiebe. Es handelt sich hier nicht um statistische Spielereien, sondern um eine höchst ernste Sache: um die Lebensfähigkeit des Socialismus. Die Abnahme der Besitzenden beweist für sich allein noch nicht die Notwendigkeit des Socialismus, sie wird auch von manchem bürgerlichen Forscher anerkannt. Aber die Zunahme der Besitzenden beweist auf jeden Fall die Unmöglichkeit und Unerträglichkeit des Socialismus.

Vernstein ist freilich anderer Meinung. „Jede Untersuchung“, sagte er, „ist nur nach ihrem Zweck zu beurteilen. Welches ist der meine? Ich habe ihn deutlich genug angedeutet. Nur ein Dutzend Zeilen nach dem Satz, wo ich von den preussischen Vermögensgenossen spreche, steht es in klaren Worten, daß es auf die Bekämpfung „des Aberglaubens“ ankommt, daß die Zukunft der socialistischen Bewegung von der Konzentration des Besitzes oder, wenn man will, der Konzentration des Mehrwerts durch eine sich verringemde Gruppe kapitalistischer Konsumts abhängt.“

Das sind allerdings klare Worte, sind es aber auch klare Begriffe?

Das Wort von der Zunahme der Besitzenden heißt entweder Abnahme der Besitzlosen, oder es bedeutet hoffnungslose Konfusion. Etwas Drittes giebt es nicht.

Vernstein nahm denn auch in seinem letzten Artikel im Gegensatz zu dem vom 26. März an, wie sein Hinweis auf die von ihm vorgenommene Gruppierung der sächsischen Statistik beweist, daß die Zahl der Proletarier abnimmt. Nun frage ich, wie kann jemand dem Proletariat seinen Sieg in Aussicht stellen, der annimmt, daß die Proletarier bloß um 33 Proz. zunehmen, die Klein- und Mittelbürger aber im gleichen Zeitraum um 72 bis 74 Proz.?

Muß da die Entwicklung nicht vielmehr schließlich dahin führen, daß die Klein- und Mittelbürger das Proletariat erdrücken? Und wenn die heutige Produktionsweise schon dahin strebt, immer mehr Proletarier in Klein- und Mittelbürger, also in Besitzende, zu verwandeln, wozu dann die Umwälzung der Besitzverhältnisse durch den Socialismus?

Auf diese Fragen ist Vernstein bisher die Antwort schuldig geblieben und wird sie schuldig bleiben. Er hat weder gezeigt, daß andere Kräfte, als das Proletariat, zum Socialismus drängen, noch hat er gezeigt, daß dieser eine Notwendigkeit bleibt, auch wenn der Kapitalismus selbst auf die allmähliche Aufhebung der Besitzlosigkeit hinarbeitet.

Daß die Zunahme der Besitzenden unüberträglich mit dem Kommen des Socialismus, das ist eine der wenigen Anschauungen, über die bisher die bürgerliche Ökonomie mit den Socialisten vollkommen übereinstimmt; daher die steten Versuche der ersteren, den Socialismus durch Erweisung einer derartigen Zunahme zu widerlegen.

Der Standpunkt Vernsteins steht hier also im Widerspruch zu dem einstimmigen Urteil der bürgerlichen und der socialistischen Wissenschaft. Er bedeutet, wenn er begründet wäre, eine völlige Umwälzung unseres ganzen sozialen Denkens.

Man sollte meinen, Vernstein habe diese grundstürzende Lehre, die den „Hauptzweck seiner Untersuchung“ bildet, eingehend zu begründen gesucht. Dann könnte er allerdings den Anspruch darauf erheben, er habe den Marxismus fortgebildet und dem Socialismus eine neue Begründung gegeben.

Aber davon keine Spur. Vernstein begnügt sich damit, das einstimmige Urteil der Wissenschaft einen „Aberglauben“ zu nennen.

Das mag ihm genügen, aber wir sind weniger bescheiden. Das Wörtchen Aberglauben hat auch die Liberalen nicht verhindert, Vernsteins Ausführungen jubelnd zu begrüßen, denn sie sind Kaiser auf ihre Mühle und bleiben es, so lange die Logik der Thatsachen mächtiger ist als Worte.

Ist denn aber so, dann hat jeder Socialist, der noch nicht das Hauberwort gefunden, mit dem dieser „Aberglaube“ zu überwinden und der die Voraussetzungen nicht anerkennt, von denen Vernstein ausgeht, nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, diese zu bekämpfen.

Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die propagandistische Kraft, die Lebenskraft unserer Partei. Deswegen habe ich das Wort gegen Vernstein ergriffen, deswegen mußte ich, wie jeder Genosse, dem die Propaganda unserer Ideen am Herzen liegt, in der Diskussion das Wort ergreifen.

Wenn Vernstein den großen prinzipiellen Gegensatz, der uns scheidet, nicht mehr begreift, wenn er den Gegensatz zwischen dem bisherigen Socialismus und einer Lehre, die bisher zum Liberalismus führte, auf absichtliche Mißverständnisse periodischer Vereinigungen heilt und Redehaberei reduziert, wenn er mir an Stelle des Pflichten gefühls persönlichen Geschäftigkeit als Motiv meines Auftretens gegen ihn unterschiebt, so mag diese kleinliche Auffassung für ihn ein noch weniger Trost geworden sein. Aber mit diesem Verdächtigen der Motive lenkt er die Diskussion auf ein Gebiet, auf das ich ihm nicht folgen werde.

Vor mir liegt eine Polemik, die 1898 in der „Neuen Zeit“ zwischen Vernstein und Domela Nieuwenhuis angefochten wurde und die Streitenden aufs äußerste erhitzte. In seinem Schlusswort sagte damals Vernstein:

„Wenn zwei Leute sich streiten und dabei immer heftiger werden, bis sie schließlich zu Beschimpfungen und Schlimmerem übergehen, so wird in der Regel niemand am Ende zugeben wollen, daß er an der Ausartung des Streites schuld trage. Und für denjenigen, der sich an die rein äußerlichen Formen der Rede hält, mag es schwer sein, zu entscheiden, wo die Schuld oder — ich will bis zur äußersten Grenze der Objektivität gehen, wo der größte Teil der Schuld liegt. Nichtsdestoweniger giebt es ein solches Kriterium. In allen Fällen, wo es sich um die Beurteilung von Handlungen dreht, wird von solcher Ausartung des Streites derjenige die größere Schuld tragen, der zuerst dazu übergegangen ist, die Motive seines Gegners zu verdächtigen. Und wenn er es in den gemessensten Worten thut, hat er damit den Streit auf das Gebiet der Beschimpfungen hinübergeleitet.“

Heute sängt Vernstein an, das zu thun, was er damals Nieuwenhuis vorwarf.

Um Glück verhofft er uns, er sei nur toll bei Nordnordwest. Bei Südwest könne er einen Habicht von einem Reiter unterscheiden. Hoffentlich bläht bald ein Wind über England, der unter Hamlet den Unterschied zwischen principiellem Gegensatz und persönlicher Gehässigkeit erkennen läßt.

Kommunales.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Die socialdemokratische Fraktion hat aus den Ursachen, die sich aus der am Sonntag erwählten Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts ergeben, in der Stadtverordneten-Versammlung einen neuen Antrag wegen Verlegung des Wahltermins für die III. Abteilung auf Sonntag, den 5. November er, eingebracht, welcher dahin lautet: Die Versammlung ersucht den Magistrat, die diesjährigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung in der III. Abteilung Sonntag, den 5. November, vorzunehmen, oder eventuell die Wahlzeit am Montag, den 6. November, bis 10 Uhr abends auszu dehnen.

Der Stadtverordnete Baumgarten, welcher der Stadtverordneten-Versammlung seit dem Jahre 1883 angehört, hat sein Mandat niedergelegt. Derselbe ist bis 1901 gewählt und muß daher im 5. Wahlbezirk, III. Abteilung, eine Neuwahl stattfinden.

Es erhielten dort bei der Wahl im Jahre 1895 Baumgarten 641 Stimmen, Anrid (Soz.) 210 Stimmen und Rünster (Antif.) 92 Stimmen. Im Jahre 1889 war Baumgarten mit 474 gegen 160 socialistische Stimmen gewählt worden.



# Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132|133. ♦ Rosenthalerstr. 27|29, 54|55. ♦ Oranienstr. 53|54.

Dienstag, den 10. Oktober und folgende Tage  
soweit der Vorrat reicht:

## Kleiderstoffe. ♦ Confection.

Schleifenstoffe, auf einfarbigem Grunde, Meter 90 Pf.  
Effektvolle Fris-Gewebe, Meter 1,05 Mk.  
Reinwollene Plaid-Stoffe, Meter 1,30 Mk.  
Noppenstoffe in englischem Gesohmaek, Meter 1,35 Mk.  
Matelassés mit farbigen, seidenartigen Effekten, Meter 1,40 Mk.  
Einfarbige reinwollene Krepps, Meter 83 Pf.  
Einfarbige reinwollene Cheviots, Meter 1,50 Mk.

Golf-Capes, kariertes Stoff, 7,75 Mk.  
Golf-Capes, schottisch kariertes Stoff, 11,50, 16,50 Mk.  
Taylor-made Cape, mit Elenden-Applikation, schwarz und mode 17,50 Mk.  
Taylor-made Cape, mit Applikation, schwarz und mode 22,50 Mk.  
Jackett, genoppter Stoff, schwarz, anliegend 10 Mk.  
Jackett, glatter Stoff, anliegend 13,50 Mk.  
Jackett, zweirollig, mit Revors, schwarz und mode, vorn lose 14 Mk.

## Pelzwaren.

Schwarz Kanin-Collier 90 Pf.  
Seal-Kanin-Collier 1,80 Mk.  
Schwarz Murrel-Collier 1,65 Mk.  
Nerz-Murrel-Collier 1,60 Mk.  
Seal-Bisam-Collier 3,90 Mk.  
Nutria-Collier 3,60 Mk.  
Nerz-Collier 8,75 Mk.  
Nerz-Collier, Fuchsgrösse 28 Mk.

Fuchs-Colliers mit Kopf 11, 16, 20 Mk.

Seal-Kanin-Cape, ca. 55 cm. lang, 26 Mk.  
Seal-Kanin-Cape, ca. 65 cm. lang, 33 Mk.  
Seal-Bisam-Cape, ca. 60 cm. lang, 75 Mk.  
Seal-Bisam-Cape, ca. 70 cm. lang, 90 Mk.

Pelz-Hüte mit eleganter Garnierung 6 bis 10 Mk.

Damen - Glacé - Handschuhe, farbig, 1,15 Mk.

Damen - Tricot - Handschuhe mit gemusterter Hand, einfarbig und weiss 38 Pf.

Jedes 5 Pfennig.  
Wort: 5 Nur das erste  
Wort fett. Worte mit mehr als  
15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,  
in der Hauptexpedition Marktstr. 3  
bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Restaurant mit großem Mittags-  
tisch veräußert. Teilzahlung. Offerten  
unter F. 4 Expedition des „Vorwärts“.  
Watte Restauration zu verkaufen.  
In ertragenem Geschäft. 6 im Reparat.  
Wettfackroor, Strohrohr, Bambus,  
E. S. Kramer, jetzt Wallstraße 16.  
Betten, Steppdecken, Tischdecken,  
Gardinen, Portieren, Teppiche, Regu-  
latoren, Remontoirs, Winter-  
paleots, Anzüge, Hüte, Oprengläser  
Sportbillig Wandlische Reanderstraße 6  
Möbel, bar und Teilzahlung,  
Billig, Frankfurter Allee 110, I. Ede  
Königsbergerstraße. 1378\*  
Großer Möbelverkauf, Schützen-  
straße 2, Ecke Friedrichstraße. Ich  
führe nur gediegene Möbel und liefere  
billiger als jeder Händler; da ich meine  
eigenen Tischlereien und Tapezier-  
werkstätten habe, so bin ich im Stande,  
schon hübsche und geschmackvolle Ein-  
richtungen für 150 bis 300, elegante  
400 bis 4000 Mark zu liefern. Jede  
Garantie übernehme. Ganz besonders  
zu empfehlen sind die verstellbaren  
und zurückgeklappten Möbel, die wie  
neu sind, zu ganz ermäßigtem Preise  
abgegeben werden. Darunter Salon,  
Speisezimmer, Schlafzimmern, Heren-  
zimmer, große Betten, Garnituren  
und einzelne Sofas, Schreibtische,  
Kleiderstühle, Vertikals, Unterboden-  
und Aufstellstühle, Bücherregal,  
Truemeau, sowie viele andere Möbel.  
Kuch gebe ich an sichere Leute an  
Teilzahlung. Gefasste Möbel werden  
durch eigenes Geisam in die Wohnung  
gebracht und aufgestellt, auch nach  
außerhalb. 1138\*  
Möbelspeicher. Möbelverkauf  
Oranienstraße 7a, Hühnerhof (unmittelbar  
Kleiderstühle mit Aufstellstuhl 30,00,  
Hühnerstühle 18,00, Kleiderstühle  
Kleiderstühle 5,00, Wandelstühle 75,00,  
Küchenschrank, Verbindungstische 12,00,  
Rummeltische 25,00, Tischdecken,  
Säulen-Truemeau 35,00, Plüschgarni-  
turen 95,00, eventuell Teilzahlung.  
Vertikals 9 Mark, Wandelstühle  
Sofa 80 Mark, Säulenstühle 70 Mark,  
Schlafsofa 28 Mark, Kleiderstühle  
8 Mark, Kleiderstühle 28 Mark,  
Kleiderstühle 20, Vaden. 1078\*  
Damenmantel, Jacketts, wirklich  
billig, verkauft Stranz, Alexander-  
straße 15. 2018\*  
Fahrrad, hochlegant, erklüffelt,  
gleichzeitig sofort dringend für jeden  
Preis. Cigarrengeschäft Königsberger-  
straße 7. 1474  
Walddügel, große Auswahl, von  
60 Pf. an, Bräudenstraße 1, Special-  
geschäft. 116/15\*

Großer Möbelverkauf, Mischel-  
betten, Aufstellstühle 27, Hochle-  
gante Säulenstühle, Truemeau mit  
geschliffenem Glas 50, Wunderliche  
Bancal, Tafeln, Stoffsofa, Damen-  
schreibtische, vollständige Wohnungs-  
einrichtungen, Kleidermöbel in großer  
Auswahl zu den billigsten Preisen.  
Girshowitz, Mariannenstraße 7a 2069\*

Wiedergene Schuhe, Kauf bei  
Lottchen, Lübbenerstraße 20. 1774\*  
Fahrräder, erklüffelt, Marken, 2  
Jahre Garantie, gefasste Räder,  
auch gut erhalten, billig, Teilzah-  
lungen gestattet. Landens und Ein-  
führer werden vertrieben. Karl Fischer,  
Beusselstraße 9. 1208\*  
Strickmaschinen, jedes Gebraucht,  
auch auf Teilzahlungen. Gustav  
Bredere, Engelstraße 20. 715\*  
Strickmaschinen von Walter,  
Waldhäusern, anderweitliches Gebraucht,  
guter Erwerb für Frauen, Erlernen  
leicht, gratis, Arbeit wird nach-  
gewiesen. Teilzahlung gestattet,  
billigste Preise. Vertreter Domrager,  
Klosterstraße 63. 1588\*  
Fahrradhandl. kaufen sämtliche  
Zubehör- und Rohstoffe, sowie Geselle,  
gepasste Räder sehr vorteilhaft.  
Fahrradartikel en gros, jetzt Auswer-  
terstraße 3. 1135\*

Zammerecke zu Kinderkleidern,  
Knabenanzügen, auch Pfundweife,  
Bläusche, Reiterhandlung, Neue  
Königsstraße 30, 1 Treppe. 161K\*  
Tuchstoffe, Budstins, Gebrochene  
Sportbillig Neue Königsstraße 30.  
Reiterverkauf, billige Bezugs-  
auslei für Wiederverkäufer. Neue  
Königsstraße 30. 161K\*  
Goldwaren-Ausverkauf, Sportbillig  
Stalitzerstraße 126 parterre. 1178\*  
Kornauverkauft Sportbillig, Sta-  
litzerstraße 126 parterre.  
Circa 1/2 Pfund Brot 50 Pfennig,  
circa 6 Pfund Schwarzbrot 50 Pfennig,  
kleiner Komolka Bäckerei, Brunnen-  
straße 48. 1748\*  
Brotbacken, Seidenberger Revier,  
1000 Stück 4,50, 5,50, obergründe nur  
6,75, liefert von 3000, frei Keller ge-  
packt Hühner, Kneiserstraße 7, Fern-  
sprecher VII 2012. 65\*

### Vermischte Anzeigen.

Elektra, Bräudenstraße 65. Neuer  
Abendkurs, beginnend Donnerstag,  
6. Oktober. Gediegene praktische  
und theoretische Ausbildung für  
Elektromonteur, Installateur, alle  
Vielzweckberufe. Keine Vorlesungen.  
Diplomzeugnis, Stellungnahme,  
Verkauf gratis. Anmeldung täglich,  
auch Sonntagvormittag.  
Elektrotechnik. Neue Anordnung  
für Schlosser, Mechaniker und ver-  
wandte Gewerbe zur Ausbildung als  
Maschinen-, Elektromonteur, Werk-  
führer etc. Man informiere sich durch  
Broschüre und erkundige sich bei  
Schüler der Anstalt über die erzielten  
Erfolge. Jachon, Alte Jakob-  
straße 24. 3089b  
Unfallkassen, Klagen, Eingaben,  
Fugger, Steglitzerstraße 65. 189K\*  
Feuer-Versicherungen nimmt kosten-  
frei an Generalagent Preisler, Raum-  
straße 51, parterre. 173\*  
Meyerlegions, Brodbrot, Bredm  
und andere wissenschaftliche Bücher  
kauft und beiligt Antiquariat Koch-  
straße 56 I. 1998\*  
Mahlweiderei für Herrengarde-  
robe in guten englischen und deutschen  
Stoffen. A. Lätow, Annenstraße 26,  
parterre, gegenüber Thalia-Theater.  
Mein Vereinslokal, 40 Personen  
sitzend, noch einige Tage in der  
Höhe frei. A. Kaufeldt, Schandwirt,  
Kornstraße 47. 2021b  
Empfehle Freunden und Genossen  
mein Weiz- und Baprisch Bier.  
Kofal, Robert Dieker, Stralauer-  
straße 16. 190K\*

Cuntings-Platten und Kautschuk-  
Stempel liefert seit 20 Jahren für  
tausende Kassen und Vereine Jean  
Dolke, Hamburg, Große Drebbahn 45.  
Illustrierte Preislisten gratis. 134/1  
Zahnärztliches Institut Inva-  
lidenstraße 107, parterre. Klinikpreise.  
10-12. 3-8. 198\*  
Vereinszimmer zu 50 Personen  
zu vergeben. Pfefferberger Kaufhaus,  
Bräudenstraße 2. 2950b  
Vereinszimmer, 40 Personen  
sitzend, frei. Gustav Wadewitz, Kom-  
mandantenstraße 65, nahe Alte Jakob-  
straße. 1828\*  
Zwei Regelbahnen nach Tage frei,  
drei Vereinszimmer. Pieper, Kreuz-  
bergstraße 43. 1716\*  
Freunden und Bekannten zur Ver-  
sicherung, daß ich mein Schuhwaren-Geschäft  
von der Sorauerstraße 25 nach der  
Wronkestraße 77 verlegt habe und  
bitte bei Bedarf mich berücksichtigen  
zu wollen. Karl Neumann. 118\*  
Möbel, Wirtschaften, Kauf Möbel-  
geschäft Kankamerstraße 20. 1678\*  
Kind (Knabe), 15 Tage, wünscht  
Unterzeichneter an Familie zu eigen  
zu geben. Marie Albrecht, Alst für  
Dobnitzer, Bräudenstraße. 54b  
Vereinszimmer zu 50 Personen  
zu vergeben. Pfefferberger Kaufhaus,  
Bräudenstraße 2. 56b  
Tambourbrüder. Freunde des  
früheren Tambourvereins „Am Heil-  
sprung“ bei Wille, Andreaskop,  
Sonnenabend, 14. Oktober. Ueberich  
zum Besten eines kranken Genossen.

### Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.  
Zieppanalt für Tischler, Verkauft,  
Dulken-Ufer 13 vom IV, verlangt Beden-  
heppertin. 18 Mark Lohn. 3b  
Auf Geländegriffe wird tüchtiger  
Drechsler, guter Sieger und Schnit-  
zer, der selbständig auf diesen Artikel ar-  
beiten kann, sofort für Dien auf-  
genommen. Kaufbüchse Anträge mit  
Gehaltsansprüchen an Helme und  
Frankenstein, Wien VI, Mittelgasse 25.  
Gefanglehrer, welche gewillt sind,  
einen sich bildenden Arbeiter-Gesang-  
verein zu leiten, mögen sich melden  
Rigaerstraße 127 bei Robus. 60b  
Kreislagermeister verlangt G.  
Ruttenberg, Goldbleichenfabrik, Neu-  
Weichen, Vöhrerstraße. 482  
Tüchtiger Bombardier sofort  
gelucht von Hoffmann, Bräudenstraße 2.  
Wäsche-Gehtinge, best ein Lohar  
Gold, Musikdirektor in Hüttenberg. 2064b

Arbeiter für Silberne Bedeck-  
werden für ansehnlich verlangt Dres-  
denerstraße 95, I. 506  
Farbmalger, Arbeiter, Arbeits-  
büchsen und Schlinge verlangt Gold-  
bleichenfabrik Dieffenbacherstraße 33. 62b  
Drechsler, Zulammenpaffer, Heller  
und Schleifer verlangt Schirmhüt-  
fabrik Rütterstraße 59. 53b  
Knabe, welcher Lust hat, Edelstein-  
graveur zu erlernen gegen Monats-  
vergütung, findet Stellung bei  
Beckow, Köhlerstraße 25. 57b  
Tüchtige händliche Kassa-Abnehmer  
für Cigarren aus rein überseeischem  
Tabak zu den billigsten Preisen. Wische,  
Oppelnerstraße 28. 174  
Tüchtige Farbmalger bei hohem  
Lohn. G. Noer, Stalitzerstraße 28.  
Wärter auf Kohlarbeit verlangt  
Kronenmacher, Fabrik Wallfaden-  
straße 49. 167  
Tüchtiger Dirigent für Rührer-  
dreh zum 1. November für Dienstag  
gestuft. Gefällige Offerten erbeten  
unter P. D. 98 postlagernd Postamt 58.  
Hofmammell verlangt Ple-  
mannstraße 7 III. 751  
Mäherinnen, hoher Verdienst,  
leichte Arbeit. Gaafe, Alsterstraße 123,  
5. Hof. 655  
5 Wäherinnen auf Jacketts verlangt  
Lichter, Alsterstraße 17. 751  
Karton-Arbeiterinnen in und  
außerhalb Hause verlangt sofort Karton-  
fabrik Poststraße 60. 635  
Wäherinnen, Arbeiterinnen sucht  
Gustav Engel, Holzmarktstraße 44a. 147/2  
Zehnmädchen werden in Besa-  
mentarbeit angelernt bei Gustav  
Engel, Holzmarktstraße 44a. 147/2  
Farbmalgerinnen, Belegereinnen  
und Zeichnerinnen verlangt Goldbleichen-  
fabrik Max Leonard, Schleif-  
straße 31. 3076b  
Ein ordentliches Mädchen zur  
Handarbeit wird verlangt und kann  
sofort eintreten bei Vaez u. Sohn,  
Wallstraße 67. 3086\*  
Wäherinnen verlangt 57  
Wäherinnenfabrik, Holzmarktstr. 57  
Arbeiterinnen zum Sortieren von  
Papierabfällen bei gutem Lohn sucht  
Josef Schmet, Wäherstraße 11. 1548\*

Wegen Lohnunterschieden in der Bau-  
tischlerei von Kurtzahn,  
Mühlentstr. 6, Hüttenberg, ist Bezug  
feingehalten. 122/3\*  
Achtung Kistenmacher!  
Wegen Differenzen haben die Kol-  
legen der Kistenfabrik von Diebrecht,  
Kronenstraße 71, einstimmig die  
Arbeiten niedergelegt. Bezug ist fern  
zu halten. 616  
Ausnahme-Stellen  
für „Kleine Anzeigen“.  
Osten:  
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, O.  
V. Vogel Wwe., Kopenstr. 63.  
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.  
Nordosten:  
J. Neul, Barnimstr. 42.  
Norden:  
W. Gohmann, Grünhaldenstr. 65.  
Karl Mars, Köpenicker Allee 65/66.  
Emil Stolzenburg, Wäherstr. 14.  
V. Dehnb., Hühnerstr. 24.  
G. Vogel, Demmerstr. 32.  
H. Tich., Invalidenstr. 124.  
Nordwesten:  
Karl Anders, Salzweberstr. 8.  
Südwesten:  
F. Chueorge, Bergmannstr. 23, O. II.  
G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
Süden:  
Gand Baate, Dresdenerstr. 52/53.  
F. Gaischmidt, Rottbuer Danim 8  
Südosten:  
Fritz Thiel, Stalitzerstr. 35.  
23. Gelfe, Wronkestr. 58.  
Martin Weich, Wäherstr. 24.  
Centrum:  
P. Horst, Wäherstr. 27.  
H. Tich., Bräudenstr. 23.  
Charlottenberg:  
Gust. Schandberg, Schillerstr. 94 I.  
Friedenan:  
G. Berner, Ruchstr. 15.  
Friedrichsberg:  
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.  
Pankow:  
Kummerl, Haller Friedländerstr. 15.  
Rixdorf:  
G. Ostermann, Erdstr. 6.  
G. Heckeran, Hermannstr. 50.  
Schöneberg:  
Willy Gumbler, Wäherstr. 13.  
Weissensee:  
Heinrich Wadmann, Wäherstr. 1.  
Julius Schiller, Köpenickerstr. 39a.  
Kob. Weichswager, Gustav-Adolf-  
straße 16.